

STUDIENARCHIV UMWELTGESCHICHTE

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg

ISSN 0949-7366 • www.iugr.net

Nr. 20 (2015)



Naturschützer der Kreise Wernigerode und Halberstadt in Zeiten der „Wende“ ● Das Landschaftsschutzgebiet „Grünflächen Dessau“ ● Ein altes Buch über den Vogelschutz ● Die Parforceheide – eine Landschaft im Wandel ● Die Naturschutzzeile wird 65 ● Zur Geschichte des Zentralen Fachausschusses „Feldherpetologie/ Ichthyofaunistik“ im Kulturbund der DDR ● ‚Über allen Wipfeln ist Ruh‘ – wie lange noch? ● Umfrage zur Akzeptanz der Windenergienutzung in der Region Mecklenburgische Seenplatte ● Die Aufgaben der früheren Bezirks-Hygieneinspektion Erfurt ● Ein zweiter Karl Kullmann – und auch ein Vogelschützer ● Über die Kommerzialisierung der Jagdpacht in Mecklenburg- Vorpommern ● Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte ● Aus dem IUGR e. V. ● Zugänge in das Studienarchiv ● Rezensionen ● „Naturschutzgeschichte Thüringens“ erschienen

Ein herzliches Dankeschön!

den zahlreichen **Spendern und Spenderinnen**, die Herstellung und Versand des letzten Heftes und die Arbeit des Studienarchivs unterstützten! (Stand: 1.11.2015):

Bauer, Bimboes, Blaschke, Braumann, Brehme, Brenning, Buchholz, de Boor, Czerny, Deglmann, Eschke, Funke, Gerhardt, Gloger, Graf, Habicht, Haenschke, Hahn, Hamsch, Hiller, Hofmann, Kaether, Kintzel, Klafs, Knapp, Kullmann, Lehrkamp, Leidner, Lösel, Mewes, Mösch, Mohr, Nedon, Oldenburg, Ortman, Peschel, Pohley, Pries, Reichhoff, Richter, Rogge, Sauerland, Scheufler, Schirmeister, Schöffler, Schopplich, Schröder, Schulze, Spieß, Steinkopf, Teske, Thiele, Tjaden, Volkmann, von Knorre, Wallaschek, Wallenta, Weck, Wegener, Wenck, Wölfel, Wohlgemuth, Wolter, Wroblewski, Zimdahl, Zuppke und unseren Mitgliedern und Fördermitgliedern.

Ihre Spende ist herzlich willkommen !

Durch Ihre Unterstützung sichern Sie Herstellung und Versand der Zeitschrift.

Spenden bitte einzahlen unter dem Stichwort „**Studienarchiv**“ auf

Sparkasse Neubrandenburg-Demmin,
IBAN: DE21150502000301013837
BIC: NOLADE21NBS

Das IUGR e. V. ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen.

Impressum:

Studienarchiv Umweltgeschichte ● ISSN 0949-7366 ● Nr. 20 (2015)

Herausgeber: IUGR e. V. ● Redaktionsanschrift: IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 5693-8201/-4500 ● Redaktion: Hermann Behrens & Jens Hoffmann ● V.i.S.d.P.: Hermann Behrens, Peckatel 38, 17237 Klein Vielen ● Druck: Steffen-Media, Friedland ● Auflage: 600 ● Erscheinungsweise: Einmal im Jahr ● Nachdruck: Kleinere Auszüge mit Quellenangabe, größere Auszüge nach Rücksprache mit der Redaktion oder dem/ der jeweiligen Autor/in ● Die Redaktion lädt zur Mitarbeit ein. ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Titelfoto: Deckblatt eines Faltblattes des DDR-Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Abteilung Landwirtschaftliche Propaganda, mit dem zur Kartoffelkäferbekämpfung aufgerufen wurde (1957). Das Faltblatt wurde dem Studienarchiv Umweltgeschichte von Frau Bärbel Brod übergeben.

Zeit für Neues!

Wie erlebten die Naturschützer der Kreise Wernigerode und Halberstadt das Ende der DDR 1989/1990 – das „Wernigeröder Modell“

Uwe Wegener

Auch in der zentralistisch geleiteten DDR waren die ehrenamtlichen Naturschutzmitarbeiter politisch keineswegs einheitlich ausgerichtet. Zumeist gehörten sie keiner der in der DDR zugelassenen Parteien an, sie waren aber vielfach im Kulturbund organisiert (Wegener 2001: 5-11). Wenn ich mich auf die Situation im damaligen Bezirk Magdeburg beziehe, so zählten zum ehrenamtlichen Naturschutz die Naturschutzhelfer der Kreisnaturschutzbeauftragten (KNB), Mitglieder der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund oder einfach Naturinteressierte, Naturliebhaber. Dabei waren die unterschiedlichsten Berufsgruppen vertreten, insbesondere Biologielehrer, Forstleute, Wissenschaftler, Studenten, Schüler und Arbeiter aus der Produktion (Behrens, Hilbig & Wegener 2006). Nach 1980 nahm der Anteil der Forstangestellten im ehrenamtlichen Naturschutz zu. Evtl. lag das daran, dass der Bezirksnaturschutzbeauftragte ebenfalls ein Forstmann war; nicht auszuschließen war auch, dass der Rat des Bezirkes und die Landkreise die Mitarbeit von Forstleuten im Naturschutz insbesondere als KNB förderten.

Diese bunte, grüne Gemeinschaft wurde zusammengehalten durch die gemeinsame Arbeit, Erholung und Freizeittätigkeit mit und in der Natur.

Was führte diese Menschen zusammen, was waren ihre Ziele? Sie wollten

- einen Beitrag zur Erhaltung der heimatlichen Natur leisten, sich dem Artenschutz widmen; dabei standen Pflanzen, Vögel, Lurche, Schmetterlinge, Libellen im Blickpunkt,
- das Naturschutzgesetz mit Leben erfüllen oder
- sich einfach nur in der Natur bewegen und hier eine gute Tat vollbringen.

In diesem Sinne nahmen im Verlaufe des Jahres 1989 die Naturschutzarbeitseinsätze an Zahl und Beteiligten zu und wurden zum Teil zu Massenveranstaltungen. Das Bedürfnis, über Natur- und Umweltschutz zu diskutieren und dabei noch etwas für den Erhalt der Umwelt zu tun, war deutlich spürbar. Ganz sicher waren es auch Ersatzreaktionen – gesellschaftliche Veränderungen waren überfällig. Aber wo sollte man beginnen? Die Umweltverhältnisse in der DDR zu verbessern, war zwingend geboten. In den Arbeitspausen wurde nicht zuletzt auch über notwendige Reformen in der DDR diskutiert.

In die Umweltkonferenzen, z. B. in Schönebeck 1989, wurden zunehmend auch Kirchenkreise mit einbezogen. Auf der Tagung in Schönebeck sprach u. a. Bischof Demke sehr eindringlich zu den aktuellen Umweltproblemen und zu ihrer Lösung. Die Leitungssitzungen der GNU in Magdeburg – die letzte vor der Grenzöffnung fand am 8.9.1989 statt – wurden kritischer. Jahrelang ungelöste Fragen zum Beispiel der Luft- und Wasserverschmutzung wurden angesprochen. Besonders die Arbeitsgruppe Stadtökologie wollte sich vom Kulturbund lösen und wünschte eine eigene effektive Organisation, die auch Veränderungen der unbefriedigenden Situation herbeiführen sollte. Der Vorsitzende der GNU, Prof. Giselher Schuschke (1935–2008), vertröstete auf eine große Diskussi-

onsrunde im Jahre 1990 – zu spät, wie wir heute wissen (ebenda). Kritische Kulturbundgespräche gab es aber nicht nur auf der Bezirksebene, sondern auch in den Kreisen in einer bis dahin nicht gekannten Vielzahl und Schärfe der Diskussion in den Monaten Oktober und November.

Es ging dabei keineswegs um die Beseitigung der staatlichen Ordnung in der DDR, sehr wohl aber um

- mehr Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, Problemdarstellungen an Stelle von „rundgelutschten“ Kommentaren,
- eine Überwindung der Stagnation in der Gesellschaft,
- einen besseren Schutz der natürlichen Ressourcen,
- die Sicherung einer erweiterten Reproduktion, auch im Umweltschutz,
- eine Absage an alleiniges Konsum-Denken, denn es höhlt geistige und sittliche Werte aus,
- mehr Dynamik und Kreativität auf allen Ebenen usw.

Bewegung gab es jedoch auch im Umweltministerium der DDR am Schiffbauerdamm, wie ich von Michael Succow erfuhr, der inzwischen Berater von Minister Hans Reichelt geworden war. Diskutiert wurden u. a. der Übergang des Naturschutzbereiches vom Landwirtschaftsministerium zum Umweltministerium und die bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Naturschutzes in den Bezirken und Kreisen, was zweifellos das längst überfällige Ende des „Ein-Mann-Naturschutzes“ bedeutet hätte. Die ehrenamtliche Arbeit sollte als wichtige Säule des Naturschutzes erhalten bleiben.

Ende Oktober fand wie alljährlich die mehrtägige Exkursion der KNB des Bezirkes Magdeburg, diesmal in die Umgebung von Güstrow, statt. Im Schwerpunkt ging es dabei um Naturschutz- und Pflegeprobleme von Offenland und Wald, der Vogelzug wurde beobachtet, aber abends wurde über die Montagsdemonstrationen und über notwendige Veränderungen in der Gesellschaft gesprochen. Dass wir aber so dicht an einer ganz grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse standen, das ahnte auch in dieser Runde noch niemand. In Halberstadt und Wernigerode hatten die Montagsdemonstrationen immer stärkeren Zulauf. Das Neue Forum, die Sozialdemokratische Partei (SDP) und die Grüne Liga wurden gegründet und öffentlich wirksam.

Die Naturschutzaktivitäten wie Arbeitseinsätze, Vorträge, Anleitung von Schulklassen liefen bis zum 9.11.1989 relativ unaufgeregt, aber mit großer Beteiligung weiter. Es wurde mehr als früher diskutiert, wie der Naturschutz zur Überwindung der gesellschaftlichen Stagnation beitragen könnte. Das änderte sich schlagartig mit der Grenzöffnung am 9.11.1989. In Naturschutzkreisen gab es zwar nach wie vor umweltrelevante Forderungen nach sauberem Wasser und sauberer Luft, die Forderungen nach politischen Veränderungen rückten jetzt jedoch viel stärker ins Blickfeld. Reisefreiheit war ja gerade für Naturschützer eine ganz wesentliche Forderung, auch wenn sie bisher in der Öffentlichkeit kaum artikuliert wurde. Nun sollte es Wirklichkeit werden, den Westharz zu besuchen, ferne Länder zu bereisen! Als weitere politische Forderungen standen mehr Mitbestimmung in der DDR und eine Parteienvielfalt vorn an. Während die „Revolutionäre“ der Wende in dieser Zeit immer noch an einer verbesserten DDR arbeiteten, war realistisch denkenden Mitstreitern der Naturschutzszene bereits klar, dass mit der plötzlichen und wenig vorbereiteten Grenzöffnung das Ende der DDR eingeleitet war.

Wie schnell sich die politischen Verhältnisse änderten und in Richtung BRD entwickelten, wäre heute kaum nachvollziehbar, wenn nicht die Tagebuchaufzeichnungen dieser Tage vorhanden wären.

Bereits wenige Wochen nach der Grenzöffnung erhielt ich zusammen mit anderen „Umweltbewegten“ der DDR wie Hubert Illig (Luckau), Matthias Platzek (Potsdam), Jörn Mothes (Waren), Lutz Reichhoff (Dessau), Gerhard Stöcker (Halle), Michael Succow (Berlin) u. a. eine Einladung von Bundesumweltminister Töpfer zu einem deutsch-deutschen Arbeitstreffen in Bonn. Besprochen wurde die Zusammenarbeit der Naturschutz und Landschaftsökologie (BfANL) mit dem Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN), das im Entstehen begriffene Nationalparkprogramm und eine mögliche Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene (Wegener & Knolle 2010). Die Zusammenarbeit sollte ganz partnerschaftlich entwickelt werden. Dass diese gemeinsame Arbeit sich in der Realität etwas anders entwickelte, war zu dem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Allerdings wurde das Nationalparkprogramm von den ersten Anfängen bis zur Verwirklichung tatkräftig aus Bonn unterstützt.

Kaum aus Bonn zurückgekehrt, gab es im Berliner Umweltministerium beim Staatssekretär Reinhold Fiedler unter Anwesenheit von Michael Succow und Oberlandforstmeister Rühnick eine Aussprache über die zukünftige Zuordnung des Naturschutzes und die neue Personalaufstockung. Wesentliche Beschlüsse waren:

- die Erhöhung des gesellschaftlichen Stellenwertes des Naturschutzes;
- der Übergang des Naturschutzbereiches zum Umweltministerium mit wesentlicher Stellenaufstockung bis in die Kreise;
- die Erhaltung des ehrenamtlichen Systems mit 12.000 Naturschutzbeauftragten und Helfern in der DDR;
- die Erhaltung der Verbindung zur Landnutzung, z. B. durch Landeskulturbeauftragte, Naturschutzwarde, Naturschutzstationen und Pflegehöfe.

Auf der Kreisebene wurde folgende Gliederung des Natur- und Landschaftsschutzes empfohlen:

- Naturschutz,
- Landschaftsschutz,
- Landnutzungsplanung.

Mit dieser Vielfalt an Informationen kam ich noch vor Weihnachten in den Bezirk Magdeburg zurück und der Informationsbedarf war hier in der Tat sehr groß. So riefen wir noch zum 22.12.1989 ein Treffen der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in Wernigerode zusammen. Die Jahresendzusammenkünfte des Naturschutzes, die seit vielen Jahren der KNB Achim Groß in Wernigerode organisierte, wurden im Mittel von 15–20 Personen besucht. In diesem denkwürdigen Jahr 1989 reichten die Räumlichkeiten im Forstbetrieb Wernigerode in der Lindenallee nicht mehr aus. An dieser Zusammenkunft nahm auch der Bezirksnaturschutzbeauftragte aus Magdeburg, Dr. Joachim Müller, teil. Ähnlich war es bei der Jahresversammlung der Naturschutzhelfer im Februar 1990.

Im Kreis Wernigerode kam es Anfang 1990 sehr schnell zu einer engen und gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen der GNU und dem Bund für Umwelt und Natur-

schutz Deutschland (BUND) in Goslar, aus der die Gesellschaft zur Förderung des Nationalparks Harz unter leitender Mitwirkung von Friedhart Knolle und Udo Hess (Goslar), Dr. Steimecke und Heinz Quitt (Wernigerode) hervorging. Ohnehin bündelte das Nationalparkprogramm mit dem Aufbau des Nationalparks Hochharz die Kräfte (Wegener 1990: 10–16). Die weitere Entwicklung der Umweltverbände verfolgte ich mit großem Interesse. Der Kulturbund erwies sich immer weniger als gemeinsames Dach der Umweltverbände, er löste sich als zentrale Organisation auf. Die GNU blieb in Sachsen-Anhalt u. a. durch die Initiative von Giselher Schuschke und Peter Henschel als Bund für Natur und Umwelt (BNU) eigenständig, mit allerdings stark abnehmender Mitgliederzahl bestehen. Neu gründeten sich der Naturschutzbund (NABU) und der BUND. Auch das Team der Naturschutzhelfer blieb unter der Leitung der KNB Horst Eckardt und Achim Groß zahlenmäßig stark vertreten. Da ich zu allen Verbänden immer gute Kontakte hatte bzw. in den Leitungen vertreten war, gelang es, eine Reihe gemeinsamer Veranstaltungen und Einsätze aller Verbände beizubehalten. Große nationale Umwelttreffen und Tagungen, welche die Entwicklung im Harz durchaus beeinflussten, fanden am 27. und 28.1.1990 in Berlin und am 6.4.1990 in Leipzig statt. Mit der Währungsunion gingen die Massenveranstaltungen im Naturschutz deutlich zurück, das Reisen rückte nun doch stärker in den Vordergrund.

Mit dem zu erwartenden schnellen Beitritt der DDR nach § 149 Grundgesetz der BRD kam es im Sommer 1990 noch einmal zur Mobilisierung aller Kräfte, um das Nationalparkprogramm im Harz zum erfolgreichen Abschluss zu bringen. Auch hier wirkten die alten und neuen Umweltverbände sehr eng zusammen, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Aufbau der neuen Kreisverwaltungen, Regierungspräsidien und der Landesregierung brachte es mit sich, dass zahlreiche ehrenamtliche Naturschutzkräfte in die Verwaltungen wechselten. Das bedeutete eine deutliche Schwächung des ehrenamtlichen Naturschutzes, erwies sich aber in den Verwaltungen zumeist als günstig, wenn Sachfragen zu lösen waren.

Es bleibt festzuhalten, dass in den Altkreisen Wernigerode und Halberstadt die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Naturschutzverbände und der Naturschutzhelfer mit den staatlichen Verwaltungen erhalten blieb, wenn es um die Lösung von Sachfragen ging. Wir machten uns auch Gedanken, wie wir wieder ein „gemeinsames Dach“ der Verbände und der Ehrenamtlichen entwickeln könnten. So gründeten wir 1993 eine „Allianz für den Naturschutz“ und bekamen von 1994 bis 1998 Unterstützung durch die Umweltministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Heidrun Heidecke. In ihrer Amtszeit wurde diese Zusammenarbeit Richtschnur für ganz Sachsen-Anhalt. Die Nachfolgeregierungen bekannten sich nicht zu dieser Allianz. Sie wurde aber im Harzgebiet fortgesetzt. Hier übernahmen Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung eine koordinierende Rolle und zentrale Tagungen fanden auch im Haus der Nationalparkverwaltung in Wernigerode statt. In dieser Allianz behielt jeder Verband seine Selbständigkeit und setzte zum Teil eigene Schwerpunkte:

- Der NABU als mitgliederstärkste Organisation formulierte Stellungnahmen zu Eingriffen, organisierte Veranstaltungen, Exkursionen und Arbeitseinsätze.

- Der BUND kümmerte sich mehr um die umweltpolitische Arbeit, setzte sich für den Artenschutz, insbesondere für den Baum- und Alleenschutz, ein, und bemühte sich um Stellungnahmen und Arbeitseinsätze.
- Der BNU sah seinen Schwerpunkt bei Fachgutachten und kreisübergreifenden Arbeitseinsätzen.
- Die Gesellschaft zur Förderung des Nationalparks Harz (GFN) koordinierte alle ehrenamtlichen Arbeiten und Stellungnahmen, welche die Nationalparks Harz und Hochharz betrafen.
- Eine wichtige Rolle spielte auch der Landschaftspflegeverband Harz, der hauptamtlich geführt wurde, aber viele ehrenamtliche Arbeiten zwischen Landwirten, Kommunen und den Naturschutzorganisationen koordinierte (Wegener & Karste 2011: 181-186).

Die unteren Naturschutzbehörden informierten über neue Naturschutzprojekte, banden hier zum Teil auch Ehrenamtliche und Verbände mit ein und führten Weiterbildungsveranstaltungen für die ehrenamtlichen Mitarbeiter durch, zu denen auch Gäste willkommen waren.

Im Zuge der Gebietsreform in Sachsen-Anhalt entstand im Jahre 2007 eine neue Situation. Die Altkreise Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode wurden zum Harzkreis vereint. Damit entstand ein Landkreis von 2.104 km² Größe und mit mehr als 233.000 Einwohnern. Von der landeskulturellen Ausstattung war dieser Großkreis mit 36 Naturschutzgebieten (NSG) und mehr als 30 Natura 2000-Gebieten sehr reich ausgestattet.

Nun war die entscheidende Frage, ob sich auch für diese neue Kreisstruktur die Allianz für den Naturschutz bewähren würde. Erschwerend wirkte sich aus, dass inzwischen wichtige Initiatoren wie Horst Eckardt, Achim Groß und Giselher Schuschke verstorben waren. Ein Team von älteren und jüngeren Mitarbeitern unterschiedlicher Bereiche, die sich diesen gemeinsamen Ideen verpflichtet fühlten, hatte sich aber inzwischen zusammen gefunden.

Eine kleine Auswahl soll namentlich benannt werden: für den NABU Dr. Gunter Karste, den BUND Marco Jede und Ulrich Kasten, den BNU Dr. Werner Wandelt, die GFN Dr. Friedhart Knolle, den Landschaftspflegeverband Kerstin Rieche, von der Landkreisverwaltung Egbert Günther und Guido Harnau, als Naturschutzbeauftragte Anette Westermann, ich und ehemals Sylvia Lehnert sowie als Berater Heinz Quitt, der ehemalige Bezirksnaturschutzbeauftragte des Bezirkes Magdeburg.

Das Zusammenwirken unterschiedlicher Verbände mit nicht gebundenen ehrenamtlichen Akteuren und den staatlichen Dienststellen betrachten wir Naturschützer als eine interessante Form der Basisdemokratie. In Sachsen-Anhalt und anderen Teilen Ostdeutschlands sowie in Niedersachsen ist es unter dem Namen „das Wernigeröder Modell“ bekannt geworden.

Wird sich diese positive Entwicklung auch in der Zukunft fortsetzen? Die Fachkompetenz liegt längst nicht mehr bei den Kreisnaturschutzbeauftragten, soweit es sie überhaupt noch gibt. Sie liegt heute bei Fachgremien und den ökologischen Planungsbüros. Trotzdem sollten wir gefühlsbetonte, emotionale Einschätzungen – wenn es um Natur

und Gesellschaft geht – nicht unterbewerten. Hinzu kommt, dass die Umweltverbände an Fachkompetenz gewinnen, diese aber oft nicht durchsetzen können.

Bei den staatlichen Stellen wachsen die Aufgaben durch die Übernahme der NSG und der Natura 2000-Gebiete bei gleichzeitig schrumpfender Personaldecke und geringerer finanzieller Ausstattung. Auf diese Weise sind Kontrollaufgaben im Großkreis kaum noch wahrzunehmen. Eine Einschränkung von Pflegeleistungen sowohl durch die Landnutzer als auch im Rahmen von Pflegeprojekten ist zu erwarten und zweifellos werden die Spannungen zwischen Nutzung und Schutz zunehmen, wenn die EU-Fördermittel ausbleiben. Ehrenamtliche Arbeit wird folglich bei der Kontrolle in der Landschaft, bei Pflegeaufgaben, der Dokumentation und der Naturschutzöffentlichkeitsarbeit unabdingbar sein, wenn die Vielfalt in der Natur – zusammengefasst unter dem Schlagwort „Biodiversität“ – erhalten werden soll. Sicher ist es auch erforderlich, neue Verbündete zu suchen, z. B. bei den Tourismus- und Wandervereinen oder bei den Waldbesitzern.

In einer Zeit großer Unsicherheiten in der Globalisierung, der stärkeren Naturentfremdung trägt das „Wernigeröder Modell“ dazu bei, eine räumliche Nähe auch im Sinne von „Heimat“ zur Erhaltung der Kulturlandschaft zu leisten.

Wenn ich heute frühere Naturschützer befrage, wie sie die Entwicklung dieser eindrucksvollen Zeit 1989/1990 einschätzen, bekomme ich überwiegend positive Antworten, was den Naturschutz im Umfeld betrifft. Was konnten wir in diesem kurzen Zeitfenster 1990 und 1991 alles durchsetzen. Das setzte sich noch etwas abgeschwächt bis 1996 fort, dann folgte aus überwiegend finanziellen Gründen aber nicht nur deshalb der Abschwung. Nicht selten spielt auch etwas Naturschutznostalgie aus früheren Jahren bei den älteren Mitarbeitern eine Rolle. Es waren sich aber alle Befragten darin einig, dass dieser friedliche Übergang in ein geeintes Deutschland zu den bewegendsten Abschnitten in unserem Leben zählt. Die politischen Diskussionen heute nach fast 25 Jahren werden zumeist verengt auf das Wirken der „Stasi“, das graue Umfeld in den Städten des Landes, die „Knote“ des zentralistischen Staates und insgesamt eine allgemeine Delegitimierung der DDR. Die Arbeit, das tägliche Leben, die Erinnerungen und die Freundeskreise – auch die Freude bei der Naturschutzarbeit, bleiben dabei oft unberücksichtigt oder gehen verloren.

Literatur

- Behrens, H.; Hilbig, W. & Wegener, U. (2006): Die Entwicklung des Naturschutzes und des Naturschutz-Beauftragtenwesens auf dem Territorium des Landes Sachsen-Anhalt von den Anfängen bis zur Gegenwart. Lexikon der Naturschutzbeauftragten Bd. 2, Sachsen-Anhalt, Steffen-Verlag Friedland: 1–120.
- Wegener, U. (1990): Entwurf für ein deutsch-deutsches Biosphären-Reservat/ Nationalpark Oberharz. Veröff. d. Ges. z. Förderung des Nationalparks Harz (Hrsg.) 6: 10–16. Goslar.
- Wegener, U. (2001): Was bewegt eine Allianz für den Naturschutz auf der Ebene der Landkreise? Studienarchiv Umweltgeschichte. BNU – IUGR-Mitt. 13, 6: 5–11.
- Wegener, U. & Karste, G. (2011): Das „Wernigeröder Modell“ – Zusammenarbeit der Naturschutzverbände auf Landkreisebene einst und jetzt. *Naturhistorica* 153: 181–186, Hannover.
- Wegener, U. & Knolle, F. (2010): Zur Nationalparkplanung im Harz 1989/90 – vor 20 Jahren. *Unser Harz* 9: 175–187, Clausthal-Zellerfeld.

Das Landschaftsschutzgebiet „Grünflächen Dessau“ – eine Schutzverordnung aus der Phase der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland

Lutz Reichhoff

Mit der „Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen, die in der Karte der Landschaftsschutzgebiete der Stadt Dessau eingetragen sind“ stellte die Stadt Dessau mit Wirkung vom 1. Juli 1949 (Amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Dessau, herausgegeben von der Pressestelle der Stadt Dessau, Dessau, 20. Juli 1949, 3. Jahrgang, Nr. 75) 22 Gebiete als Landschaftsschutzgebiete unter Schutz. Die Rechtsgrundlage bildeten die §§ 5 (Sonstige Landschaftsteile), 19 (Schutz von Landschaftsteilen) und 21 (Strafbare Handlungen) des Reichsnaturschutzgesetzes (RNG) vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) sowie § 13 der Durchführungsverordnung hierzu vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275). Die Ermächtigung zur Verordnung gab die höhere Naturschutzstelle bei der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, Abt. 3 Landesamt für Naturschutz und Kulturpflege.

In der durch die Verwaltung zu lösenden Problemlage, die bestimmt wurde durch Nahrungsmittel- und Wohnungsknappheit, den Neuaufbau der Verwaltungsstrukturen im Zusammenhang mit der Entnazifizierung und sonstige zu lösende Personalprobleme, den Wandel der Rechts- und Eigentumsformen durch die Bodenreform und die Vergesellschaftungs- und Verstaatlichungswellen in Handel und Industrie, ist es erstaunlich, dass man sich hier einer solchen Naturschutzaufgabe zuwandte. Hinzu trat noch, dass das RNG in den neuen Verwaltungen als Gesetz aus der Zeit des Nationalsozialismus wenig Akzeptanz fand. Die Vermittlung des Gesetzes als nicht nationalsozialistisch, sondern zurückgehend auf die Naturschutzentwicklung in der Weimarer Republik, war schwer.

Dennoch muss es eine drängende Veranlassung gegeben haben. Allgemein traten als brennende Probleme der illegale Einschlag zur Brennholznutzung, der gesetzeswidrige Vogelfang zur Gewinnung von Nahrung sowie die illegale Jagd, auch durch Mitglieder der sowjetischen Besatzungstruppen, sowie das gewerbsmäßige Sammeln von Pflanzen auf (vgl. Behrens 2015).

Nach Aussagen von Alfred Hinsche (vgl. Behrens 2006 und Reichhoff & Haenschke 2000, Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt 2000) lag der Grund für die Schutzgebietsausweisung in der Vorsorge zum Schutz der Gehölze und Wälder vor unregelmäßiger Holzentnahme und ihrer Sicherung als stadtnahe Erholungsgebiete. Hier anzufügen ist mit Sicherheit auch das Wissen und die bei Hinsche vorhandene Überzeugung, die historisch wertvolle Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft (heute das Gartenreich Dessau-Wörlitz als Welterbegebiet der UNESCO) vor Schädigungen zu bewahren.

Hinsche war ein Vertreter der naturwissenschaftlichen Heimatforschung vor 1945, vor allem der Ornithologie, der gut mit den Naturschutzbestrebungen dieser Zeit vertraut war. 1948 wurden ihm der Wiederaufbau und die Leitung des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in Dessau übertragen, in das auch eine Naturschutzstelle eingebunden war. Er leitete das Museum bis 1959.

Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen, die in der Karte der Landschaftsschutzgebiete der Stadt Dessau eingetragen sind.

Auf Grund der §§ 5, 19 und 21 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) sowie des § 15 der Durchführungsverordnung hierzu vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird mit Ermächtigung der höheren Naturschutzstelle bei der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, Abt. 3, Landesamt für Naturschutz und Kulturpflege, für den Bereich des Stadtkreises Dessau folgendes verordnet:

§ 1.

Die in der Landschaftsschutzkarte bei der unteren Naturschutzbehörde in Dessau eingetragenen Landschaftsteile im Bereich der Stadt Dessau werden mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2.

Es ist verboten, die in der Landschaftsschutzkarte eingetragenen Landschaftsteile zu verändern, zu beschädigen oder zu beseitigen. Ferner ist verboten, auf den in der Landschaftsschutzkarte durch farbige Anlage gekennzeichneten Flächen Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten. Hierunter fällt das eigenmächtige Fällen von Bäumen, das Abästen von Bäumen und das Losschlagen von Borke und Rinde sowie die Anlage von Müll- und Schutzplätzen.

§ 3.

Unberührt bleibt die wirtschaftliche Nutzung, sofern sie dem Zwecke dieser Verordnung nicht widerspricht.

§ 4.

Ausnahmen von dieser Verordnung können vom Rat der Stadt in besonderen Fällen zugelassen werden.

§ 5.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 und dem § 16 der Durchführungsverordnung hierzu vom 31. Oktober 1935 bestraft, soweit nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe in den „Amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Dessau“ in Kraft.

Dessau, am 1. Juli 1949.

Rat der Stadt Dessau
als untere Naturschutzbehörde.
I. V. Roenicke, Bürgermeister.

In der Landschaftsschutzkarte sind folgende Gebiete eingetragen:

1. Der Park von Großkühnau.
2. Der Georgengarten.
3. Der Mausoleumpark.
4. Der Schillergarten.
5. Das Luisium.
6. Die große Kienheide.
7. Der Park Naundorf in Dessau-Waldersee.
8. Der Friedhof von Pötnitz in Dessau-Mildensee.
9. Das Bedekerbruch mit Fasanerie.
10. Die Umgebung des Stillingsteiches.
11. Der vordere Tiergarten.
12. Der hintere Tiergarten.
13. Der Friedridsgarten.
14. Die Braunsche Lache bis Prinzen- und Wallwiese.
15. Die jonitzer Hutung, die vordere Hainichte der Luisiumstiergarten.
16. Die Umgebung des Waldbades Mildensee.
17. Die Maltewitzmark (Jagen 182).
18. Der Kirzhau (Jagen 183).
19. Alle Waldteile nördlich der Hohen Straße.
20. Der Kümmerling bei Dessau-Törten.
21. Die Waldbestände an Raumers Stillinge bei Dessau-Törten.
22. Das Gelände der neuen Krankenanstalten (Jagen 252 und 257) an der Alten Leipziger Straße.

Text der Verordnung der Stadt Dessau vom 1. Juli 1949. Quelle: Auszug aus Amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Dessau, herausgegeben von der Pressestelle der Stadt Dessau, Dessau, 20. Juli 1949, 3. Jahrgang, Nr. 75.

1955 wurde Hinsche Kreisnaturschutzbeauftragter von Dessau und hatte dieses Amt bis zu seinem Tode 1980 inne. Hinsche war einer der bedeutendsten und prägendsten Naturschutzbeauftragten seiner Generation in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus (vgl. Behrens 2006, Reichhoff & Haenschke 2000).

Mit der Nennung der Verbote in § 2 der „Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen ...“ wird das Ziel der Unterschutzstellung deutlich. Nach allgemeinen Formulierungen

heißt es in Bezug auf die Verbote: „Hierunter fällt das eigenmächtige Fällen von Bäumen, das Abästen von Bäumen und das Losschlagen von Borke und Rinde [...]“.

In einer Anlage zur Verordnung werden die 22 unter Schutz gestellten Gebiete aufgelistet. Davon gehören zu den Gartenanlagen und gartenähnlichen landschaftlichen Bereichen der Entstehungsphase des Gartenreiches Dessau-Wörlitz zwischen 1760 und 1848 folgende Landschaftsteile:

- 1. der Park von Großkühnau,
- 2. der Georgengarten,
- 5. das Luisium,
- 6. die große Kienheide,
- 8. der Friedhof von Pötnitz in Dessau-Mildensee,
- 9. der Beckerbruch mit Fasanerie
- 11. der vordere Tiergarten,
- 12. der hintere Tiergarten,
- 14. die Braunsche Lache bis Prinzen- und Wallwiese,
- 15. die Jonitzer Hutung, die vorderen Hainichte und der Luisiumstiergarten,
- 17. die Maltewitzmark (Jagen 182),
- 18. der Kirchhau (Jagen 183),
- 21. die Waldbestände an Raumers Stillinge bei Dessau-Törten,
- 22. das Gelände der neuen Krankenanstalt (Jagen 252 und 257) an der Alten Leipziger Straße.

Später gestaltete Parkanlagen und landschaftliche Bereiche, die aber heute in das Gartenreich integriert sind, umfassen folgende Landschaftsteile:

- 3. den Mausoleumspark,
- 4. den Schillergarten,
- 7. den Park Neundorf in Dessau-Waldersee,
- 10. die Umgebung des Stillingsteiches,
- 13. den Friedrichsgarten,
- 16. die Umgebung des Waldbades Mildensee,
- 19. alle Waldteile nördlich der Hohen Straße,
- 20. den Kümmerling bei Dessau-Törten.

Mit der Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete (LSG) „Mittelelbe“ und „Untere Mulde“ auf Beschluss des Rates des Bezirkes Halle vom 10.4.1957 (Mitteilungsblatt des Bezirkstages und des Rates des Bezirkes Halle. – Halle (Saale) 1957, Nr. 8 v. April 1957) wurden die Landschaftsteile in der Elbe- und Mulde von diesen Landschaftsschutzgebieten überdeckt, ohne dass der Schutzstatus der „Grünflächen Dessau“ aufgehoben wurde.

Der Beschluss des Bezirkstages Halle vom 17.3.1983 zur Vereinigung der LSG „Grünflächen Dessau“, „Untere Mulde“ und „Mittelelbe“ unter dem Namen „Mittlere Elbe“ (Freiheit v. 18.3.1983) – das LSG „Mittelelbe“ reichte weit über den Stadtkreis Dessau hinaus – bezog alle 22 Landschaftsteile des LSG „Grünflächen Dessau“ ein, ohne diese aufzuheben.

Mit der Verordnung des Biosphärenreservats „Mittlere Elbe“ im Rahmen des Nationalparkprogramms vom 12.9.1990 (GBl. der DDR SDR. 1474) erfolgte auf den bisher überwiegend als Landschaftsschutzgebiet oder als Naturschutzgebiete festgesetzten Flächen die Ausweisung des Biosphärenreservates unter der Bezeichnung „Mittlere Elbe“ als Naturschutzgebiete und als ein Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung. Eine Löschung der bestehenden Landschaftsschutzgebiete erfolgte auch hierdurch nicht. Abgesehen davon, dass Landschaftsteile des Landschaftsschutzgebietes „Grünflächen Dessau“ außerhalb des Biosphärenreservates liegen, bestehen die geschützten Landschaftsteile formal rechtlich bis heute.

Literatur

- Behrens, H. (2006): Lexikon der Naturschutzbeauftragten, Band 2: Sachsen-Anhalt. – Hrsg.: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg. – Steffen Verlag. – Friedland. – 362 S., Anhang, Karten.
- Behrens, H. (2015): Naturschutzgeschichte Thüringens, Lexikon der Naturschutzbeauftragten, Band 4: Thüringen – Steffen Verlag – Berlin. – 772 S., Anhang, Karten.
- Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2000): Landschaftsschutzgebiete Sachsen-Anhalts. – Konzeption und Gesamtbearbeitung Dr. Lutz Reichhoff, Dr. Christiane Röper, Robert Schönbrodt. – Halle (Saale). – 494 S.
- Reichhoff, L. & Haenschke, W. (2000): ALFRED HINSCHKE (1900–1980) als Naturschützer. Würdigung anlässlich des 100. Geburtstages des Nestors des Naturschutzes im Mittelbebegebiet. – In: Naturwissenschaftliche Beiträge des Museums Dessau. – Dessau 12. – S. 11–21.

Ein altes Buch über den Vogelschutz

Hermann Behrens

Neulich fiel mir beim Aufräumen und Aussortieren von Büchern, die ich lange nicht mehr gelesen hatte, eines in die Hände, das mir einst sehr wichtig war. Es handelt sich um ein „Kontrollbuch für Vogelnistkästen und Nisthöhlen“, das ich mir schon als Jugendlicher besorgt hatte und später für die Kontrolle der etwa 70 Holzbeton-Nistkästen nutzte, die ich von einem Teil des Geldes beschafft hatte, das ich nach Ableistung meines Militärdienstes als Übergangsgeld erhalten hatte. (Die meisten sind heute noch intakt – nach 40 Jahren – und werden noch alle zwei Jahre gereinigt.)

Der Autor des Buches hieß **Otto Henze**. Er wies sich im Deckblatt als ehemaliger „Bayrischer Landessachverständiger für Vogelschutz“ und „Leiter der Staatlichen Vogelschutzswarte Garmisch-Partenkirchen“ aus – also eine wichtige Persönlichkeit im wissenschaftlichen und praktischen Vogelschutz. Kein Wunder, dass ich einige seiner Ratschläge bei der Kontrolle meiner Nistkästen befolgte.

Wie viele unter unseren Leserinnen und Lesern wissen, finden sich in Nistkästen, vor allem in denen, die wir in unseren Gärten aufhängen, nicht immer die Vögel, die wir da gern haben möchten. Wo Kohlmeisen, Trauerschnäpper oder Kleiber oder gar Star hinein



sollen, sind oft Haus- oder Feldsperlinge drin. Sie bewohnen alles, was Fluglöcher ab etwa 30 mm Durchmesser aufweist. Oder es ziehen Hummeln, Wespen, Hornissen oder Brandmäuse ein, manchmal sitzt auch ein Laubfrosch drin, wie das Foto aus meinem Garten zeigt.

Auch zu Otto Henzes Zeiten war das so. Und manche seiner Ratschläge, wie in solchen Fällen verfahren werden sollte, lesen sich heute wie dem Gruselkabinett entnommen.

Waren **Hornissen und Wespen** in einen Nistkasten eingezogen, so empfahl Henze: „Durch das Anstellen der Leiter erfolgt am Nistkasten eine leichte Erschütterung, gegen welche Hornissen und Wespen (weniger Hummeln) besonders an warmen Tagen empfindlich sind und einige zum Flugloch herauskommen. Ist dies der Fall, so bleibt man bewegungslos stehen, bis sich die Insek-

ten beruhigt haben und wieder zum Flugloch hineingeschlüpft sind. Waren es Hornissen oder Wespen (nicht Hummeln) und ist Wasser in der Nähe, dann steigt man die Leiter, ohne den Kasten zu erschüttern, sachte hinauf, stopft das Flugloch mit Taschentuch, Papier oder Grasknäuel zu und nimmt den Kasten herab.

Die Leiter stellt man einige Meter entfernt gleich wieder an. Den Nistkasten drückt man unter Wasser, das zwischen den Fugen eindringt. Nach 2-3 Minuten wird das Flugloch geöffnet, damit die letzte Luft heraus kann. Die an die Wasseroberfläche hochkommenen Insekten sind naß und taumelnd und werden mit einer Rute ans Ufer gewedelt und zertreten, bevor sie wieder fliegen können. Erscheinen keine mehr, so wird der Kasten mit dem Wasser darin geschüttelt und dann geöffnet und die Waben ausgespachtelt, die man zertreten oder mit ihren vielen eiweißhaltigen Maden den Hühnern heimnehmen kann. Für ihre Aufbewahrung dient die gegebenenfalls mitgenommene Zigarrensachtel oder Blechbüchse. Der gereinigte Kasten wird einige Stämme vom bisherigen Aufhängeort entfernt wieder aufgehängt, denn am alten Platz, an dem der Kasten vorher hing, suchen jetzt die vom Ausflug heimgekehrten Hornissen oder Wespen nach ihrem Nest. Dort den Kasten wieder anzubringen, erscheint nicht ratsam. Befindet sich kein Wasser in der Nähe, so bleibt der Kasten hängen und man sprüht mit Jacutin *zum* Flugloch hinein. Die gegen Jacutin sehr empfindlichen Hornissen und Wespen sind rasch betäubt und tot, und der Kasten kann nach 5-7 Minuten ohne weiteres geöffnet und ausgeräumt werden. Ein weiteres Hornissen- und Wespenbekämpfungsmittel ist die rasche Herausnahme der Vorderwand bei ruhigem Schwarm; Reisig, Stroh, Heu, Gras oder Papier mit Harz-

zusatz (Fichtenharzknollen oder Kien-span) werden an einer Stange angebunden, brennend in die Kästen hineingehalten und Waben sowie Insekten ausgebrannt. Fehlen Wasser, Jacutin und Räucherfeuer, dann kann der Kasten abends (wenn alle Insekten heimgekehrt sind) gut zugestopft und herabgenommen auch zum Wasser ins Forsthaus gebracht, geleert und am anderen Tag wieder in den Wald mitgenommen werden. Ist das zu umständlich, dann streicht man das Flugloch mit Wagenschmiere zu. Die Hornissen und Wespen beschmieren sich, rennen im Kasten umher, beschmieren dadurch andere, auch die Waben und die Brut, so daß am nächsten Tag alle tot sind. Bei einer späteren Nachkontrolle werden die Kästen gereinigt und die Fluglöcher gut ausgeputzt, damit kein Vogel sein Gefieder beschmiert“ (Henze 1958, S. 107 und 109).

Hummeln sollten jedoch geschont werden, da sie als nützlich galten.

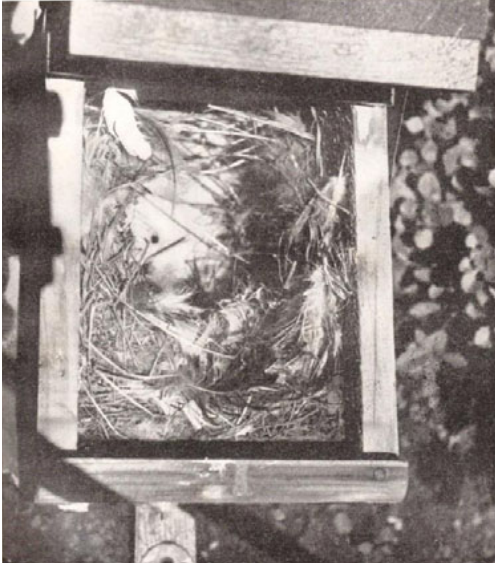
Wenn sich aber eine **Waldmaus** oder **Gelbhalsmaus** in den Kasten verirrt hatte, empfahl Henze wieder einen rabiaten Umgang mit den Tieren:

„Man riecht sie gleich am Kasten, sie machen Kot und Urin hinein und haben das Vogelnest ganz zerbissen. Oft sind mehrere beisammen, und nach Wegnahme der Kasten-vorderwand sucht gleich eine im Bogen blitzschnell herauszuspringen, um unten am Baumende im Mausloch zu verschwinden. Das geht so schnell, daß weder der auf der Leiter, noch der Untenstehende die Maus fassen, erschlagen oder tottreten können. Darum drücke man die Vorderwand des Kastens sofort wieder hinein, verstopfe das Flugloch, nehme den Kasten ab und gehe auf die nächste Wiese, an eine ringsum freie Stelle ohne Mauslöcher, wo der Kasten vorsichtig geöffnet wird, damit möglichst nur eine Maus herausspringt, die dann in der ihr ungewohnten Umgebung lange Sprünge ohne bestimmte Richtung hin und her macht. Man läuft ihr nach und tritt sie tot. Es geht so auch mit der nächsten Maus und allen folgenden, gelegentlich bis zu 8 Mäusen. Hat man sich getäuscht und es ist eine **Haselmaus**, die nicht so eilig herausspringt, so läßt man sie davonlaufen oder trägt sie im Kasten in den Wald zurück, wo der Nistkasten mit ihr wieder am alten Platz aufgehängt wird“ (Henze 1958, S. 111 f.).

Und auch gegenüber den **Haussperlingen** war Henze nicht zimperlich. Schon die Beschreibung rückt den Vogel in ein schlechtes Licht: In der Bildunterschrift heißt es: „Der



Ein Laubfrosch – bei Gelegenheit auch ein Nistkastenbewohner. Foto: Behrens.



Spatzennest. Foto aus Henze 1958, S. 46.

Hausperling baut ein ziemlich lieblerliches Nest aus Gras, Stroh und Federn (meist Hühnerfedern). ... der Gesamteindruck seines Nestes ist grob und schlampig“ (Henze 1958, zu Bild 23, S. 46).

Henze empfahl, schon am 20. Mai alle Nistkästen durchzusehen und die Jungspatzen und Spatzeier auszunehmen und die Vögel zu töten.

„Die Jungspatzen werden durch schnelles festes Aufwerfen auf harten Boden sofort schmerzlos getötet. Die Spatzenester bleiben unbeschädigt in den Kästen und Höhlen, damit die Altspatzen nach wenigen Tagen schon wieder darin zu legen beginnen. ... Am 20. Juni, also genau nach einem Monat, schaut man die Kästen und Höhlen zum 2. Mal nach, denn 5-7 Tage braucht das Spatzenweibchen für ihr neues Gelege, von so gut

wie immer 5 Eiern; 13 Tage brütet es und nach 15-17 Tagen fliegen die Jungspatzen aus. Das sind zusammen 33 Tage. Aber nach längstens 31 Tagen, am 20. Juni, werden sie kurz vor dem Ausfliegen ausgenommen. Am 20. Juli wird dieselbe Kontrolle für die 3. Spatzenbrut durchgeführt. Bei besonders gutem Wetter und bester Nahrungsmöglichkeit (Hühnerfutter oder Getreide) kann bei Hauspatzen auch noch am 20. August eine 4. Brut angetroffen werden“ (Henze 1958, S. 131).

Nun – all diese Ratschläge muten heute doch ziemlich grausam an. Aber sie waren damals „zeitgemäß“ und vielerorts wurden sie befolgt, da damals noch zwischen „schädlichen“ und „nützlichen“ Vögeln und anderen Tieren unterschieden wurde. Manche Vögel konnten auch noch gejagt werden und noch nicht lange her war es, dass Abschussprämien für Raubvögel (sogar für Adler), Krähen usw. gezahlt wurden.

Henze rückte damals sogar Amsel, Grünfink und Neuntöter in ein schlechtes Licht, weil sie „zwar Freibrüter auf Bäumen, im Gebüsch und in Hecken (sind), aber durch ihre laute unverträgliche Art das friedliche Zusammenleben der angesiedelten nützlichen Gartenvögel gar sehr (stören)“ (Henze 1958, S. 131 f.).

In vielen Fällen wussten die Zeitgenossen damals häufig gar nicht, welche Schäden sie im Naturhaushalt und damit an sich selbst hätten anrichten können, wenn etwa Otto Henzes Ratschlag, alle Sperlingsbruten zu töten, überall befolgt worden wäre. Manche Älteren erinnern sich vielleicht noch daran, welche Hungersnöte die Kampagne gegen die Sperlinge in China zur Folge hatte, die Mao tse Tung „lostrat“. Angeblich fraßen die Vögel als Körnerfresser den Menschen die Nahrung weg. Es wurde dabei übersehen, dass die Sperlinge bei der Jungenaufzucht fleißige Insektensammler sind und damit auch

maßgeblich zum Schutz von Nutzpflanzen beitragen (heute meint man in der Agrarindustriewirtschaft, alles mit Fungiziden, Herbiziden oder Insektiziden lösen zu können).

Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich dem Ratschlag von Otto Henze zum Umgang mit den Sperlingen einmal (!) ebenfalls gefolgt bin, was mir hinterher aber doch sehr Leid tat. Seitdem darf in den Nistkästen, die bis auf einige altersbedingte Abgänge nach über 30 Jahren alle noch ihren Dienst tun, brüten und leben, wer will.

Aber ich will Otto Henze nicht Unrecht tun!

Seine Ratschläge, die an die Landnutzer in eher ländlich-kleinstädtisch geprägten Räumen gerichtet waren, entsprachen wie gesagt dem damaligen Zeitgeist und dieser spiegelte den Umstand wider, dass es in dieser Zeit noch ganz andere Lebensbedingungen für die von einst bäuerlicher Wirtschaft profitierenden Arten in Wald und Flur gab und ihre Populationen wesentlich größer waren, sodass es nachvollziehbar ist, dass Henze und seine Zeitgenossen damals manche von ihnen begrenzen wollten. Mittlerweile haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert.

In Ostdeutschland hat der seit der „Wende“ anhaltende „Modernisierungsschub“ dazu beigetragen, dass sich das Bild der Dörfer und ländlichen Siedlungen und auch der Kleinstädte stark verändert hat – eine gegenüber der „alten“ Bundesrepublik nachholende Entwicklung. Unbestreitbar dürfte dabei sein, dass sich in den vergangenen 25 Jahren die Umweltqualität in manchen Bereichen grundlegend gebessert hat.

Die stofflichen Belastungen der Oberflächengewässer gingen im Allgemeinen zurück. Die Luftbelastungen in den Städten und Gemeinden durch Schwefeldioxid-, Stickstoffdioxid- oder Staub-Emissionen verringerten sich durch die Umstellung von Braunkohle auf Erdöl und Erdgas und durch technische Neuerungen. Zur Minderung der Immissionslast trugen der Rückgang der gewerblich-industriellen Produktion (zum großen Teil durch Stilllegung von Betrieben) und der Rückgang der Tierbestände in der Landwirtschaft bei. Die Zeit der wilden Müllkippen war durch die Neuorganisation der Abfallsorgung und -behandlung schnell vorbei, die Zeit der klassischen Hausmülldeponie endete.

Negative Begleiterscheinungen des Landnutzungswandels sind allerdings u. a. das anfangs spontane und von Raumordnung und Regionalplanung kaum gezügelte Wachstum



Bild 69. Die Spatzenbruten werden aus den Nistkästen im Garten am 20. Mai, 20. Juni und 20. Juli ausgenommen, einerlei ob man erst Eier, kleine oder schon flügge Junge antrifft. Das Bild zeigt in der oberen Reihe den Haussperling, in der unteren den Feldsperling, vom Ei bis zum flüggen Jungvogel.

Entwicklungsstadien von (obere Reihe) Haus- und (untere) Feldsperling. Abb. aus Henze 1958, S. 129.



Gelbhalsmaus (oben, Foto: James Lindsey at Ecology of Commanster) und Waldmaus (unten, Foto: Hans Hillewaert).
Fotos: <http://de.wikipedia.org/wiki/Waldmaus> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Gelbhalsmaus> (3.9.2015).

der Eigenheimsiedlungen sowie der Gewerbeflächen und die damit verbundene Zersiedelung der Ortsränder. Das Siedlungs- und Verkehrsflächenflächenwachstum vollzog und vollzieht sich häufig auf bisher durch die Landwirtschaft und durch den Gartenbau (frühere Obstplantagen) genutzten Standorten oder aber auf Grünländereien oder „Ödland“ in Siedlungen oder in deren Umland.

Die bis 1990 noch vorhandene vielgestaltige kleine private Landwirtschaft in den Dörfern wurde aufgegeben oder ging stark zurück. In der DDR erwirtschaftete diese landwirtschaftliche Kleinproduktion (einschließlich individueller Tierhaltung) einen maßgeblichen Anteil am landwirtschaftlichen Gesamtprodukt und führte zu typischen Landnutzungsformen wie mehr oder weniger intensiv genutzten Obstgärten, „Bauerngärten“, Bienenhaltung oder „individueller Tierhaltung“ im Stall und auf dem Hof.

Das ist weitestgehend vorbei. Sichtbare Merkmale sind der Leerstand und Verfall von Wirtschaftsgebäuden, die aufgegebenen oder abgetriebenen Obstgärten und Intensivobstbaukulturen, die häufig Siedlungserweiterungen weichen mussten, sowie das Verschwinden von Nutzgärten und die Zunahme „baumarktgespeister“ Ziergärten.

In den meisten ländlichen Siedlungen wurde nach 1990 nachhaltig „modernisiert“ und „aufgeräumt“. Das Ortsbild „verstädterte“ rasch, wozu die besonders in den ersten Jahren nach der „Wende“ großzügige staatliche Förderung von Infrastruktur- und Arbeitsfördermaßnahmen beitrug. Die arbeitsmarktpolitisch durch Arbeitsbeschaffungs-, Lohnkostenzuschuss- oder Strukturanpassungsmaßnahmen gestützte „Pflege- und Gestaltungswut“ ließ kaum einen Ruderalstandort aus. Straßen- und Wegebau führten zum Rückgang unbefestigter Wege und zum Verschwinden des aus Sicht des Artenschutzes als

Lebensraum unterschätzten Kopfsteinpflasters nicht nur aus der Flur, sondern auch aus den Dörfern und Siedlungen.

Nutzungsaufgabe und Nutzungswandel sind auch mit neuen Problemen und Kosten für die Allgemeinheit verbunden, zum Beispiel dort, wo früher „private“ kleinbäuerliche Nutzung von Angern und Wegrändern durch notwendige öffentliche Pflege ersetzt werden muss (Stremke, Turnewitsch, Bludszuweit & Nöllert 1998: 99). Und zum großen „Aufräumen“ konnten bei fehlendem Naturschutzverständnis auch Wettbewerbe wie „Unser Dorf soll schöner werden“ beitragen, wobei hier seitens mancher Naturschutzbehörden versucht wird, Naturschutzbelange – wie den Schutz und die Pflege von Dorfteichen und Trockenmauern – in den Wettbewerbszielen bzw. bei der Bewertung der Wettbewerbsbeiträge stärker zu berücksichtigen (Bludszuweit 1994; Bludszuweit 2001).

Die Veränderungen in den Dörfern und ländlichen Siedlungen erreichten insgesamt eine „bisher nie dagewesene Dimension“ (Pfützenreuter & Pasewald 1995: 18) und eine „bis in die heutige Zeit unbekanntes Geschwindigkeit“ (Turnewitsch 1995: 20).

Die Struktur der Dorfbiotop verändertete sich dabei grundlegend. Dieser Wandlungsprozess wurde beispielsweise in Thüringen durch Siedlungsbiotope-Kartierungsprojekte, die zwischen 1995 bis 1999 unter Regie der damaligen Abteilung Naturschutz der TLU durchgeführt und von den vier Staatlichen Umweltämtern fachlich begleitet wurden, empirisch belegt (Schikora, Gorff et al. 2003).

Der Landschaftswandel hat Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der an Siedlungsbiotope und landwirtschaftlich-gärtnerische Nutzung gebundenen Arten.

Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen in alten Ortskernen oder an ehemaligen Bauernhäusern, Katen und Wirtschaftsgebäuden führen zum Verschwinden von Rast- und Brutmöglichkeiten für Vogel- und Fledermausarten. Flade zeigt, dass gerade in Ostdeutschland der mit der Siedlungsentwicklung verbundene Wandel zu einer raschen Abnahme von typischen Vogelarten der Städte und Dörfer geführt hat. Sie sind „die am stärksten von Rückgängen betroffene Artengruppe überhaupt“ (Flade 2012: 153).

Mancherorts wurden die Folgen des Strukturwandels im Dorf für die Vogelwelt am Beispiel einzelner Vogelarten, etwa der Mehl- und Rauchschnalbe, demonstriert, die erhebliche Bestandsverluste aufweisen (Krüger & Lauser 2010: 30). So konnte Wodner 2013 eine ernüchternde Bilanz seiner mehr als vier Jahrzehnte währenden Beobachtungen an diesen beiden Schnalbenarten für seinen Wohnort Glasehausen präsentieren. Die stärkste Besiedlung des Ortes durch Rauchschnalben fiel in eine Zeit, in der noch kleinbäuerliche Strukturen neben der LPG-Wirtschaft existierten (1966–1973) und hier wie dort Großvieh gehalten wurde. 1966 waren 33 Gebäude im Dorf von Schnalben besiedelt, besonders von Rauchschnalben. Mit Verlagerung der Großviehhaltung in ein Nachbardorf Anfang der 1970er Jahre ging der Bestand an Rauchschnalben stark zurück. Auch die Mehlschnalbe hatte von den noch vorhandenen Bauerngehöften mit ihren Wirtschaftsgebäuden, Tordurchfahrten usw. profitiert. Zum Bestandsrückgang trugen neben dem Rückgang bäuerlicher wie LPG-Tierhaltung seit Ende der 1970er Jahre u. a. Dorfverschönerungswettbewerbe bei, die „in den Nachwendejahren geradezu aus(arteten). Plötzlich wollte die Schnalben keiner mehr haben. Es grenzt schon an Fanatismus, wie man die Vögel zu vergrämen versucht!“ (Wodner 2013: 11). Im Jahr

2011 gab es nur noch 12 Gebäude, in oder an denen Schwalben beheimatet waren, darunter nur noch ein einziges Gebäude, an dem Mehlschwalben nisteten.

Es ist also angesichts diverser „Modernisierungsschübe“, die es nach dem Zweiten Weltkrieg wie in der DDR und dem heutigen Ostdeutschland auch in der „alten“ Bundesrepublik gab, kein Wunder, dass in den neueren Auflagen von Henzes Vogelschutzbüchern eine andere, positive Sicht auf die einstigen Nahrungskonkurrenten des Menschen eingenommen wird, sich dadurch viele „Feinde“ zu „Freunden“ gewandelt haben und nun der Schutzgedanke vorherrscht.



Dr. Otto Henze.
Foto aus Wellenstein 1973: 512.

In seinem lehrreichen Werk „Vogelnistkästen in Garten & Wald“, das in mehreren Auflagen erschien – die 6., von Johannes Gepp überarbeitete Auflage erschien 2004 im Leopold Stocker Verlag –, findet sich von all den Ratschlägen, „Schädlinge“ zu bekämpfen und zu töten, so auch keine Spur mehr. Alle Nistkasten bewohnenden Tierarten werden im Allgemeinen positiv dargestellt.

Für den Vogelschutz hat Otto Henze insgesamt bahnbrechend gewirkt. Da lohnt es sich, seinen Lebensweg etwas genauer zu betrachten.

Wer war Otto Henze?

Henze¹ wurde am 19. März 1908 in Spaichingen in der Schwäbischen Alb als Sohn eines Försters geboren. Henze war ein in seiner aktiven Zeit bekannter Forstwissenschaftler und Ornithologe. Er prägte entscheidend die Entwicklung von Nistkästen.

Durch seinen Vater, den späteren Forstmeister Dr. Alfred Henze, einen Experten für Fragen des Forstschutzes, erhielt er erste Anleitungen zu Naturbeobachtungen. Besonders interessierte ihn dabei die Vogelwelt. Otto Henze selbst studierte, nachdem er sein Abitur in Stuttgart gemacht hatte, Forstwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Nach seinem Studium ging er nach München, wo er bei dem Forstwissenschaftler und -entomologen Professor Dr. Karl Escherich (1871-1951²), dem Begründer der Deutschen Gesellschaft für allgemeine und angewandte Entomologie, am Institut für angewandte Zoologie arbeitete, wo er 1934 auch promovierte.

¹ Alle nachfolgenden Informationen zu Otto Henze entstammen dem Beitrag von Wellenstein, G. 1973: Zum 65. Geburtstag von Dr. Otto Henze. AFZ Der Wald **28** (1): 512 sowie der Internetseite http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Henze (22.1.2015).

² Nebenbei bemerkt: Escherich beteiligte sich aktiv an der frühen Hitlerbewegung. Bereits 1921 trat er der NSDAP bei und nahm 1923 auch am Kappputsch teil. 1924 beteiligte er sich zwar noch im Auto am Wahlkampf für den „Völkischen Block“, blieb der neuen NSDAP dann aber fern. – Vgl. zur Person http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Escherich (29.5.2015).



Ein Blick in die Nistkasten-Ausstellung von Gerhard Föhr aus Biberach a. d. Riß-Ringschnait in Bayern. Er betreibt das weltweit erste und einzigartige Nistkastenmuseum. Adresse im Internet und zugleich Quelle des Fotos: www.nistkastenmuseum.de

Nach Abschluss seines Referendariats mit der Großen Forstlichen Staatsprüfung 1935 konnte er sich ganz seiner ornithologischen Neigung widmen. 1936 erhielt er den Auftrag, die neue Vogelschutzwarte Stuttgart-Hohenheim einzurichten und zu leiten. 1939 berief ihn die Bayerische Staatsforstverwaltung zum neuen Leiter der Vogelschutzwarte Garmisch-Partenkirchen. Nach dem Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg kehrte er in diese Position zurück und regte auch den Neubau der Vogelschutzwarte an, der im Jahr 1949 unter seiner Aufsicht entstand.

Schließlich holte ihn die Staatsforstverwaltung jedoch als Lehrbeauftragten an das Institut für angewandte Zoologie der Forstlichen Forschungsanstalt zurück, damit er dort seine Erkenntnisse zum forstlichen Vogelschutz den Forststudenten und -schülern vermitteln konnte. Für seine wissenschaftlichen Untersuchungen richtete er in zehn Forstämtern mit 25 Förstereien Versuchsflächen ein, die er weitgehend allein betreute. Noch bis zu seinem Tod am 4. Mai 1991 (er starb in Überlingen) unternahm der zum Oberforstmeister avancierte Dr. Otto Henze Versuche vor allem in den Wäldern Oberschwabens.

Henze wurde zu einem Pionier des biologisch-ökologischen Forstschatzes und war für den praktischen Vogelschutz eine wichtige Persönlichkeit. Vor allem deshalb, weil er entscheidend die Entwicklung von Nistkästen prägte. So konnte er anhand von Langzeit-



Die von J. Gepp aktualisierte Fassung von Henzes Buch über Vogelnistkästen erschien 2004 unter dem Titel „Vogelnistkästen in Garten & Wald“.

Darin weist Henze auf die große Bedeutung der Winterfütterung für die dauerhafte Ansiedlung von bestimmten Kleinvogelarten in Wald und Garten hin. Danach sind Winterfütterung und Nistkästen Teile eines Gesamtkonzepts, das eine örtlich konzentrierte Ansiedlung bestimmter Vogelarten, sogenannter Arbeitsvögel, zum Ziel hat, um im Frühling der Verbreitung von forstschädlichen Raupen entgegenzuwirken und somit einen problematischen Insektizid-Einsatz dauerhaft zu vermeiden. Die vor allem durch die populären Vogelhäuschen symbolisierte Winterfütterung der Gartenvögel befürwortete Otto Henze nachdrücklich. Dabei war ihm früh bewusst, dass die Kulturlandschaft, die vom Menschen unter ökonomischen Gesichtspunkten bewirtschaftet und reguliert wird, längst nicht mehr als natürlich anzusehen war und immer mehr Vogelarten menschlicher Unterstützung bedurften.

Sein Buch „Gefiederte Freunde in Garten und Wald. Beobachten, Erkennen, Schützen“, das er zusammen mit Diplom-Forstwirt Günther Zimmermann erstmals 1964 veröffentlichte, entwickelte sich zu einem Bestseller unter den Bestimmungsbüchern und erlebte bis 1975 drei weitere Auflagen sowie Übersetzungen ins Französische, Niederländische,

versuchen die Vorteile von Nistkästen aus langlebigem Holzbeton im Hinblick auf Witterungsbeständigkeit und Widerstandsfähigkeit nachweisen. Außerdem floss seine Erkenntnis, dass Nistkästen geräumig sein und zum Schutz vor Nesträubern und für die bequemere Fütterung durch die Altvögel zudem einen Vorplatz haben müssen, in den Bau von künstlichen Nisthilfen ein und wird seitdem von den namhaften Nistkastenherstellern berücksichtigt.

Sein „Kontrollbuch für Vogelnistkästen in der Land- und Forstwirtschaft“, das er erstmals 1936 veröffentlichte, spiegelte lange Zeit die damals übliche Unterscheidung in nützliche und schädliche Vögel (und Tiere) wider.

Neben sämtlichen Belangen um die Nistkästen ist ein großer Teil dieses Werkes der in der Öffentlichkeit oft kritisierten Winterfütterung von Vögeln gewidmet.

Tschechische und Serbokroatische. Damit gelang es ihm, das Thema „Vogelschutz“ auch in breiten Leserkreisen populär zu machen.

Sein „Kontrollbuch für Vogelnistkästen in der Land- und Forstwirtschaft“ wurde in fünf Auflagen publiziert, die dritte datiert aus dem Jahr 1958, in überarbeiteter Form erschien als vierte Auflage 1983 das „Kontrollbuch für Vogelnistkästen in Wald und Garten“ und 1991 die fünfte, erweiterte und völlig überarbeitete Auflage unter dem Titel „Die richtigen Vogelnistkästen in Wald und Garten – über die Lebensweise und Bedeutung aller ihrer Bewohner ; ein Sach- und Kontrollbuch“. Posthum erschien im Jahr 2004 noch eine von Johannes Gepp aktualisierte Fassung unter dem Titel „Vogelnistkästen und Naturhöhlen in Garten & Wald. Bestimmungsbuch Nester & Gelege“.

Heute sind bekanntlich in der Europäischen Union alle Vögel grundsätzlich geschützt. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen dafür sind die EU-Vogelschutzrichtlinie vom 2. April 1979 und in der Bundesrepublik darüber hinaus das Bundesnaturschutzgesetz. Der gesetzliche Schutz gilt für alle wild lebenden Vogelarten, ihre Eier, Nester und Lebensräume. Es wird nur noch unterschieden zwischen streng geschützten Arten und allgemein geschützten Arten.

So ist strengstens verboten, Vögel absichtlich zu fangen oder zu töten, ihre Nester und die darin liegenden Eier zu zerstören und zu beschädigen, Nester zu entfernen, Eier zu sammeln und zu besitzen (auch im leeren Zustand!), Vögel zu stören, insbesondere in der Brut- und Aufzuchtzeit, oder wild lebende Vögel zu halten. Verstöße ziehen zum Teil drastische Strafen nach sich.

Eine große Zahl von Vogelarten unterliegt allerdings dem Jagdrecht, hierzulande also dem Bundesjagdgesetz. Dabei gibt es in der Bundesrepublik Deutschland die Besonderheit, dass teilweise ganze Gattungen oder Familien pauschal dem Jagdrecht unterliegen, ohne dass einzelne Arten genannt werden. Bei vielen der laut Bundesjagdgesetz jagdbaren Vogelarten gelten allerdings Schonzeiten. Diese Arten sind zwar jagdbar, aber dürfen nicht geschossen werden. Hintergrund dafür ist auch der Schutzstatus, der ihnen gemäß der EU-Vogelschutzrichtlinie zukommt. Da jedes Bundesland ein eigenes Landesjagdgesetz hat, sind dort auch abweichende Bestimmungen zu finden. So kann das Rebhuhn noch in neun Bundesländern in einer begrenzten Zeit bejagt werden, obwohl es auf der Roten Liste steht. Es gibt für ein nachhaltiges Verhältnis des Menschen zu seinen gefiederten Mitlebewesen also noch einiges zu tun.

Quellen

- Bludszuweit, H. 1994: Asphalt oder bunte Wegränder? LNT **31** (4): 108–112.
- Bludszuweit, H. 2001: Dorfteiche und Trockenmauern – aus Sicht des Thüringer Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ im Jahr 2000. LNT **38** (1): 11–16.
- Flade, M. 2012: Von der Energiewende zum Biodiversitäts-Desaster – zur Lage des Vogelschutzes in Deutschland. Vogelwelt **133**: 149–158.
- Henze, O. & Gepp, J. 2004: Vogelnistkästen in Garten & Wald. Graz.
- Henze, O. 1958: Kontrollbuch für Vogelnistkästen in der Land- und Forstwirtschaft. 4. Aufl., Garmisch-Partenkirchen.

- Krüger, H. & Lauser, P. 2010: Veränderungen der Vogelwelt auf der Messtischblatt-Fläche 5035 – Jena. *Thüringer Ornithologische Mitteilungen* **55**: 17-33.
- Pfützenreuter, S. & Pasewald, H. 1995: Landesweite Dorfbiotopkartierung in Thüringen beginnt. *LNT* **32** (1): 18–19.
- Shikora, T.; Gorff, V. et al. 2003: Dorfbiotope in Thüringen. Vielfältig, gefährdet, schützenswert. Auswertung der landesweiten Kartierung. *Naturschutzreport* **20**. Jena.
- Stremke, A.; Turnewitsch, W. A.; Bludszweit, H. & Nöllert, A. 1998: Dörfer im Wandel – Naturschutz in der Kommune. *LNT* **35**, Sonderheft.
- Turnewitsch, A. 1995: Ergebnisse ökologischer Kartierungen aus einigen Dörfern in Nordwestthüringen. *LNT* **32** (1): 20–26.
- Wellenstein, G. 1973: Zum 65. Geburtstag von Dr. Otto Henze. *AFZ Der Wald* **28** (1): 512
- Wodner, D. 2013: Schwalbenstatistik von Glasehausen – die ernüchternde Bilanz eines Schwalbenzählers! *Thüring. Ornithol. Mitt.* **58**: 9–15.
- http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Henze (22.1.2015).
- <http://www.nistkastenmuseum.de/> (22.1.2015).

Veröffentlichungen von Otto Henze:

- Henze, O. 1934: Über die Wirkung strömender Luft auf die Entwicklung von Lepidopteren. *Zeitschrift für angewandte Entomologie* **21**: 385-405. [Dissertation].
- Henze, O. 1935: Sind die Hauptfragen des Vogelschutzes gelöst? *Biologe* **4** (8): 1-4.
- Henze, O. 1936: Kontrollbuch für Vogelnistkästen in der Land- und Forstwirtschaft : mit Anleitg., 30 Lichtbild., Vordr. u. Eintragungsflächen. Berlin. 2. Aufl. Garmisch-Partenkirchen 1949, 3. Aufl. Garmisch-Partenkirchen 1958, 4., überarb. Aufl. Überlingen am Bodensee 1983, 5., erweiterte und völlig überarb. Aufl. Konstanz 1991, 6. Aufl. Graz 2004.
- Henze, O. 1936: Wirtschaftliche Vogelschutzergebnisse im Obst- und Gartenbau 1935. *Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau* 1.
- Henze, O. 1938: Neue Wege des Vogelschutzes im Obst- und Gartenbau. Ein Flugblatt für Obstzüchter, Baumwarte und Gärtner.
- Henze, O. 1943: Vogelschutz gegen Insektenschaden in der Forstwirtschaft. München.
- Henze, O. 1948: Der landwirtschaftliche Vogelschutz in Bayern. *Pflanzenschutz* **3** (1).
- Henze, O. 1949: Erfolgreiche Krähen- und Elsterbekämpfung. *Pflanzenschutz* **4** (1).
- Mallach, N. & Henze, O. 1956: Beobachtungen über den Einfluß der 1955 im Landkreis Altötting durchgeführten chemischen Maikäferbekämpfung auf die dortige Vogelwelt. *Pflanzenschutz* **11** (9).
- Henze, O.; mit Zeichnungen von Zimmermann, G. 1964: Gefiederte Freunde in Garten und Wald – Beobachten, Erkennen, Schützen. München.

Die Parforceheide – eine Landschaft im Wandel. Rückblick eines 1933 geborenen Gütergotzers

Peter Ernst¹

Ein heutiger Betrachter wird sich beim bloßen Anblick oder Wandern in der Landschaft kaum vorstellen können, welch gravierende Veränderungen dieses Gebiet zwischen Bundeshauptstadt Berlin und Landeshauptstadt Potsdam allein in den vergangenen 82 Jahren erfahren hat.

1729 Eingliederung der Gütergotzschen und der Drewitzschen Heyde durch Friedrich Wilhelm I. in ein großes eingezäuntes Jagdgebiet „Parforceheide“ von rund einhundert Quadratkilometern.

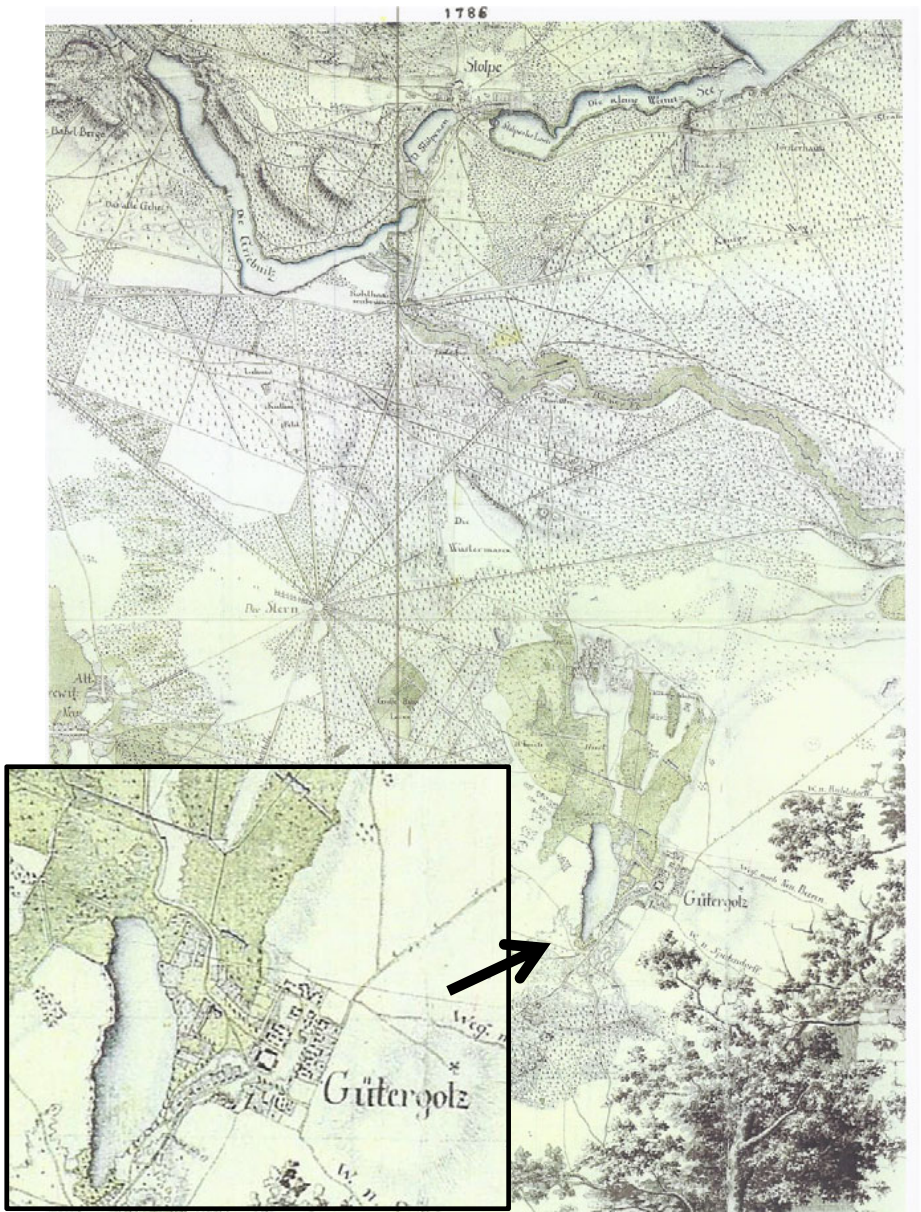
Dieses wurde nördlich durch das Flüsschen Beke oder Bäke und die Dörfer Stansdorf, westlich durch Gütergotz, südlich durch Nudow und Philipsthal und östlich durch Drewitz und Nowaweb begrenzt. Das ausreichend ebene Waldgebiet hatte allerdings einen sehr hohen Wasserstand, der erst durch ein rastermäßiges Grabensystem abgesenkt werden musste, damit die Pferde nicht im Morast einsanken. Hetzjagd im Wald zu Pferde hinter einer das Wild hetzenden Hundemeute bedeutete für Mensch und Tier ohnehin eine große Unfallgefahr – daher die Bezeichnung „Parforcejagd“ (französisch: mit Gewalt).

Auf der ersten in Nord-Süd-Richtung angelegten Hauptschneise wurde der Ausgangspunkt aller weiteren Schneisen definiert. Im rechten Winkel entstand dort eine zweite Schneisenachse. In das entstandene Wege-Kreuz legte man ein zweites und erhielt einen einfachen Jagdstern („étoile“) mit 8 Strahlen. Eine nochmalige Verdoppelung ergab dann den königlichen Doppelstern („étoile double“) mit 16 Schneisen. Zwei Schneisen begrenzten das jeweilige Jagdrevier. Dort wurden während der Jagd Holzgestelle aufgestellt, um das Jagdwild am Überqueren zu hindern. Deshalb hießen diese Waldschneisen „Gestelle“. Da ein Abschluss der Jagd unter freiem Himmel sehr witterungsabhängig war, entschloss sich der König ausnahmsweise zum Bau eines eigenen Gebäudes, dem „Jagdschloss Stern“.

1838 Der Bau der ersten Eisenbahnstrecke Berlin-Potsdam durchschneidet das ehemalige Jagdgebiet im Norden.

1909 Einweihung des „Südwest-Kirchhofs der Stadt Berlin“. Wegen Platzmangels in der Stadt wurde von der evangelischen Synode im Stahnsdorfer Kiefernwald ein 150 Hektar großer Waldfriedhof geschaffen. Kurz darauf folgte angrenzend auf der anderen Seite der „Alten Potsdamer Landstraße“ die Anlage des „Wilmsdorfer Waldfriedhofes“ sowie angrenzend an der Potsdamer Chaussee der „Friedenauer Waldfriedhof“.

¹ Peter Ernst war viele Jahre lang ehrenamtlicher Naturschutzhelfer und Ortsnaturschutzbeauftragter (seit 1970) in Güterfelde. Für seine besonderen Leistungen im Naturschutz wurde er im Jahre 2007 durch den Umweltpreis des Landes Brandenburg gewürdigt.



„Plan von der Gegend um Potsdam, aufgenommen und entworfen von C. G. v. Tschirschky 1780“ mit „Großem Stern“ (Mitte links). Kasten: Ausschnitt von Gütergotz. Quelle: Archiv Peter Ernst.

1913 Inbetriebnahme des Bahnhofs Stahnsdorfs gegenüber dem Eingang des Südwest-Kirchhofs als Bahnverbindung über Dreilinden und Wannsee nach Berlin.

1915 Mit dem „Dauerwaldvertrag“ (Vereinbarung vom 27. März 1915) kaufte der Zweckverband Groß-Berlin vom Königlich-Preußischen Staat Wälder als „Erholungswald aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege, um so der wachsenden Bevölkerung der Reichshauptstadt ... die Gelegenheit der Erholung und Erfrischung im freien und im Walde zu sichern“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Dauerwaldvertrag>).

Ursprünglich war der Preis für 11 200 Hektar 179 Millionen Goldmark. Nach Entscheidung Kaiser Wilhelms II. wurden 10 000 Hektar Wald um Berlin, u.a. in der Parforceheide, erworben und für 50 Millionen Goldmark zum unantastbaren Dauerwald erklärt.

1933 Vereinnahmung von Schloss und Park Gütergotz durch die NSDAP und die SA-Standarte „Feldherrnhalle“.

1935 Errichtung des Trainingsschießplatzes für die deutsche Mannschaft der Pistolen-schützen für die Olympiade 1936 in Berlin.

1937 Umbenennung des Ortes Gütergotz in die Neuschöpfung „Güterfelde“ (misslungene „Eindeutschung“).

1937 Das Gebiet um das Jagdschloss Stern sowie die „Große und die Kleine Rohrlake“ wurden zu „Landschaftsschutzgebieten“ erklärt.

1938 Bau des „AVUS-Zubringers“ zwischen dem Autobahnring um Berlin und der AVUS unter Rücksichtnahme auf historisch und landschaftlich sensible Bereiche. Nutzung des Schießplatzes und von Teilen des Waldgebietes als Übungsgelände für das in den neuen Stahnsdorfer Kasernen stationierte Militär. (Erstaunlich: in Güterfelde wurde der Bau von Kasernen und Hangars nicht gestattet, weil es im „Grünen Ring um Berlin“ gelegen sei.)

1945 Schloss Güterfelde wurde vorübergehend Sitz einer sowjetischen Kommandatur und danach zum Abriss freigegeben und völlig geplündert. Die einzigartigen Parkbäume des vom Schlossherrn Bleichröder angelegten Arboretums wurden gefällt und verheizt. An der Autobahn nach Berlin wurden Ein- und Ausfahrtkontrollstellen gebaut. Alle Kasernen wurden wieder in militärische Nutzung genommen. Die gemäß Alliiertem Beschluss begonnene Demontage und Zerstörung des Schießplatzes wurde gestoppt und dieser von der Besatzungsmacht ohne Schutzeinrichtungen wieder in Betrieb genommen. Später wurde der Wald abgesperrt, der Schießplatz erweitert und dort sämtliche Formen „bewaffneter Organe“ der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR an Waffen und allen Arten Militärfahrzeugen ausgebildet.

Dieses Gelände kam nach dem Ende der DDR in die Hände der Bundeswehr, welche es gar nicht benötigte, jedoch nicht aufgeben wollte und deshalb jährlich eine kleine Übung mit „Feldjägern“ inszenierte. Der große ruinöse Schießplatz war ein gefährliches Schandmal in der Landschaft. Es war eine anspruchsvolle diplomatische Aufgabe der charmanten Pfarrersfrau und eines engagierten Gütergotzers, den zuständigen Oberbefehlshaber der Bundeswehr zu einer Aufgabe des Standortes und einem Rückbau der Anlagen zu überzeugen.

1961 Mit der Absperrung der innerdeutschen Gemarkungslinie und ihrem Ausbau zu einer Staatsgrenze gab es die größten Verluste an Wald und Natur. Ein breiter Streifen Natur wurde devastiert und mit Sperranlagen überbaut. Für die personelle Betreuung entstanden vielerorts umfangreiche Kasernenkomplexe in abgesperrtem Waldgebiet, selbst das vorgelagerte Waldgebiet war für die Einwohner nicht mehr zugänglich. Der Umfang dieser Flächen wurde in seiner Dimension erst durch die Verfügbarkeit von Luftbildaufnahmen erkenntlich. Nach der Wiedervereinigung hat die Natur Flächen, die nicht zu Bauland geworden waren, zurückerobert.

1970 Das „VEG (Volkseigene Gut) Fleisch- und Frischeierproduktion Falkensee-Außenstelle Güterfelde“ baute in der Parforceheide am Priesterweg eine zweigeteilte Barackenanlage zur Junghennenaufzucht. Es wurden angelieferte Küken bis zur Legereife aufgezogen. Aus Seuchenschutzgründen wurde ein Standort außerhalb des Dorfes in der Parforceheide gewählt. Nach der Wiedervereinigung standen die 12 großen Hallen leer. Ein Bestandsschutz war damit nicht mehr gegeben. Obwohl bereits eine Veränderungssperre verhängt war, lockte eine geschäftstüchtige Gemeindevertretung ohne Genehmigung Firmen und Betriebe an. Als die Zustände mit Restaurant, Großverkauf und parkenden Autos im Wald unhaltbar wurde, musste das Gesetz einschreiten und diese Nutzungen unterbinden. Ein Abriss der Wellblechhallen wurde jedoch durch den Bau von Solaranlagen auf den Dächern verhindert. So gibt es noch heute zwei Gewerbehöfe im Landschaftsschutzgebiet.

1970 entstand zur Entlastung der Großbeerenstraße eine neue Einfallstraße nach Potsdam entlang der Nuthe, die so genannte „Nuthestraße“ – später „L 40“. War beim Bau des Avus-Zubringers noch auf sensible Bereiche Rücksicht genommen worden und hatte man für durchschnittenen Sternschneisen und historische Verbindungswege noch Brücken mit langen Abfahrten gebaut, so wurden erstere dieses Mal brachial zerschnitten. Der Geschädigte war die Bevölkerung, der man als Zugang vom Stern in die Parforceheide eine Fußgängerbrücke zwar versprach, doch diese nie baute.

1970 sollten in Potsdam neue Wohngebiete gebaut werden. Da geeignete Flächen im Norden (Bornstedter Feld u. a.) durch Besatzungsmacht und „bewaffnete Organe“ der DDR beansprucht waren, wurden die besten Ackerflächen bei Drewitz zu Bauland erklärt. Dass Teile davon im rechtsgültigen „Landschaftsschutzgebiet um das Jagdschloss Stern“ lagen, wurde dabei nicht beachtet und es wurde kein Verfahren eingeleitet. Die historischen „Sternschneisen“ wurden nicht respektiert, sondern sogar demonstrativ durch quer gestellte Wohnblöcke oder Straßenverlegungen blockiert. Alle alten Chausseen mit Sommerweg und ihren Alleen und Chausseegräben wurden erst in voller Breite asphaltiert, dann verschwanden zum vierspurigen Ausbau oft auch die Alleen und Gräben. Neuanpflanzungen wurden nicht vorgenommen.

1974 Die zunehmende Inanspruchnahme von Wald für militärische Zwecke und die ausufernde Stadt Potsdam veranlassten mich zur Formulierung eines „Antrags auf Zusammenfassung der seit 1937 bestehenden drei rechtskräftigen Landschaftsschutzgebiete Jagdschloss Stern, Große Rohrlake und Kleine Rohrlake zu einem größeren LSG Parforceheide für die Rekonstruktion der Arbeitskraft der Werktätigen aus den Industriegebieten“. Schließlich gab es nach jahrelangen Bemühungen zwar Zustimmungen der fachlich zuständigen Dienststellen, doch es kam nichts in Gang. Erst nach Eingaben an den



Eine Anzeige des einstigen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen.
Quelle: Archiv Peter Ernst.

Rat des Bezirkes, Staatsrat, ZK der SED gab es eine Beschlussvorlage für den Kreistag Potsdam-Land. Im letzten Moment fiel jedoch jemandem auf, dass ein Zipfel (um das Jagdchloss Stern) zum Gebiet der Bezirkshauptstadt Potsdam gehörte. Dies erforderte einen gemeinsamen Beschluss des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung. Damit war der Beschluss erst einmal von der Tagesordnung abgesetzt. Ein Neuanlauf kam in der DDR nicht mehr zu Stande, weil durch ein LSG eine Behinderung einer möglichen Erweiterung der militärischen Flächen hätte entstehen können.

Sofort nach dem Ende der DDR konnte der Antragsteller nach Überarbeitung der Begründung für eine Unterschutzstellung seinen Antrag bei der zuständigen Behörde einreichen. Es wurde eine einstweilige Sicherung des Gebietes angeordnet. Nach einer Kartierung und wissenschaftlichen Bestandserfassung wurde am 12. November 1997 die „Verordnung zu einem ‚Landschaftsschutzgebiet Parforceheide‘“ erlassen.

Bis **1985** gab es für Berlin das ökologisch weltweit vorbildliche Abwasserbehandlungssystem von Hobeucht. Das im Gebiet geförderte Wasser wurde nach Gebrauch auf stadtnahen speziellen Rieselfeldern verrieselt und kam so in der Region wieder in einen Kreislauf. Mit dem Bau des modernsten Klärwerkes durch Berlin in Stahnsdorf hatte sich die Möglichkeit eines Umbaus der kleinen Rieseltafeln zu großen Einheiten, auf denen



Bau einer neuen Landstraße L 40 nach Autobahn-Standard, hier: Bau einer doppelten Brücke zur Überquerung des tiefen Moores „Hartes Fenn“ in Güterfelde. Quelle: Archiv Peter Ernst.

fortan mit Großregnern „Klarwasser“ verregnet werden sollte, ergeben. Dieses Prinzip wurde jedoch nicht realisiert, sondern sämtliches gereinigtes „Klarwasser“ aller Klärwerke fließt seitdem durch Rohrleitungen in den Teltowkanal und weiter über Havel und Elbe in die Nordsee. Da es sich um mehrere Hunderttausend Kubikmeter Wasserverlust täglich handelt, sind die Folgen für die Landschaft nach einem Vierteljahrhundert gravierend. Das ehemals durch viele Feuchtgebiete mit einer reichhaltigen Flora und Fauna ausgezeichnete Gebiet trocknete aus und Flora und Fauna verarmten.

2001 Bei der Verlegung der Abfahrt Babelsberg und dem sechsstreifigen Ausbau des Avus-Zubringers entstand ein halbes „Kleeblatt“ mit einem „Überflieger“. Dadurch verschwand auch der letzte Durchschlupf für Fußgänger neben der Autobahn. Daraufhin wurde sofort die Forderung nach dem von der DDR nicht erfüllten Versprechen einer Rad-/Fußgängerbrücke gestellt. Vom Beschluss für deren Bau bis zur Realisierung vergingen noch einige Jahre, weil der Güterfelder Bürgermeister diese Brücke durchaus nicht haben wollte und einfach für den Verkauf eines Wiesengrundstücks im Landschaftsschutzgebiet Baulandpreise forderte. Um einen längeren Rechtsstreit mit dem Dorfbürgermeister zu vermeiden, entschloss sich die Behörde, auf eine Nutzungsmöglichkeit für Kinderwagen und Rollstuhlfahrer zu verzichten und den Abgang als gewundene steile Treppe zu bauen.



Ein „Selbstversuch“ auf der alten Landstraße 40: Peter Ernst beweist, dass eine neue parallel geführte vierspurige Landstraße 40 neu nach Autobahn-Standard zur Entlastung des Ortskerns von Güterfelde unverzichtbar ist. Quelle: Archiv Peter Ernst.

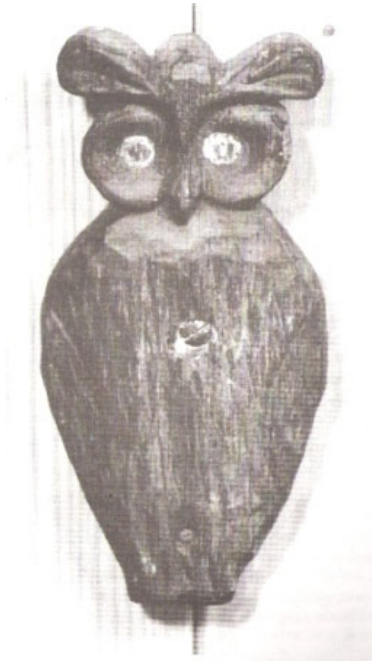
2005 konnte endlich die Fußgängerbrücke über die Nuthestraße eröffnet werden. Sie wurde wegen der Realisierung nach langer Blockade schon als „Blaues Wunder“ bezeichnet. Sie liegt an der Stelle der Unterbrechung des Rohrlakengestells und bekam deshalb den Namen „Rohrlakensteg“.

2012 begann der Bau einer neuen Landesstraße L 40 nach Autobahn-Standard durch das Landschaftsschutzgebiet „Parforceheide“. Anlass war die Forderung nach Schaffung einer kurzen Umgehung des Ortskerns, der in den ersten Jahren nach der DDR durch starken Lkw-Verkehr durch das Dorf belastet wurde, als in Güterfelde Mauerteile geschreddert wurden und im Ort vorübergehend ein großer Kiesabbau stattfand. Die Forderung war, den Ortskern zu entlasten. Im Laufe der Jahre mit Verhandlungen wurde daraus eine autobahngleiche neue Verkehrsstrasse Potsdam-Schönefeld neben der alten Landesstraße. Sie schafft die Möglichkeit der Umgehung der vorhandenen mautpflichtigen Autobahnverbindung A 115 – AVUS Zubringer – und der A 10 – Berliner Ring – sogar mit kleiner Zeiteinsparung. Der Bau der Landesstraße L 40 ergab insgesamt einen zusätzlichen 20-fachen Landverbrauch und eine völlige Veränderung des Landschaftsbildes. Für die Landschaft bedeuten die dargestellten Entwicklungen einen tief greifenden Wandel, den zu überschauen man sich dargestellter Entwicklungen bewusst werden muss.

Die Naturschutzzeule wird 65

Sybille Knospé und Kerstin Götter unter Mitwirkung von Michael Succow

65 Jahre ist für Menschen ein Alter, in dem sie sich zur Ruhe setzen und Anderen die Mühen des beruflichen Alltags überlassen wollen. Das gilt jedoch nicht für unsere schwarze Waldohreule auf gelbem Grund, die eine aufregende Geschichte hinter sich und heute nicht weniger schwierige Aufgaben im Interesse des Naturschutzes vor sich hat.



Hans Ohnesorge „Eule aus Holz“ (1950).
Foto aus Anders 2000: 13.

dert heute allgemein bekannt ist.“¹

Da zu dieser Zeit die Eule in der Bevölkerung einen schlechten Ruf hatte, wollte Kurt Kretschmann sie ins Zentrum des Naturschutzes rücken. Die Eule galt als Totenvogel, da nachts, wenn das Käuzchen ruft, ein Mensch sterben soll. Da Eulen nachtaktiv sind und am beleuchteten Fenster besser Insekten jagen können, hielt sich dieser Aberglaube durch Unwissenheit.

Es ist eine Ost-West-Geschichte zwischen Siegen und Niederlagen bei den Bemühungen um den Erhalt von Arten und Landschaften.

1950 wurde in Bad Freienwalde die Idee geboren, zu schützende Naturobjekte wie Landschaften, Einzelbäume, Quellen, Alleen und Findlinge zu kennzeichnen.

Mit seiner Wandergruppe des damaligen Kulturbundes zog Kurt Kretschmann bereits Ende der 1940er Jahre in die Umgebung des Altkreises Oberbarnim. Sie begutachteten die bis dahin etwa 25 bekannten Naturdenkmale und fanden schnell neue schützenswerte Objekte.

„Es war eine folgerichtige Idee, die vielen neuen Naturdenkmale zu kennzeichnen: Nur wenn sie auffällig herausgestellt seien, würde man sie näher betrachten und als etwas Besonderes empfinden ... Nach vielen Überlegungen und Diskussionen entschied ich mich für die Waldohreule. Das Eulenschild sollte schön sein, zur Nachdenklichkeit anregen und den Schutz dieser Tierart verstärken. Mein damaliger Mitarbeiter Hans Ohnesorge fertigte einen ersten Entwurf an, der von dem Grafiker Friedrich in Eberswalde zu dem Zeichen stilisiert wurde, wie es nur wenig verän-

¹ Anders, K. (Red.) 2000: Festschrift 40 Jahre Haus der Naturpflege – 50 Jahre Naturschutzzeule. Bad Freienwalde.

Schließlich einigte man sich auf den Entwurf des Grafikers Friedrich aus Eberswalde: ein fünfeckiges gelbes Schild mit einer schwarzen Waldohreule. „Kurt hatte bei seinen Wanderungen durch die Alpen viele religiöse Bildstöcke gesehen, die diese Form hatten“ (Anders 2000).

Kretschmann organisierte die finanziellen Mittel und ließ die ersten 5.000 Holzschilder 1952 im Erzgebirge herstellen. Das waren die ersten Naturschutzsymbole der jungen DDR und die schwarze Eule wurde als Naturschutzsymbol schnell bekannt.

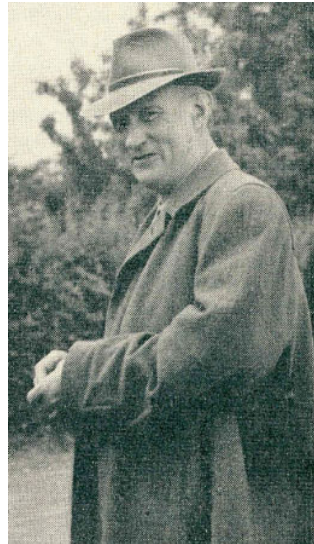
Die Geburtsstunde des Eulen-Schildes schildert Kurt Kretschmann selbst wie folgt: „Der Jahresetat für Naturschutz im Land Brandenburg betrug 30.000 Mark. Nun bestellte ich in Olbernhau im Erzgebirge 5.000 Holztafeln mit der Eule als Naturschutzsymbol. Die in Marterl-Form mit Dach hergestellten hübschen Holztafeln, mit eingebrannter Eule und verschiedenen Aufschriften, wie Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Naturdenkmal und Geschützte Allee, versandten wir von Freienwalde aus an die uns bekannten aktiven Naturschützer in der DDR. Eine aufwendige Aktion, aber damit bürgerte sich dieses Zeichen ein.“²

Bei Wanderungen mit seinen Heimatfreunden hatte er in seinen Rucksack stets einige Schilder gesteckt. Wenn er und seine Naturfreunde der Überzeugung waren, dass ein alle beeindruckender Baum einen besonderen Schutz verdiente, dann wurde das Eulensymbol angebracht. Da war es nicht verwunderlich, dass der Altkreis Bad Freienwalde schon bald über die meisten Naturdenkmale verfügte.

Als Referent für Naturschutz in der seinerzeitigen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Berlin war Kurt Kretschmann beauftragt, am ersten DDR-Naturschutzgesetz mitzuwirken. Diese Gelegenheit nahm er wahr, auch, um das Freienwalder Symbol im ersten Naturschutzgesetz der DDR 1954 zu verankern.

1954 nahm er dieses Schild zu einer Tagung in die Bundesrepublik mit, in der Hoffnung, dass auch dort die Naturdenkmäler und Naturschutzgebiete damit gekennzeichnet würden.

Auf der Naturschutztagung in Freiburg verteilte Kretschmann die ersten Exemplare des frisch gedruckten und verabschiedeten neuen Naturschutzgesetzes der DDR unter den stauenden Teilnehmern. Bis dahin hatten beide deutsche Staaten noch nach dem alten Reichsnaturschutzgesetz von 1935 gearbeitet. Er zeigte den westdeutschen Naturschützern auch „sein“ Naturschutzsymbol und empfahl der BRD, doch auch solch ein Symbol an ihren geschützten Objekten anzubringen. Das Eulenschild, so Kretschmann, könnten sie gern übernehmen. Es sei mit 1,90 M sehr preiswert.



Carl Duve. Quelle: Privatarchiv Henry Makowski.

² Kretschmann, K. 1994: Auferstanden aus Ruinen. Naturschutz heute **26** (1): 48.

HANSESTADT HAMBURG

LANDESSTELLE FÜR NATURSCHUTZ
UND LANDSCHAFTSPFLEGE

HAMBURG ~~20133~~ 13
Peldbrunnens
TELEFON ~~20133~~ 44 37 41 58
Sprechstunden mittwochs von 10-13 Uhr

Herrn
Kurt K r e t s c h m a n n
Bad Freienwalde (Oder)
Stalinstr. 32

den 2. Februar 1955

Sehr geehrter Herr Kretschmann!

Wir bestätigen Ihnen dankend den Eingang Ihrer Holzschilder. Zu Ihrer Information ließen wir mit gleicher Post Ihnen 2 Schilder zugehen, wie wir sie in unserern Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten verwenden. Diese Schilder sind sehr strapazierfähig hergestellt und entsprechen der Größe unserer Verkehrs-schilder. Die Schilder kosten durchschnittlich DM 9,-- das Stück und finden langsam in den verschiedenen Länderteilen, besonders in Nordrhein/Pfalz, Verwendung. Als Zeichen für ein Naturschutzgebiet haben wir den fliegenden Adler gewählt; für unsere Naturdenkmale schwebt uns eine etwa handtellergroße Plakette vor, die am Fuß des Baumes eingelassen wird.

Ich schließe mit herzlichen Grüßen

Ihr



Brief von Carl Duve an Kurt Kretschmann vom 2.2.1955. Quelle: Erna und Kurt Kretschmann-Archiv. 3. Korrespondenz, Mappe 219.

Umgekehrt könne die DDR nicht mehr auf andere Schilder umstellen, da bereits Tausende davon angebracht seien.

Er fand in Carl Duve (siehe Foto auf S. 32), einem bekannten Naturschützer aus Hamburg, jemanden, der seine Idee wichtig fand und daraufhin ein eigenes Naturschutzsymbol für die Bundesrepublik initiierte, den Seeadler im grünen Verkehrsdreieck, gezeichnet von dem Maler und Grafiker Hans Troschel nach einer Idee des Naturfilmers Henry Makowski (s. Foto auf S. 36). Dieser kam bei einer Reise in den Yellowstone Nationalpark auf die Idee mit dem Weißkopfseeadler.

Dieses Schild galt in der Bundesrepublik ab 1955 als offizielles Naturschutzsymbol.³

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands einigten sich (auf nachdrückliche Bitte von Bundesumweltminister Klaus Töpfer) die Umweltminister der einzelnen Bundesländer 1991, zukünftig in ganz Deutschland das Eulensymbol zu verwenden.

In der Eule sahen sie vor allem die Heimatverbundenheit, die dieses Schild zum Ausdruck brachte. Erna Kretschmann sagte daraufhin: „Das ist ja schön. Damit hat die Eule über den Adler gesiegt. Die Eule ist das Zeichen der Weisheit und der Adler das Zeichen der Macht.“⁴

Kretschmann war jedoch misstrauisch, ob sich das Schild wirklich deutschlandweit durchsetzen würde, da der Naturschutz in der Bundesrepublik Ländersache ist. Deshalb schrieb er Ende der 1990er Jahre einen Brief an die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel mit der Bitte, doch dafür zu sorgen, dass das Schild wirklich in der gesamten BRD angewandt würde.

Im Antwortbrief steht u. a. zu lesen: „Der Grund dafür liegt darin, dass der Bundesgesetzgeber nur eine allgemeine Richtlinienkompetenz für den Naturschutz hat. Dazu gehört nicht die Festlegung von Details, worum es sich bei der Art des bei der Beschilderung zu verwendenden Symbols handelt.“⁵

Nachdem man sich auf die Eule festgelegt hatte, begannen vor allem einzelne Ornithologen, das Symbol des Grafikers Friedrich wissenschaftlich zu kritisieren. Der Haupteinwand: Wenn die Eule auf einem Ast sitze, dann sehe man nur zwei statt drei Zehen und der Schwanz sei sichtbar. Das Ergebnis der Diskussion ist, dass heute vier Varianten von Eulen in der gesamten Bundesrepublik zu sehen sind, die Eule mit Schwanz und ohne Schwanz, mit drei und mit zwei Zehen. Sachsen-Anhalt setzt seine Eule in einen weißen Untergrund und Bremen, Niedersachsen und Berlin haben die Eule im grünen Verkehrsdreieck, Mecklenburg-Vorpommern hat die alte „Kretschmann-Eule“ und Brandenburg die biologisch korrekte.

Letztlich war Kurt Kretschmanns Misstrauen gerechtfertigt: Heute findet man in den Ländern, die die Eule als Naturschutzsymbol verwenden, folgende Variationen:



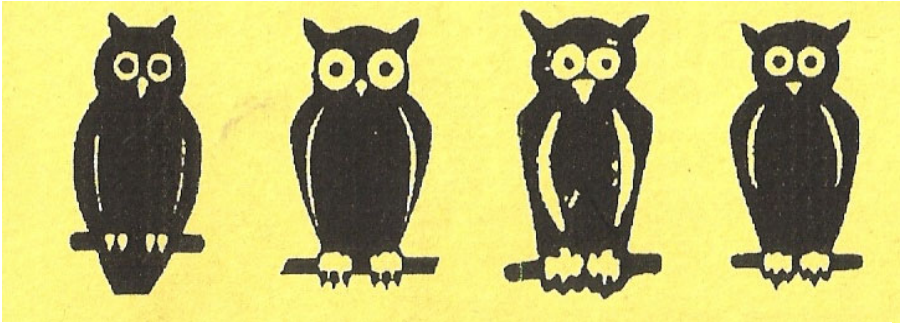
Eines der heute gebräuchlichen Naturschutzschilder in Brandenburg.

Quelle: Wikipedia. Autor: Membeth.

³ Erna und Kurt Kretschmann-Archiv. 3. Korrespondenz, Mappe 219.

⁴ Sendung des rbb zum Todestag von Kurt Kretschmann 2007.

⁵ Erna und Kurt Kretschmann-Archiv. 3. Korrespondenz, Mappe 219.



Frühe Varianten der Naturschutzzeule aus der Anfangszeit. Abbildung aus Anders 2000.



Heute gebräuchliche Varianten der Kennzeichnung von Schutzgebieten und -objekten in der „alten“ Bundesrepublik. Links neues Schild mit Waldohreule, rechts altes Schild mit Seeadler, beide gesehen am Dümmer in Niedersachsen. Fotos: Hermann Behrens

- Das Eulensymbol im Fünfeck gilt für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen als verbindlich, wobei Sachsen-Anhalt anstelle des gelben einen weißen Grund verwendet.
- In Berlin, Bremen und Niedersachsen gilt die *Eule* im grünen Dreieck.
- Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland verwenden den *Seeadler* im grünen Dreieck.

Die gelbe Eule auf schwarzem Grund, gestaltet von Kurt Kretschmann nach dem Entwurf des Grafikers Friedrich, besitzt heute also nicht in allen Bundesländern Gültigkeit bei der Kennzeichnung von Schutzgebieten und -objekten.



Henry Makowski. Quelle: Privatarchiv Henry Makowski.

Henry Makowski, der Erfinder des Seeadlersymbols, lebt in Niedersachsen und hat die Eule im grünen Verkehrsdreieck. Kurios ist auch, dass ausgerechnet der Kreis Märkisch-Oderland, in dem der Geburtsort der „Eule“ liegt, 1993 für kurze Zeit gar kein gültiges Naturdenkmal mehr hatte: „Der Beschluss Nr. 37/93 des Kreistages des Kreises Bad Freienwalde zur Kennzeichnung der Baumgruppen und Einzelbäume als Naturdenkmal vom 10.09.1993 hat sich bei der Überprüfung im Vorfeld der Erarbeitung der vorliegenden Verordnungsentwürfs als wegen schwerer Verfahrensfehler nichtig herausgestellt. Dem Beschluss ging kein ordnungsgemäßes Verfahren nach § 28 BbgNatSchG voraus (keine öffentliche Auslegung, keine Abwägung etc.). Außerdem fehlt ein konkreter Verordnungstext.“⁶

Schon vor der Wiedervereinigung Deutschlands äußerte Kurt Kretschmann im persönlichen Gespräch mit Michael Succow, dass das Eulensymbol seinerzeit der einzig machbare Weg war. Eigentlich wäre für Schutzobjekte das Staatswappen ein viel wirkungsvolleres Symbol, wie es damals in vielen sozialistischen Ländern üblich war. Aber das sei damals von der DDR-Führung politisch nicht gewollt worden (M. Succow, mündlich).

⁶ Beschluss 37/93 Kreistag Märkisch-Oderland.

Zur Geschichte des Zentralen Fachausschusses „Feldherpetologie/ Ichthyofaunistik“ im Kulturbund der DDR

– mit Beispielen für die feldherpetologische und ichthyofaunistische Arbeit in den ehemaligen thüringischen Bezirken

Hermann Behrens

Für den Schutz der Lurche und Kriechtiere sei in der DDR, so schrieb 1977 der Leiter der ILN-Zweigstelle Dresden, Hans Schiemenz, jahrzehntelang „fast nichts getan“ worden. „Bis vor etwa 10 Jahren war das vielleicht auch nicht notwendig, da die Lebensräume und -bedingungen für unsere Reptilien und Amphibien nur wenig vom Menschen beeinflusst wurden“ (Schiemenz 1977: 87). Mit Einführung der industriemäßigen Produktion in der Landwirtschaft und im Binnenfischereiwesen der DDR, mit der Entwicklung des Erholungswesens und des Tourismus habe sich die Situation für diese Tierarten jedoch grundlegend verändert.

Schiemenz wusste, wovon er sprach. Er hatte 1957 den „Arbeitskreis zum Schutze der vom Aussterben bedrohten Tiere“ (AKSAT) mitbegründet und war ab 1959 dessen Leiter. Schiemenz war zudem seit Anfang 1975 „Referent für Feldherpetologie“ in der Zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) Terrarienkunde des ZFA Aquarien/Terrarien gewesen. Diese Zuordnung wurde von Schiemenz und der Abteilungsleitung Natur und Heimat im Kulturbund aber nicht mehr als sinnvoll erachtet, weil „Feldherpetologen oft keine Freunde oder mitunter sogar Gegner von Terrarien“ waren.¹

Um sich den Amphibien und Reptilien explizit widmen zu können, gab Schiemenz die AKSAT-Leitung 1976 an Dr. Max Dornbusch, Biologische Station Steckby des ILN Halle, weiter und gründete mit anderen Herpetologen im Kulturbund 1977 den Zentralen Fachausschuss Feldherpetologie, dem er dann vorstand. Eine erste Fachgruppe „Herpetologie und Ornithologie“ hatte sich schon 1967 auf Initiative von Dr. Justus Oertner in Leipzig gegründet. Aus dieser Gruppe entstand 1972 die dann von Oertner geleitete Bezirksarbeitsgruppe (BAG) „Zum Schutz heimischer Amphibien und Reptilien“ (Handke 1988: 1).

Bereits vor Gründung des ZFA warb die Kulturbundzentrale in Berlin für die Gründung von entomologischen Fachausschüssen in den Bezirken.² In einem Rundschreiben wurden die unter dem Dach des Kulturbundes bereits arbeitenden Entomologen dann im September 1977 über die Bildung eines Zentralen Fachausschusses (ZFA) „Feldherpetologie“ informiert. Am 25.8.1977 fand die erste Beratung des zukünftigen ZFA statt, in den als Leitungsmitglieder Dr. Hans Schiemenz als Vorsitzender, Dr. Rainer Günther/Berlin, Oberforstmeister Klaus Handke/Eilenburg, Dr. Werner Jorga/Cottbus und Fritz-Jürgen Obst/Dresden berufen wurden.³ Mit der Konstituierung des ZFA erfolgte nun

¹ Bundesarchiv (BArch), DY 26, 9736 ZFA Feldherpetologie, Manuskript Hans Schiemenz.

² BArch, DY 26, 9736 ZFA Feldherpetologie, Bundessekretariat Abteilung Natur und Heimat, Klaus Böhmert, Abteilungsleiter, an alle Bezirkssekretäre Natur und Heimat, 3.5.1976 betr. „Bildung von Bezirksfachgruppen Feldherpetologie.“

³ BArch, DY 26, 9736 ZFA Feldherpetologie, Rundschreiben 2/1977.



Präsidium der III. Zentralen Tagung für Feldherpetologie in Zwickau vom 14.–16.3.1986. Von links nach rechts: Prof. Dr. Hugo Weinitschke/Direktor des ILN Halle, Kurt Handke/Mitglied des ZFA und Dr. Hans Schiemenz/Leiter des ZFA – Aufnahme G. Fröhlich.

Foto aus: *Feldherpetologie* 5 (1987): 1.

„erstmalig in Europa für das Territorium eines ganzen Staates eine Zusammenführung und zentrale Anleitung aller auf dem Gebiet der heimischen Amphibien und Reptilien tätigen Freizeitforscher, Wissenschaftler und sonstiger Interessenten“ (Oertner 1978: 3).

Leiter der BFA waren in Berlin Heinz Nabrowsky/Berlin, in Cottbus Dr. Werner Jorga/Bad Liebenwerda, in Dresden Dr. Hans Schiemenz/Dresden, in Erfurt Dr. Heinz Pontius vom dortigen Museum für Naturkunde, in Frankfurt/O. Klaus Böhmert/Berlin, in Gera Dr. Peter Sacher vom dortigen Naturkundemuseum (später: Wilfried Matz/Rudolstadt und Dietrich Tuttas/Pößneck), in Halle amtierte Jürgen Buschendorf/Halle-Neustadt, in Karl-Marx-Stadt Willy Mager/Marienberg, in Leipzig Dr. Justus Oertner/Markkleeberg, in Magdeburg Fred Harm Gaßmann/Magdeburg, in Neubrandenburg Andreas Nöllert/Holzendorf, in Potsdam Detlef Knuth vom Naturkundemuseum Potsdam, in Rostock Hermann Winkler/Rostock (später: Heinz-Dieter Bast/Rostock), in Schwerin Dr. Ralph Labes/Schwerin und in Suhl Jan Fischer/Meiningen (später: Dieter Iffert).⁴

Die Bezirksfachausschüsse und die Mitglieder der entomologischen Fachgruppen sollten zwei Aufgabenkomplexe bearbeiten:

- „Wissenschaftliche Arbeiten (in Verbindung mit dem ILN): Erfassung und Kontrolle der Verbreitung, Wiederansiedlungsversuche und ökologische Kontrolle, ökologische Bindung verschiedenster Arten an unterschiedliche Territorien, Forschungsarbeiten in NSG und FND;

⁴ BArch, DY 26, 10440, ZFA Entomologie, Mitgliederlisten ZFA und BFA verschiedener Fachausschüsse; ca. 1980.

– praktische Schutzmaßnahmen (in Verbindung mit den staatlichen Organen: Betreuung und Pflege von NSG und FND, Unterbreiten von Vorschlägen für neue Schutzobjekte, Aufklärung und Propaganda (Herpetofauna im Naturhaushalt, Verantwortung der Landschaftsnutzer etc.).⁵

Insgesamt ging der ZFA im Gründungsjahr 1977 von 219 Feldherpetologen aus, die unter dem Dach des Kulturbundes DDR-weit aktiv waren, bis 1982 stieg die Zahl auf 635 und bis 1987 auf 885 an (Schiemenz 1982: 3). Zusammen mit den nicht im Kulturbund organisierten Feldherpetologen waren auf diesem Gebiet in der DDR über 1 200 Personen aktiv (Handke 1987: 4).

1982 wurden mit Hans-Dieter Bast/Rostock, Ulrich Scheidt/Museum für Naturkunde Erfurt und Dr. Hans-Joachim Paepke/Leiter der Ichthyologischen Abteilung des Naturkundemuseums Berlin weitere Mitglieder in den ZFA berufen.

Paepkes Berufung hatte den Grund, dass sich 1982 unter dem Dach des Zentralen Fachausschusses Feldherpetologie eine „Arbeitsgruppe Wildfische“ gegründet hatte, deren Leitung Paepke übernahm und die 1985 zu einem „Zentralen Arbeitskreis Ichthyofaunistik“ aufgewertet wurde. Dieser war Bestandteil eines um die Wildfischfreunde erweiterten „ZFA Feldherpetologie/Ichthyofaunistik“ und seine Mitglieder beschäftigten sich ab 1986 insbesondere mit der Erfassung der Fischarten und -vorkommen und der Vorbereitung und Durchführung von Schutzmaßnahmen (Paepke 2011: 82).

Bast und Jorga schieden 1987 „aus persönlichen Gründen“ aus der Leitung des Zentralen Fachausschusses aus und Schiemenz legte den Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen nieder.⁶ Neuer Vorsitzender wurde Dr. Justus Oertner/Leipzig. Als Nachfolger von Bast und Jorga wurden Dr. Jürgen Buschendorf und Heinz Nabrowsky/Berlin in den ZFA berufen (Handke 1988: 2). 1989 finden sich im Mitgliederverzeichnis auch noch die Namen D. Bredow und G. Jahn.⁷

In der DDR waren eigentlich alle Arten der Herpetofauna einschließlich ihrer Lebensräume gesetzlich geschützt. Jedoch waren ihre Lebensräume insbesondere in der offen genutzten Agrarindustriellandschaft stark gefährdet. „Störende“ Kleinstgewässer fielen vielfach Meliorationsmaßnahmen zum Opfer (Günther 1984).

Unter den Amphibien galten in der DDR die ausgesprochenen Waldarten der Mittelgebirge (Feuersalamander, Berg- und Fadenmolch) und die allgemein verbreiteten Arten (Teichmolch, Erdkröte und Grasfrosch) als wenig gefährdet.

„Alle anderen Arten müssen – sei es im Gesamtgebiet, sei es regional – als stark gefährdet bezeichnet werden, besonders diejenigen, die in offenen Landschaften leben (Geburtshelfer-, Knoblauch-, Wechsel- und Kreuzkröte), die hohen Grundwasserstand beanspruchen (Rotbauchunke, Laubfrosch, Moorfrosch), die stark auf Biozide reagieren

⁵ BArch, DY 26, 9736 ZFA Feldherpetologie, Bundessekretariat Abteilung Natur und Heimat, Klaus Böhmert, Abteilungsleiter, an alle Bezirkssekretäre Natur und Heimat, 3.5.1976 betr. „Bildung von Bezirksfachgruppen Feldherpetologie.“

⁶ Laut Müller (1990: 47) soll Schiemenz noch 1990 Leiter des ZFA Feldherpetologie gewesen sein.

⁷ BArch, DY 26, 9740 ZFA Feldherpetologie, Zusammenarbeit mit den Bezirken. Mitglieder ZFA.

(Rotbauch- und Gelbbauchunke, Laubfrosch), die nur sporadisch vorkommen (Gelbbauchunke, Geburtshelferkröte, Springfrosch), im Umkreis von Großstädten die Arten mit großen Territorien und strenger Laichplatzbindung (Erdkröte, Spring- und Grasfrosch) sowie Arten, die Kleinstgewässer in tieferen Lagen bevorzugen (Gelbbauchunke, Kreuzkröte)“ (Schiemenz 1979: 3).

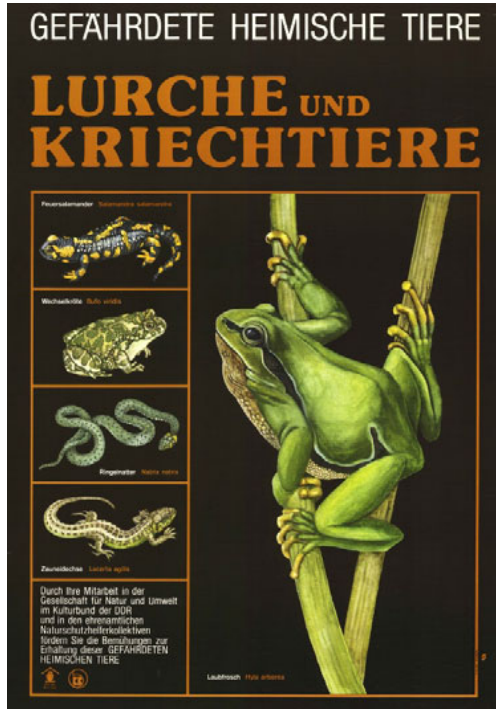
Zu den wichtigsten Ursachen der Bestandsrückgänge gehörten die Zerstörung von Habitaten, der Einsatz von Bioziden, die Gewässerverschmutzung und -eutrophierung, das illegale Sammeln von Amphibien und Reptilien, u. a. für Studien- und Forschungszwecke, und der Straßenverkehr (Günther 1983).

Mit der Artenschutzverordnung vom 29.11.1984 (GBl. I S. 382) wurden die Amphibien- und Reptilienarten in folgende Schutzkategorien eingeordnet:

- geschützte vom Aussterben bedrohte Arten: Gelbbauchunke, Sumpfschildkröte, Smaragdeidechse;
- geschützte bestandsgefährdete Arten: Feuersalamander, Kammolch, Fadenmolch, Rotbauchunke, Laubfrosch, Zauneidechse, Ringelnatter, Glattnatter, Kreuzotter;
- geschützte seltene Arten: Geburtshelferkröte, Springfrosch;
- geschützte kulturell und wirtschaftlich wertvolle Arten: alle übrigen Arten (Schiemenz 1985: 27).

ZFA und BFA Feldherpetologie leisteten eine umfangreiche Tagungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit den „Feldherpetologischen Mitteilungen“ (1978-1982) und dann der Reihe „Feldherpetologie“ (1983-1989) gab der ZFA ein zentrales Mitteilungsblatt heraus, das Tagungs- und Seminarberichte, Berichte aus den Bezirksfachausschüssen und kleinere Mitteilungen sowie kleinere feldherpetologische Fachbeiträge enthielt, die in der insgesamt „professioneller“ gestalteten „Feldherpetologie“ einen größeren Umfang als zuvor einnahmen. Auf regionaler Ebene erschien ab 1983 als „Mitteilungsblatt für Feldherpetologie und Ichthyofaunistik Berlin und Brandenburg“ die Zeitschrift „Rana“.

Am 21.1.1978 führte der ZFA seine I. Zentrale Tagung in Leipzig zum Thema „Zur Problematik der Erhaltung unserer Herpetofauna in der intensiv genutzten Kulturland-



Plakat der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR: „Gefährdete heimische Tiere – Lurche und Kriechtiere“. Quelle: Studienarchiv Umweltgeschichte, Plakatsammlung, StUG P 076.

schaft“ mit 108 Teilnehmern aus allen Bezirken der DDR durch, der zwei weitere in Berlin (12.–13.3.1982, 185 Teilnehmer) und Zwickau (14.–16.3.1986) folgten. Eine vierte, die vom 15.–17.11.1990 in Neubrandenburg stattfinden sollte, kam nicht mehr zustande.⁸ Der ZFA wie auch die BFA führten jeweils mehrere Seminare durch. ZFA-Seminare fanden vom 25.–27.5.1979 in Gotha (Handke 1979: 11–12), vom 22.–24.5.1981 in Wurzen (Handke 1981: 10–11), vom 10.–12.6.1983 in Münchehofe, im Oktober 1985 in Eilenburg und vom 21.–23.5.1987 in Großleinungen/Südharz (Handke 1987: 43–44) statt. Vom 16.–20.5.1983 wurde zudem in Zusammenarbeit mit der Zentralen Lehrstätte für Naturschutz in Müritzhof ein spezieller Naturschutzlehrgang für Feldherpetologen veranstaltet, an dem 25 Herpetologen aus 11 Bezirken teilnahmen. Darüber hinaus veranstaltete der ZFA zentrale Jugendseminare und zwar vom 8.–11.5.1978 in Buckow (Handke 1978: 5–6), vom 14.–18.5.1979 in Guttau (Kreis Bautzen) (Biella 1979: 13), vom 12.–16.5.1980 in Wernigerode (Handke 1980) und vom 16.–20.5.1989 in Nordhausen (Uthleb & Krause 1989: 47–48). An den Jugendseminaren, auf deren Programmen die Vermittlung von Artenkenntnissen, Exkursionen und Feldforschungen standen, nahmen durchschnittlich 25 Jugendliche teil. Tagungen und Seminare, darunter „feldherpetologische Spezialistenlager“, wurden darüber hinaus auch von den Bezirksfachausschüssen durchgeführt.

1990 ging ein Teil der Feldherpetologen und Ichthyofaunisten unter das Dach des neu entstandenen Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und setzte dort unter dem Dach eines Bundesfachausschusses bzw. von Landesfachausschüssen seine Arbeit fort.

Beispiele für die feldherpetologische Arbeit in den ehemaligen thüringischen Bezirken

Wie in den anderen DDR-Bezirken waren auch hier die Bestandsrückgänge in der Herpetofauna ein wesentlicher Grund für die Gründung feldherpetologisch orientierter Fachgruppen. Nach Gründung des ZFA waren für die thüringischen Bezirke Fachausschüsse ins Leben gerufen worden, so am 13.5.1978 im Bezirk Suhl (Fischer 1980: 18), im Dezember 1978 im Bezirk Erfurt und am 16.6.1979 im Bezirk Gera (Sacher 1979: 20).

In Thüringen waren 1945 noch mindestens 34 Fundorte der Gelbbauchunke bekannt, 1975 gab es nur noch 11. Knoblauchkrötenfundorte befanden sich bis 1964 noch in 43 Messtischblattquadranten Thüringens, Anfang der 1980er Jahre nur noch in 23. Von der Wechselkröte waren zwischen 1945 und 1964 noch Fundorte in 41 Quadranten bekannt, nach 1965 nur noch in 10. Im Dorf Obernissa im Bezirk Erfurt konnten Anfang der 1950er Jahre in einigen ehemaligen Torfstichen, die im größeren Umkreis des Dorfes die einzigen permanent Wasser führenden Gewässer waren, noch regelmäßig Berg-, Teich- und Kammolche, Laubfrösche und Erdkröten beobachtet werden. Ende der 1950er Jahre wurde in der Nähe der Gewässer eine Hühnerfarm eingerichtet und schon kurze Zeit später war kein einziger Lurch mehr nachweisbar (Günther 1983: 1). Solche Negativbeispiele gab es an vielen Orten.

⁸ BArch, DY 27, 9734, Vorgang Planung und Vorbereitung IV. Zentrale Tagung für Feldherpetologie vom 15.–17.11.1990 in Neubrandenburg.

Ein Beispiel für die Arbeit thüringischer Fachgruppen, die sich aktiv für die Erhaltung der Herpetofauna einsetzten, ist die Bezirksfachgruppe Feldherpetologie im Bezirk Erfurt. Sie gründete sich 1978 mit der Begründung, dass die Intensivierung der Landwirtschaft seit der Mitte der 1960er Jahre viele kleine Tümpel und andere Feuchtgebiete verschwinden ließ und damit den Bestand der Amphibienarten nachteilig veränderte (hierzu und zum Folgenden Pontius 1982). Kurze Zeit nach der Gründung hatte die Bezirksfachgruppe 25 Mitglieder, die anfangs an der von der Arbeitsgruppe Dresden des ILN organisierten Messtischblatt-Kartierung mitwirkten, die dazu diente, einen Überblick über den Bestand der Lurche und Kriechtiere zu gewinnen, um daraufhin Schutzmaßnahmen einleiten zu können. Die Ergebnisse der Bestandserfassungen wurden in den Heften des Jahrgangs 1979 der „Landschaftspflege und Naturschutz in Thüringen“ veröffentlichten (Schiemenz 1979). Die Bezirksfachgruppe konnte einige Kreisfachgruppen, beispielsweise in Erfurt, Mühlhausen und im Eichsfeld, gründen und einige Schülerarbeitsgemeinschaften „Junge Naturforscher“ für die Mitarbeit gewinnen. Ein Informationsaustausch über die Kartierungs- und Beobachtungsergebnisse fand auf regelmäßigen Frühjahrs- und Herbsttagungen statt.

Über die Kartierung hinaus gewannen die Betreuung, Beobachtung und Erforschung von Laichgebieten sowie die Erfassung und der Schutz von Amphibienwanderwegen an Bedeutung. Die Bezirksfachgruppe Erfurt entwickelte für die Erfassung und Betreuung von Laichplätzen eine „Laichplatzkarteikarte“, auf der Angaben zur Flora und Fauna in und an Laichgewässern, über die Gewässernutzer, Gefährdungstatbestände und -ursachen, Laichgebietsbetreuer oder zu Pflegevorschlägen enthalten waren. Die Karte musste jährlich ausgefüllt und bis zum 15. Oktober jeden Jahres zur Auswertung an das Naturkundemuseum Erfurt als bezirkliche „Zentrale“ geschickt werden.

Die von den Feldherpetologen initiierten und durchgeführten Schutzmaßnahmen zielten darauf ab, Laichgewässer zu erhalten und zu pflegen und insbesondere im Zusammenhang mit Meliorationsmaßnahmen neue anzulegen. In allen Bezirken wurde z. T. erfolgreich versucht, spezielle „herpetologische FND“ sichern zu lassen. Bis 1982 konnten im Bezirk Erfurt und im Bezirk Gera jeweils vier solcher FND gesichert werden (Schiemenz 1982: 4).

Leiter der Fachausschüsse Feldherpetologie in den thüringischen Bezirken waren Dr. Heinz Pontius (Erfurt), Dr. Peter Sacher (Gera) und Jan Fischer (Suhl). Im Bezirk Gera folgten auf P. Sacher Wilfried Matz/Rudolstadt (1980–1984) und Dietrich Tuttas (1985–1990), im Bezirk Suhl löste 1984 Dieter Iffert Jan Fischer ab.

Die Mitgliederzahlen in den Bezirksfachgruppen schwankten über die Jahre hinweg beträchtlich: 1977 hatte die Bezirksfachgruppe Gera immerhin 18, die BAG Erfurt 10 und die BAG Suhl 5 Mitglieder.⁹ Die Mitgliederzahlen stiegen in den 1980er Jahren auf bis zu 45 im Bezirk Suhl, bis zu 60 im Bezirk Gera und bis zu 50 im Bezirk Erfurt.

⁹ BArch, DY 26, 10440, ZFA Entomologie, 1. Beratung ZFA „Feldherpetologie“ am 25.8.1977 in Berlin.

1																	X	Information an	Datum/Unterschr.
2																	X	RdB Naturschutz	
3																	X	RdK Naturschutz	
4																		RdGemeinde/Stadt	75.6 MS Sch.
5																		Bez. natursch. beauf.	
6																		Kr. natursch. beauf.	12.5.81 S.B.
7																		Nutzer/Eigentümer	
8																		Bitte laichende Arten auch von Folgekarten übernehmen u. ankreuzen	
9																		Amphibien Laichplatz - Bezirk Erfurt	
10																		Nur für den Dienstgebrauch! - Leitkarte	
11																		Name u. Vorname des Laichplatz-Betreibers:	
12																		Laichplatz geschützt? Seit wann? Schutzstatus:	
13																		Gibt es Wasseruntersuchungen vom Laichplatz? regelmäßig?	
14																		Ist der Laichplatz ein Fließgewässer? nein	
15																		Sind Gewässer in der Nähe? nein Entfernungen:	
16																		Fischarten im Laichgewässer: nein	
17																		Nutzer des Laichgewässers: Keine	
18																		Ist der Laichplatz gefährdet? Ursachen: Abwässer von 5 Haushalten (akut!)	
19																		Laichplatz zerstört? Seit wann? Ursache:	
20																		Maßstabsblatt - Nr. : <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	
21																		Hochwert: <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	
22																		Rechtswert: <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	

Laichplatz bekannt seit: M.5.81 Erstbeobachter: Kohlmann, Mey	
nächster Ort:	Kreis: Nordhausen Flurname:
Objektname:	Eigentümer: örtl. Rat?
Laichgewässer ständig wasserführend?	ja Flachwasserzone vorhanden? ja
Speisungsform: Quellzufluss	Abgabeform: Bachablauf
geschätzte Tiefe (cm) mit Datum: bis 150 cm	geschätzte Ausdehnung (m²) mit Datum: 120 m²
Form des Gewässers (Skizze):	
Sommerexponiert: ja	teilbesonnt: besonnt: nein
Beschreibung der Wasserflora u. -fauna, Strukturen im Wasser: Algen, Entengrütze	
Pflanzen- u. Tierorten in unmittelbarer Umgebung:	
Nutzer u. Nutzung der Umgebung: Dorfzentrum	
Vorschläge zur Biotopverbesserung (z. B. Lurchretter): Anschluss der 5 Haushalte an Abwassersystem	
Kläranlage	
Unterschutzstellung beantragt (Datum): nein	Unterschutzst. vorgesehen? ist zu empfehlen
Bitte jährlich 1 Foto mit Datum, Uhrzeit u. Witterung an BFA einsenden!	
Name: Kohlmann, Bernd Ort:	Datum: M.5.81 Unterschrift: Flou

Ein Beispiel für Kärmerarbeit im Naturschutz: Muster einer Karteikarte zur Erfassung und Betreuung von Laichplätzen der Bezirksfachgruppe Feldherpetologie Erfurt (1982) – Vorder- und Rückseite. Foto Karteikarte aus: Pontius 1982: 25.

Zur Arbeit des Zentralen Arbeitskreises Ichthyofaunistik

Dem Arbeitskreis Ichthyofaunistik gehörten DDR-weit zeitweilig mehr als 100 Mitglieder sowie zahlreiche Sympathisanten an. Kernstück der ichthyofaunistischen Arbeit war die zentrale Erfassung faunistischer Daten über die Verbreitung und Häufigkeit der Rundmäuler und Fische in den einzelnen Bezirken der DDR. „Aus den Ergebnissen sollten Schlussfolgerungen über den Gefährdungsgrad bei einzelnen Arten oder Artengemeinschaften abgeleitet werden, um gegebenenfalls Schutzmaßnahmen einleiten oder zumindest anregen zu können. Nach einer langen Vorbereitungszeit wurde damit im Jahre 1986 DDR-weit begonnen“ (Paepke 2011: 87).

Die Mitglieder des Arbeitskreises trugen u. a. dazu bei, dass in die Artenschutzverordnung von 1984 mehrere Arten der Rundmäuler und Fische aufgenommen wurden (Maifisch, Finte und Flussneunauge als geschützte seltene Arten; Bachneunauge, Elritze, Bitterling, Schmerle, Steinbeisser, West- und Ostgroppe als bestandsgefährdete Arten) (Paepke 2011: 90).

Der Arbeitskreis führte zwei zentrale Tagungen – 1985 in Potsdam und 1989 in Feldberg in Mecklenburg – durch, darüber hinaus in fast jedem Jahr mehrtägige Weiterbildungsveranstaltungen mit Fachvorträgen und Exkursionen, so 1984 in Serrahn und in Zingst, 1985 in Wendefurt im Harz, 1986 in Eberswalde und in Waren/Müritz, 1987 in Wittenberg und 1988 in Guben (Paepke 2011: 83 f.).

Als Mitteilungsblatt konnte ab 1985 im 2-Jahres-Rhythmus die Reihe „Ichthyofaunistik“ als „Arbeitsmaterial für die Freunde der heimischen Wildfische“ herausgegeben werden.



Plakat der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund: „Gefährdete heimische Fische“. Grafik: Sauerzapfe (1988).
Quelle: Studienarchiv Umweltgeschichte an der Hochschule Neubrandenburg – Plakatsammlung P 080.

Beispiele für die ichthyofaunistische Arbeit in den thüringischen Bezirken

1986 bildeten sich in den thüringischen Bezirken Fachausschüsse für Ichthyofaunistik (Klemm 1986: 83), deren Leiter im Bezirk Erfurt Uwe Müller/Erfurt, im Bezirk Gera Dr. Wolfgang Klemm/Gera und im Bezirk Suhl Ralf Brettfeld/Schönbrunn waren.

In den thüringischen Bezirken war die Gefährdungssituation für die Wildfische aufgrund der Intensivierung der Landwirtschaft und der Gewässerverunreinigungen angespannt.

Mitte der 1980er Jahre waren hier 38 Fischarten bekannt, darunter acht eingebürgerte (Klemm 1985). Sechs bis zehn einst in Thüringen verbreitete Fischarten wie Flussneunauge, Maifisch oder Lachs galten bereits als verschwunden und zwei Arten als verschollen, vier als stark gefährdet und neun als gefährdet (darunter Elritze, Groppe und Schmerle). „Somit verbleiben nur noch 10 autochthone Arten, deren Bestand auch bei starker Beangeltung nicht gefährdet sein dürfte, wenn nicht ihre Lebensräume weitere Verluste und Verschlechterungen erleiden“ (Klemm 1984: 88).¹⁰

Als Erfolg ichthyofaunistischer Arbeit konnte beispielsweise im Bezirk Gera verbucht werden, dass das einzige dort bekannte Vorkommen des Neunstachligen Stichlings auf Initiative von W. Klemm zum Flächennaturdenkmal erklärt wurde und im Bezirk Suhl wurde im September 1987 bei Bestandskontrollen der Schneider, eine bis dahin als bereits ausgestorben geltende Weißfischart, wiederentdeckt (Paepke 2011: 90).

In Thüringen sind heute ehrenamtlich tätige Feldherpetologen und Ichthyofaunisten im Verein „Amphibien und Reptilien in Thüringen (ART) e.V.“ organisiert, der sich als Landesfachausschuss des NABU präsentiert.

Primärquellen

Bundesarchiv (BArch), DY 26, 10440, ZFA Entomologie

BArch, DY 27, 9734, ZFA Feldherpetologie

BArch, DY 27, 9736, ZFA Feldherpetologie

BArch, DY 26, 9740, ZFA Feldherpetologie

Sekundärquellen

Biella, J.-J. 1979: Das 2. Jugendseminar für Feldherpetologie. *Feldherpetologische Mitteilungen* **2** (1): 13.

Bock, K.-H.; Bößneck, U.; Brettfeld, R.; Müller, R.; Müller, U. & Zimmermann, W. 2004: Fische in Thüringen. Hg.: Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt. Erfurt.

Brettfeld, R.; Bock, K.-H.; Müller, R. & Müller, U. 1996: Rote Liste der Fische und Rundmäuler (Pisces et Cyclostomata) Thüringens (2. überarbeitete Fassung 1996). *LNT* **33** (1): 10–12.

Günther, R. 1983: Die Gefährdung der europäischen Herpetofauna. *Feldherpetologie* **1**: 1–9.

Günther, R. 1984: Zum Schutz der europäischen Herpetofauna. *Feldherpetologie* **2**: 1–6.

¹⁰ In nach 1990 erarbeiteten Roten Listen änderten sich die Zahl der erfassten Arten und darunter die Zahlen der in die verschiedenen Gefährdungsstufen eingeordneten Arten mehrfach. – vgl. etwa Brettfeld, Bock, Müller & Müller 1996; Bock, Brettfeld, Müller, Müller & Zimmermann 2004 und Müller 2011 sowie Müller 2012.

- Handke, K. 1978: Das erste Jugendseminar für Feldherpetologie. *Feldherpetologische Mitteilungen* **1** (1): 5–6.
- Handke, K. 1979: 1. Feldherpetologen-Seminar in Gotha. *Feldherpetologische Mitteilungen* **2** (1): 11–12.
- Handke, K. 1980: 3. Jugendseminar für Feldherpetologie. *Feldherpetologische Mitteilungen* **3** (1): 10–11.
- Handke, K. 1981: 2. Feldherpetologen-Seminar in Wurzen. *Feldherpetologische Mitteilungen* **4** (1): 10–11.
- Handke, K. 1987: Arbeitsergebnisse und Aufgaben der Feldherpetologen als Beitrag zum praktischen Naturschutz in der DDR. *Feldherpetologie* **5**: 2–8.
- Handke, K. 1987: 5. Seminar des ZFA Feldherpetologie. *Feldherpetologie* **5**: 43–44.
- Handke, K. 1988: 1. Zentrale Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Natur und Umwelt / Veränderungen im ZFA. *Feldherpetologie* **6**: 1–2.
- Klemm, W. 1984: Beratung über Artenschutz bei Fischen. *LNT* **21** (4): 87–88.
- Klemm, W. 1985: Zur Verbreitung und Häufigkeit geschützter und seltener Fischarten in Thüringen. Veröff. Museen Gera, Naturwiss. Reihe **11**: 46–53.
- Klemm, W. 1986: Erstes Treffen Thüringer Ichthyofaunisten. *LNT* **24** (3): 83.
- Müller, R. 2011: Bestandsentwicklung ausgewählter Fischarten in Thüringen. Teil I Cyprinidae, Siluridae. *LNT* **48** (1): 1–15.
- Müller, R. 2012: Bestandsentwicklung ausgewählter Fischarten in Thüringen. Teil II Weitere FFH-Arten und der Aal. *LNT* **49** (3): 85–90.
- Oertner, J. 1978: Die 1. Zentrale Feldherpetologentagung 1978 in Leipzig. *Feldherpetologische Mitteilungen* **1** (1): 3–5.
- Paepke, H.-J. 2004: Das Naturkundemuseum Erfurt in den Jahren 1947, 1948 und 1956 bis 1961. Veröff. Naturkundemus. Erfurt **23**: 227–236.
- Paepke, H.-J. 2011: Über die ichthyofaunistische Kulturbundarbeit in der DDR in den Jahren 1980 bis 1989. *Studienarchiv Umweltgeschichte* **16**: 80–92.
- Pontius, H. 1982: Aus der Arbeit der Bezirksfachgruppe Feldherpetologie im Bezirk Erfurt. *LNT* **19** (1): 24–26.
- Sacher, P. 1979: Bezirksfachgruppe Feldherpetologie in Gera gegründet. *Feldherpetologische Mitteilungen* **2** (1): 20.
- Schiemenz, H. 1977: Kriechtiere und Lurche – Stiefkinder des Naturschutzes? Ein Aufruf zur Mitarbeit. *LNT* **14** (4): 87–88.
- Schiemenz, H. 1979: Zur Verbreitung der Lurche und Kriechtiere in Thüringen. 1. Teil: *LNT* **16** (1): 1–9; 2. Teil: *LNT* **16** (2): 41–48; 3. Teil: *LNT* **16** (3): 63–70; 4. Teil: *LNT* **16** (4): 87–93.
- Schiemenz, H. 1979: Schutzmaßnahmen für Amphibien-Laichgewässer. *Feldherpetologische Mitteilungen* **2** (1): 2–6.
- Schiemenz, H. 1982: Die II. Zentrale Tagung für Feldherpetologie. *Feldherpetologische Mitteilungen* **5** (1): 2–6.
- Schiemenz, H. 1985: Zur neuen Artenschutzbestimmung. *Feldherpetologie* **3**: 27–28.
- Uthleb, H. & Krause, J. 1989: Das war das 4. Zentrale Jugendseminar „Feldherpetologie“ der DDR. *Feldherpetologie* **7**: 47–48.

Über allen Wipfeln ist Ruh‘ — wie lange noch?

Horst Kurth

Die Regionalzeitung Mitteldeutsche Zeitung widmete am 1./2. November 2014 eine ganze Seite dem Thema „Wie ein Windrad in den Wald kommt“, weil – so der Text – Windräder „die deutschen Wälder erobern“. Kurze Zeit darauf fand im Südwest-Rundfunk eine Pro- und Contra-Diskussion zum Bau von Windrädern in Südwestdeutschland statt. Der Wald blieb dabei nicht ausgeschlossen. Es fiel sogar die These von Windrädern über dem Schwarzwald. Die Vorreiterrolle von Rheinland-Pfalz für neue Anlagen, auch über Wald, wurde betont. Euphorische Befürwortungen sehr bekannter Persönlichkeiten des Umweltschutzes blieben nicht aus. Kurz darauf las man im Koalitionsentwurf der neuen Thüringer Regierung auch die Absicht, Windräder in Wäldern zu errichten. Es geht bei diesem aktuellen „Schrei“ im Kanon „Erneuerbarer Energien“ nicht um das einzelne Windrad, sondern um die Überstellung und Überprägung ganzer Waldlandschaften mit „Windparks und ihrer spezifischen Infrastruktur“.

Nun steht die technische Machbarkeit von Innovationen in Zeiten der Landung auf einem erdfernen Kometen außer Frage. Aber ist das Windrad im Wald wirklich ein sinnvoller, landschaftsverträglicher Beitrag zur Energiewende? Dieser Schritt müsste also nicht nur technisch machbar, sondern auch waldökologisch akzeptabel, landschaftlich tragbar, energetisch überzeugend und ökonomisch – allseitig „nachhaltend“ – vertretbar sein.

Die Wälder unseres Raumes sind nacheiszeitlich entstanden, genetisch unmanipuliert auf uns Heutige überkommen; freilich für Siedlung, Infrastruktur, Industrie und Agrarraum auf ein Drittel der Landesfläche zurückgedrängt, auch in ihrer Struktur über die Zeit verändert und nicht ohne menschlichen Einfluss. Letzten Endes gehören Wälder zur „Urnatur“ unserer dichtbesiedelten Heimat. Sie sind ein Schatz von Natur und Kultur, den es zu bewahren gilt. Waldgesetze regeln dies. Hier im Wald liegt vor 300 Jahren die Geburt der Nachhaltigkeit als Wirtschaftsprinzip, hier nutzt man – schon immer – die Energiegewinnung und Stoffproduktion durch die lebensspendende Photosynthese (Bindung von Kohlendioxid und Freisetzung von Sauerstoff mit Hilfe des Sonnenlichts). Forstwirtschaft/Holzindustrie haben volkswirtschaftlich die Größenordnung anderer Hauptzweige der Volkswirtschaft.

Angeblich – so der o. g. Beitrag der MZ – schwärmen Politik und Projektentwicklung von „guten Windbedingungen“ über dem Wald. Ich denke, der Politik geht es mehr um Alternativen zu den gigantischen Energietrassen von Nord nach Süd, den Ingenieuren um eine zusätzliche Chance auf dem kostenintensiven, doch hochattraktiven Energiemarkt. Technisch lassen sich solche „Wald-Wind-Parks“ realisieren. Doch genauso eindeutig ist, dass Rodung, Verebnung, Bodenverdichtung und -versiegelung der Windradstandorte sowie deren Zugänglichkeit – kurz: die gigantische bauliche Investition innerhalb der Waldlandschaft – die traditionelle und naturnahe Waldwirtschaft und die sensiblen Waldökosysteme beeinflussen, behindern, gefährden, schädigen, einschränken, erschweren. (Wird eigentlich an die im Wald Arbeitenden und die Ruhe suchenden Wanderer, auch an die Störungen für die Tierwelt, an die über dem Wald kreisenden Greife, gedacht?)

Der Flächenbedarf je Windrad liegt bei knapp einem Hektar, rechteckig, etwa die Größe eines Fußballfeldes, die längere Seite muss für die Kranbahn mindestens 150 m lang sein, die Hälfte der Fläche lässt sich nicht renaturieren; der Standort des 200 m hohen Windrades hat 20 m Durchmesser, wird mit 1 000 t Stahlbeton versiegelt; Gesamtgewicht des Windrades 1 800 t, die Rotoren sind 50 m lang; der Turm mit der gigantischen „Gondel“ (250 t) befindet sich in knapp 150 m Höhe; zum Errichten und späteren Abbau sind je 70 Schwerlasttransporte (150 t) nötig; für die Zugänglichkeit bestehen Anforderungen an Straßen, Brücken und Durchlässe für Breite, Durchlasshöhe, Steigung, Tragfähigkeit und Kurvenradien, die etwa das Doppelte der Standards für Forststraßen betragen; hinzu kommen die Trassen für Erdkabel. Wegen des Lärms, speziell des Infraschalls, ist eine Siedlungsferne von mindestens 10 Windradhöhen vorgeschrieben.

Nach der mittelalterlichen Rodungsperiode und der Waldschädigung durch Industrieabgase Ende des 20. Jahrhunderts werden Windanlagen eine riesige gesellschaftliche Herausforderung für den Umgang mit dem deutschen Wald. Erstmals würde das Rodungsverbot im Waldinnern durch die Netzstruktur solcher Windparks aufgehoben: eine Jahrhundertentscheidung.

Naturschutz und Waldbesucher kritisieren das Vorhaben als Raubbau. Die Verantwortlichen von den Kommunen bis zum Bund, auch die Hüter des Waldes – Waldeigentümer, Forstleute, Waldarbeiter – sind infolge starken gesellschaftlichen Drucks und besonders wegen der attraktiven und zusätzlichen Erlöse aus der Windenergie erstaunlich, nahezu verdächtig zurückhaltend. Man muss sehr aufpassen, dass aus einer erwogenen „Eroberung“ des Waldes für die moderne Energieindustrie nicht eine Okkupation wird. Ein Hotelier am Feldberg im Schwarzwald fürchtet für den Schwarzwald-Tourismus. Nahe des Wilseder Berges werben Plakate für die windenergetische Nutzung in der Lüneburger Heide. Man sieht: es ist schon fast zu spät, den Anfängen zu wehren.

Viele Freunde der heutigen Kulturlandschaft, des Waldes und der Natur hoffen:

über den Wäldern **bleibe Ruh!**,¹

¹ Diese Meinungsäußerung hatte Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Kurth, Forstmann, Forstwissenschaftler und bis 1993 ordentlicher Professor für Forsteinrichtung und Direktor des Instituts für Forstökonomie und Forsteinrichtung der Fachrichtung Forstwissenschaften an der TU Dresden/Tharandt, der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) als Zuschrift zum Leserforum – Meinungen geschickt. Die MZ druckte den Leserbrief nicht ab. Er erschien allerdings in der Ausgabe 2/2015 der „Neuen Wernigeröder Zeitung“ (NWZ), die alle 14 Tage erscheint. Für die freundliche Genehmigung des Autors und des Verlages der NWZ, der „Paul Jüttners Buchhandlung – Rainer Schulze e.K.“ in Wernigerode, den Beitrag hier noch einmal abdrucken zu dürfen, bedanken wir uns herzlich.

Umfrage zur Akzeptanz der Windenergienutzung in der Region Mecklenburgische Seenplatte¹

Jens Hoffmann

„Nun ist's raus: Wo neue Windräder stehen können“ (Nordkurier, 29.11.2013) – mit diesem Titel lenkte ein Artikel des Nordkuriers (die in der Mecklenburgischen Seenplatte erscheinende Zeitung) erstmalig die Aufmerksamkeit der regionalen Öffentlichkeit auf ein Thema, das die Region bis zum heutigen Tag beschäftigte und auch darüber hinaus beschäftigen wird. Hintergrund war die Bekanntgabe einer neuen, erweiterten Flächenkulisse von sogenannten Eignungsgebieten, innerhalb derer nach Vorgaben der Landes- und Regionalplanung die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) möglich ist. Die Pressestimmen in den Regionalausgaben des Nordkuriers der kommenden Wochen und Monate zeigten, dass die Pläne zum weiteren Ausbau der Windenergienutzung in der Mecklenburgischen Seenplatte vielerorts auf Ablehnung stießen: „Jetzt geht der Sturm erst richtig los. Streit über Windkraftanlagen in Neukalen“ (Mecklenburgische Schweiz, 29.11.2013), „Zunächst dreht sich der Wind gegen die Räder“ (Neubrandenburger Zeitung, 29.01.2014), „Kollektiver Ungehorsam gegen weitere Windräder?“ (Neubrandenburger Zeitung, 14.02.2014), „Zu viel Gegenwind für Stromspargel“ (Müritz-Zeitung, 13.03.2014), ...

Die Wahrnehmung dieses Stimmungsbildes war Anlass für die Initiierung eines studentischen Projekts „Akzeptanzumfrage Windenergie in der Mecklenburgischen Seenplatte“ im Bachelor-Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung der Hochschule Neubrandenburg. Ziel des Projekts war die Durchführung einer Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie in der Region. Einwände und Vorbehalte der Flächeneigentümer oder An-

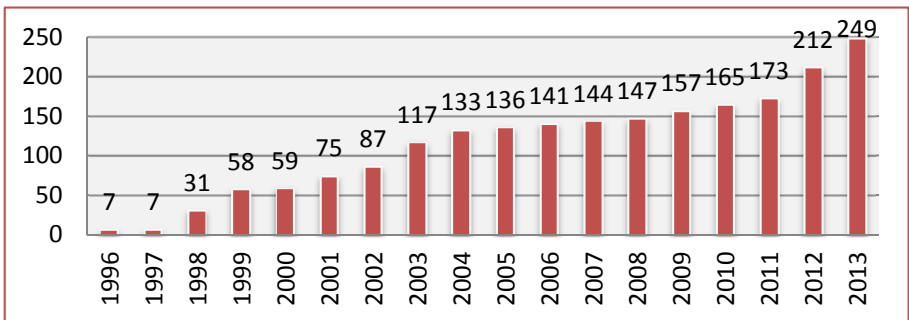


Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der in Betrieb genommenen WEA 1996 bis 2013 – kumuliert (eigene Darstellung, Datengrundlage EEG-Anlagenstammdatenbank der 50Hertz Transmission GmbH).

¹ Umfassende Darstellung der Umfrage und ihrer Ergebnisse in: Hoffmann, J. (2015): Akzeptanz der Windenergienutzung in der Mecklenburgischen Seenplatte. Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. Standpunkte 9. Texte aus dem IUGR e.V. Neubrandenburg.

wohner vor Ort gelten als einer der wesentlichen Einflussfaktoren, die in der Praxis der konkreten Realisierung von Windenergievorhaben entgegenstehen können (Lütkehus, Salecker, Adlunger 2013: 2). Das Projekt sollte dazu genutzt werden, den Aspekt der Akzeptanz im Licht konkreter Ergebnisse zu objektivieren und so zur Diskussion in der Region beizutragen.

Entwicklung der Windenergienutzung in der Mecklenburgischen Seenplatte

Die Region Mecklenburgische Seenplatte liegt im östlichen Binnenland von Mecklenburg-Vorpommern. Der Name steht sowohl für eine der beliebtesten Tourismusdestinationen in Deutschland als auch für die aus den drei Altkreisen Demmin, Mecklenburg-Strelitz und Müritz sowie der Stadt Neubrandenburg zusammengesetzte Planungsregion. Seit der Kreisgebietsreform im Jahr 2011 trägt auch der neu gebildete und flächenmäßig größte Landkreis Deutschlands diesen Namen.

Der Startpunkt für die Entwicklung der Windenergienutzung in größerem Umfang lässt sich für die Mecklenburgische Seenplatte auf das Jahr 1996 datieren. Im Dezember dieses Jahres wurden in Stavenhagen 7 WEA mit einer Nennleistung von je 0,6 Megawatt (MW) in Betrieb genommen. Seitdem hat sich eine stetige Fortentwicklung der Anlagenzahl vollzogen. Zum Ende des Jahres 2013 standen in den ausgewiesenen 17 Windenergiegebieten der Region insgesamt 249 WEA (vgl. Abbildung 1) mit einer installierten Gesamtleistung von 496 MW. Mit der durch die Regionalplanung (für die Ausweisung der Eignungsgebiete zuständige Planungsinstanz) beschlossenen und aktuell im Beteiligungs- und Abwägungsprozess befindlichen Teilfortschreibung des Regionalen Regionalentwicklungsprogramms (RREP) wird eine Ausweitung der Zahl der Eignungsgebiete auf 38 angestrebt.

Auch in der Mecklenburgischen Seenplatte wurde die Entwicklung des Ausbaus der Windenergienutzung von Fortschritten bei der Weiterentwicklung der Anlagentechnik begleitet: steigende Nennleistungen, größere Rotordurchmesser und entsprechend höhere Nabenhöhen bzw. Anlagenhöhen. In der Region hat sich die Leistung von neu errichteten WEA seit 1996 mittlerweile mehr als verzehnfacht (1996 WEA mit 0,6 MW und 2013 WEA mit 7,5 MW). Die Höhe neu installierter Anlagen nimmt ebenso stetig zu (Anlagenhöhen von 150, 170 und sogar erste WEA mit 200 Meter). Im Vergleich zu den WEA der ersten Jahre haben sich die Höhen nahezu verdoppelt.

Es zeigt sich, dass die meisten Standorte im mittleren bzw. nordöstlichen, vornehmlich durch die Landwirtschaft genutzten Teil der Region liegen. Im landschaftlich besonders attraktiven, durch Konzentration der Wald- und Seenanteile sowie der Großschutzgebiete gekennzeichneten und entsprechend auch für den Tourismus genutzten südlichen und westlichen Teil der Region finden sich bisher kaum WEA.

Einflussfaktoren für die projektbezogene Akzeptanz von WEA

Es lassen sich drei wesentliche Faktoren unterscheiden, die Einfluss auf die projektbezogene Akzeptanz von WEA haben (vgl. u.a. Jobert Laborgne, Mimler 2007: 2759; Huber, Horbaty 2010: 7; AEE 2012: 13; Schmid, Zimmer 2012: 6 f.):

1. die Gesamtheit der von den WEA ausgehenden Auswirkungen auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Anwohner vor Ort
Zu den von WEA ausgehenden Auswirkungen auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Anwohner vor Ort zählen vor allem Emissionen (akustisch: Schall, optisch: Diskoeffekt, Hinderniskennzeichnung, periodischer Schattenwurf). Neben den von den WEA ausgehenden Emissionen spielt eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes eine wesentliche Rolle, die bei steigender Anlagenzahl mit Begriffen wie Verspargelung und Umzingelung beschrieben wird. In Verbindung mit diesen Auswirkungen stehen negative Effekte wie Attraktivitätsverlust in Bezug auf Touristen und mögliche Zuzügler, Wertverluste bei Grundstücken sowie eine Verschlechterung bei Image und Entwicklung der Gemeinde. Darüber hinaus werden auch Naturschutzbedenken vorgebracht (hier insbesondere Auswirkungen auf Vögel und Fledermäuse).
2. die Verfahrensgerechtigkeit
Der Faktor Verfahrensgerechtigkeit umfasst die Kriterien eines fairen Verfahrens bzw. die Umstände, unter denen Entscheidungen als gerecht wahrgenommen werden. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass eine hohe Gerechtigkeit des Planungsprozesses wesentlich ist für eine hohe lokale Akzeptanz von Windkraftprojekten. Je positiver der Planungsprozess von den Betroffenen erlebt wird, desto höher ist bei ihnen die Akzeptanz der WEA. Betroffene wollen das Gefühl haben, dass der Prozess gerecht abgelaufen ist, jeder Betroffene eine faire Chance zur Beteiligung hatte und seine Argumente gehört wurden (Hübner et al. 2013: 10; Walter 2012: 23; AEE 2012: 13).
3. die Verteilungsgerechtigkeit
Der Faktor Verteilungsgerechtigkeit beinhaltet die Bewertung der gerechten Verteilung von Vor- und Nachteilen bzw. Kosten und Nutzen im Akteursumfeld einer EE-Anlage, das sowohl die Entwickler und Betreiber als auch die vom Projekt betroffenen Gemeinden und Bürger einschließt (AEE 2012: 13; Walter 2012: 21). Es steht die Frage im Mittelpunkt, wer von der Anlage finanziell und ideell profitiert und wer die Lasten zu tragen hat. Im Fall einer negativen Einschätzung dieser Frage, kann daraus eine Ablehnung des Projektes resultieren (AEE 2012: 13). In Mecklenburg-Vorpommern wurde zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit ein Entwurf zu einem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz erarbeitet. Danach sollen Vorhabenträger für WEA einem Kreis von Kaufberechtigten mindestens 20 % der Anteile an der Gesellschaft zum Kauf offerieren. Kaufberechtigte sind alle natürlichen Personen im Umkreis von 5 Kilometern um den Standort der WEA, die Gemeinde, auf deren Gebiet sich die WEA befindet, Gemeinden, die nicht mehr als 5 Kilometer entfernt liegen, oder ein kommunaler Zweckverband, dessen Mitglied die Gemeinde ist (vgl. im Detail BüGemBeteilG M-V).

Durchführung und Ergebnisse der Umfrage

Die Umfrage zur Akzeptanz der Windenergienutzung in der Mecklenburgischen Seenplatte wurde im Rahmen eines studentischen Projekts im Bachelor-Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung der Hochschule Neubrandenburg durchgeführt.



Abbildung 2: Windpark. Foto: Jens Hoffmann.

Zur Datenerhebung wurde eine quantitative, standardisierte mündliche Einzelbefragung auf Grundlage eines Fragebogens durchgeführt.

Die Umfrage wurde an verschiedenen Standorten in der Mecklenburgischen Seenplatte durchgeführt. Die gewählten Orte lassen sich drei Standortgruppen zuordnen:

- Altstandorte: Orte mit bereits bestehendem Windpark ohne laut Teilfortschreibung des RREP geplante Erweiterung (Beseritz mit 20 Antworten, Jatzke mit 7 Antworten),
- Altstandorte mit Erweiterung: Orte mit bereits bestehendem Windpark mit laut Teilfortschreibung des RREP geplanter Erweiterung (Bütow/Zepkow mit 30 Antworten, Groß Miltzow mit 15 Antworten, Breesen mit 49 Antworten),
- Neustandorte: Orte ohne bestehenden Windpark mit laut Teilfortschreibung des RREP geplantem neuem Windpark (Kriesow mit 36 Antworten, Schönbeck mit 29 Antworten).

Es wurden insgesamt 186 Personen an 7 Standorten befragt. Grundlage der Umfrage war ein standardisierter Fragebogen. Der Bogen unterteilte sich in vier Fragenkomplexe:

1. Akzeptanz erneuerbarer Energien und Windenergie (allgemein, in der Region und vor Ort),
2. Auswirkungen der Windenergienutzung (allgemein, auf die Lebensqualität vor Ort und auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde),

3. Beteiligung und Teilhabe beim Ausbau der Windenergienutzung (Aspekte der Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit),
4. Angaben zur Person.

Das anfangs beschriebene, in der regionalen Presse vorgefundene Stimmungsbild kann für die ausgewählten bestehenden wie potenziellen Windenergiestandorte auf Grundlage der in der Umfrage erzielten Ergebnisse generell bestätigt werden: Die Akzeptanz der Windenergienutzung ist gering.

Auch wenn ein großer Teil der Befragten dem Ausbau und der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien allgemein positiv gegenübersteht (66 % der Befragten mit sehr positiven und positiven Antworten), nehmen die Akzeptanzwerte in Bezug auf die Windenergienutzung in der Region Mecklenburgische Seenplatte deutlich ab (nur 26 % der Befragten mit sehr positiven und positiven Antworten, jedoch 45 % mit negativen und sehr negativen Antworten). Bei einer Betrachtung auf Ebene der Einzelstandorte zeigt sich ein differenzierteres Ergebnis: Jatzke und Beseitz aus der Gruppe der Altstandorte weisen hier die geringsten Akzeptanzwerte auf. Groß Miltzow und Bütow/Zepkow aus der Gruppe der Altstandorte mit geplanter Erweiterung weisen die höchsten Akzeptanzwerte in Bezug auf die Windenergienutzung in der Region auf.

Bei der projektbezogenen Akzeptanz der Windenergienutzung vor Ort zeigt sich ein überwiegend negatives Bild, das heißt der Anteil der negativen und sehr negativen Einstellungen überwiegt den der positiven und sehr positiven. Besonders deutlich wird die Ablehnung in der Gruppe der geplanten Neustandorte mit den Standorten Kriesow (79 % negativ und sehr negativ) und Schönbeck (69 % negativ und sehr negativ). Die negativsten Werte werden am Standort Breesen bei der Bewertung der geplanten Erweiterung des bestehenden Windparks erzielt (82 % negativ und sehr negativ). Die höchste projektbezogene Akzeptanz wurde am Standort Bütow/Zepkow mit 67 % sehr positiven und positiven Antworten ermittelt. Bei der Bewertung der geplanten Erweiterung gab es hier jedoch nur noch 35 % sehr positive und positive Antworten, was wohl auf empfundene Grenzen der Windenergienutzung vor Ort hinweist.

Bei der projektbezogenen Akzeptanz spielt die Spezifik des einzelnen Standorts eine große Rolle. Bei der Identifikation und Bewertung der die Akzeptanz fördernden wie hemmenden Faktoren sind die jeweiligen Bedingungen vor Ort immer mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Umfrage wurden der Umfang und die Diversität der Auswirkungen ermittelt, die vor Ort der Windenergienutzung zugeschrieben werden. Dabei sind es fünf Kategorien, die deutlich herausragen: akustische Beeinträchtigungen, Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, positive Wirkungen in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit (Einnahmen der Gemeinde, Pächterträge usw.), Wertverlust von Grundstücken, Beeinträchtigung von Arten und Lebensräumen.

Aus Sicht der Befragten werden die Aspekte der Verfahrensgerechtigkeit negativ und zum Teil sogar sehr negativ bewertet, dies sowohl in Bezug auf Informationen als auch in Bezug auf die Frage nach der aktiven Beteiligung am Planungs- und Entscheidungsprozess zum geplanten Windpark bzw. zur geplanten Erweiterung des bestehenden Windparks.

Das sowohl vom Regionalen Planungsverband als auch vom Land mit dem Entwurf zu einem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz zum Ausdruck gebrachte Ziel einer finanziellen Beteiligung der Betroffenen vor Ort stieß im Rahmen der Umfrage auf wenig positive Resonanz. Hier gab es sogar die höchsten Werte bei nicht zustimmenden Antworten (zwischen 79 % und 86 %).

Quellen

- AEE / Agentur für Erneuerbare Energien (Hrsg.) (2012): Akzeptanz und Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien. Erkenntnisse aus Akzeptanz- und Partizipationsforschung. Renew's Spezial Ausgabe 60. Berlin.
- BüGemBeteilG M-V / Gesetz über die Beteiligung von Bürgern und Gemeinden an Windparks an Land in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze (Entwurf).
- Huber, S.; Horbaty, R. (2010): Social Acceptance of Wind Energy. State-of-the-Art- Report IEA Wind Task 28. Liestal.
- Hübner, G.; Löffler, E.; Hampl, N.; Wüstenhagen, R. (2013): Wirkungen von Windkraftanlagen auf Anwohner in der Schweiz: Einflussfaktoren und Empfehlungen. Halle/Saale.
- Jobert, A.; Laborgne, P.; Mimler, S. (2007): Local acceptance of wind energy: Factors of success identified in French and German case studies. *Energy Policy* 35: 2751-2760.
- Lütkehus, I.; Salecker, H.; Adlunger, K. (2013): Potenzial der Windenergie an Land. Studie zur Ermittlung des bundesweiten Flächen- und Leistungspotenzials der Windenergienutzung an Land. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.
- Nordkurier vom 29.11.2013: „Nun ist's raus: Wo neue Windräder stehen können“.
- Nordkurier, Mecklenburgische Schweiz vom 29.11.2013: „Jetzt geht der Sturm erst richtig los. Streit über Windkraftanlagen in Neukalen“.
- Nordkurier, Neubrandenburger Zeitung vom 29.01.2014: „Zunächst dreht sich der Wind gegen die Räder“.
- Nordkurier, Neubrandenburger Zeitung vom 14.02.2014: „Kollektiver Ungehorsam gegen weitere Windräder?“.
- Nordkurier, Müritz-Zeitung vom 13.03.2014: „Zu viel Gegenwind für Stromspargel“.
- Schmid, S. I.; Zimmer, R. (2012): Akzeptanz von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“. Berlin.
- Walter, G. (2012): Sozialpsychologische Akzeptanz von Windkraftprojekten an potentiellen Standorten. Eine quasiexperimentelle Untersuchung. Zürich.

Die Aufgaben der früheren Bezirks-Hygieneinspektion Erfurt bei der Durchsetzung des Landeskulturgesetzes der DDR – ausgewählte Aspekte –

Bernd Schulze und Günter Grossmann

In der DDR wurde durch das Landeskulturgesetz mit seinen Durchführungsbestimmungen (5) eine komplexe Regelung und eine einheitliche staatliche Ordnung für das Gebiet des Umweltschutzes erlassen, deren Durchsetzung allerdings häufig an den nicht ausreichenden materiellen und finanziellen Voraussetzungen scheiterte.

Während Umweltschutz als die interdisziplinäre Wissenschaft von den Ursachen, Wirkungen und Folgen jener Veränderungen, die sowohl in der naturgegebenen als auch der deformierten Umwelt als Folge menschlicher Tätigkeit entstehen, definiert wurde, verstand man in der DDR die Umwelthygiene im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution als eine medizinische Fachdisziplin, die sich mit dem Studium der Umwelteinflüsse auf Menschengruppen befasst (6).

Diese Aufgabe erhielt besondere Bedeutung angesichts des Morbiditätswandels in den Industriestaaten durch die zunehmende Dominanz chronischer nicht-übertragbarer Krankheiten. Es besteht auch heute noch die spezifische Aufgabe der Umwelthygiene darin, Gefahren, die das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung bedrohen, rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden. Die aus den Untersuchungen über den komplexen Einfluss der Umweltnoxen resultierenden Daten dienten der Begründung von Kriterien der Umweltqualität und der Ausarbeitung von Normen zum Schutz der Gesundheit des Menschen und seiner Umwelt durch die Beschränkung der Abgabe von „kritischen“ Verunreinigungen (6).

Während die medizinische Wissenschaft neue Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen von Umwelteinflüssen gewann, wirkte die Staatliche Hygieneinspektion auf der Grundlage der „Verordnung über die Staatliche Hygieneinspektion“ vom 11.12.1975 (13) bei der Durchsetzung mit.

Nach Horn (6) hatte die von der Staatlichen Hygieneinspektion ausgeübte Umweltkontrolle in Hinblick auf die Abschätzung und Verhütung umweltbedingter Einflüsse auf die Bürger zwei Aufgaben zu erfüllen:

- die Erhebung von Daten, z.B. durch Messnetze, die auf der Grundlage von Normen bewertet werden; ein vorrangiges Betätigungsfeld für die zahlreichen in den Bezirks-Hygieneinspektion tätigen nicht-medizinischen Hochschulkader, und
- die Feststellung von Umwelteinwirkungen auf den Menschen, die das Wohlbefinden oder die Gesundheit beeinträchtigen.

Die Kompetenz der Hygieneorgane war besonders beim Vorliegen von Hygienewidrigkeiten gegeben, wobei nur diese befugt waren, diesen häufig missgedeuteten Begriff zu interpretieren.

Als „hygienewidrig“ wurden Umweltbedingungen und Verhaltensweisen aufgefasst, die ausgehend vom Stand der medizinischen, naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse das Auftreten von Gefahren für die Gesundheit der Menschen bedingen bzw.

den einzelnen Bürger in seinem Wohlbefinden erheblich beeinträchtigen, so dass eine Gefährdung seiner Gesundheit vom medizinischen Standpunkt objektiv besteht. Lag ein solcher Zustand vor, war die sachliche Zuständigkeit der Staatlichen Hygieneinspektion gegeben (13).

Nach diesen Hinweisen auf die prinzipiellen Aufgaben der Hygieneorgane in der DDR soll im Folgenden näher die Arbeit der Bezirks-Hygieneinspektion Erfurt als wissenschaftlich-methodisches Zentrum der Hygiene im Territorium und insbesondere der Inspektion Umwelthygiene an einigen Beispielen exemplarisch dargestellt werden.



Sitz des Bezirks-Hygiene-Instituts Erfurt 1952–1982 in der Predigerstraße in Erfurt. Quelle: Archiv B. Schulze.

Die **Reinhaltung der Luft** diente dem Ziel, die Gesundheit der Bürger zu erhalten, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, Pflanzen, Tiere, gesellschaftliches und persönliches Eigentum zu schützen.

Die Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, die durch Luftverunreinigungen ganz oder teilweise bedingt waren, wurde als eine vorrangige ärztliche Aufgabe definiert. Die 5. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Reinhaltung der Luft – vom 17.1.1973 (3) übertrug den Organen der Staatlichen Hygieneinspektion die Aufgaben der Immissions- und Emissionskontrolle.

Die Immissionskontrolle überwachte die Einhaltung der maximalen gesetzlich vorgeschriebenen Konzentrationen von Schadstoffen im unmittelbaren Lebensbereich der Menschen. Bereits 1972 wurde daher an der Bezirks-Hygieneinspektion Erfurt die Abteilung Lufthygiene gegründet, die im Territorium systematisch einen Komplex von Messpunkten und Messnetzen aufbaute, der vorwiegend der Ermittlung der Grundbelastung von Sedimentationsstaub und Schwefeldioxid diente. Dadurch konnte die Immissionssituation insbesondere der Kreisstädte, der industriellen Ballungszentren und der Zentren des Erholungswesens kontinuierlich überwacht werden.

Die Messresultate waren eine wesentlich Hilfe, um bei Überschreitung der Immissionsgrenzwerte zusammen mit den Verursachern gezielte Maßnahmen zum Abbau der Schadstoffkonzentrationen in der Luft einzuleiten.

Sie dienten u. a. der Entscheidungsfindung zur umweltfreundlichen territorialen Einordnung von Neuinvestitions- und Rekonstruktionsmaßnahmen und flossen in den jährlich an das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR zu erstellenden Bericht über die



Sitz des Bezirks-Hygiene-Instituts Erfurt 1982 bis 1992 am Juri-Gagarin-Ring. Quelle: Archiv B. Schulze.

kommunalhygienische Situation im Bezirk ein. Die Daten unterlagen der Geheimhaltung.

Eine Besonderheit im Bezirk Erfurt stellte die Belastung durch Chlorwasserstoff im Bereich der Kaliindustrie dar. Umfangreiche epidemiologische Untersuchungen der exponierten Bevölkerung ergaben ebenso wie medizinische Recherchen in den zahlreichen Smogphasen keine Hinweise für dadurch bedingt gesundheitliche Beeinträchtigungen. (Die Ergebnisse wurden nach der Wende bestätigt!)

Gemäß der 5. Durchführungsverordnung (3) waren die Bezirks-Hygieneinspektionen bis 1985 zur Wahrnehmung der Emissionskontrolle beauftragt, wodurch der Schadstoffauswurf an der Quelle rechnerisch oder messtechnisch

erfasst wurde. Der Bezirk Erfurt hatte dabei als Leitbezirk das System der Emissionskontrolle auch für die Nachbarbezirke Gera und Suhl zu betreuen.

In Realisierung eines Neuerervorschlages wurde ein nicht mehr genutzter Röntgenzug 1975 zu einem Emissionsmesswagen umgebaut, so dass der Bezirk Erfurt erstmalig in der DDR über ein mobiles Labor zur Emissionsmessung verfügte und dadurch den Verpflichtungen als Leitbezirk in den Nachbarbezirken voll nachkommen konnte, zumal das Fahrzeug die Möglichkeit zur Übernachtung der Mitarbeiter bei mehrtätigen Einsätzen bot (8).

Diese der Spezifik des Gesundheitswesens entfernt stehende vorwiegend durch Ingenieure zu lösende technologische Aufgabe wurde 1985 folgerichtig der Staatlichen Umweltinspektion übertragen.

Gemäß der 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – vom 14.5.1970 (4) wurde der Abteilung Kommunaler Lärmschutz die Aufgabe zugewiesen, die Lärmimmission im kommunalen Bereich durch Messungen zu kontrollieren und bei Überschreitung der Grenzwerte Maßnahmen zur Lärminderung einzuleiten. Dazu wurden erstmalig in der DDR Lärmkarten für exponierte Territorien erstellt und analytisches Material z.B. für Objekte mit Ruheanspruch wie Krankenhäuser, Kureinrichtungen, Alters- und Pflegeheime und Schulen erarbeitet (7, 9).

Die Bezirks-Hygieneinspektion beurteilte alle Standorte des komplexen Wohnungsbaus bezüglich der Wahrung kommunalhygienischer Aspekte, wobei die Probleme des Lärmschutzes eine vordergründige Rolle spielten.



Dr. Schulze in der Bibliothek des Bezirks-Hygiene-Instituts Erfurt. Quelle: Archiv B. Schulze.

Als sehr positiv hat sich die bereits 1974 gegründete Bezirkslärmschutzkommission erwiesen, in der die wichtigsten aktiv oder passiv mit Lärmproblemen befassten Institutionen vertreten waren, so dass ein hohes Niveau der Entscheidungsfindung zu erwarten war (12). Zusätzlich nahm von 1978 bis zu ihrer Auflösung 1990 die Abteilung zentrale Aufgaben als Referenzlaboratorium für kommunalen Lärmschutz der DDR wahr. Über deren Arbeit ist bereits berichtet worden (11).

Probleme der Deponie von industriellen und kommunalen Abprodukten wurden gesetzlich durch die 3. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Sauberhaltung der Städte und Gemeinden und Verwertung von Siedlungsabfällen – vom 14.5.1970 (2) sowie durch die 6. diesbezügliche Durchführungsverordnung – Nutzbarmachung und schadlose Beseitigung von Abprodukten – vom 11.9.1975 geregelt.

Der Rat des Bezirkes entschied durch die Abteilung Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit Zustimmung der Bezirks-Hygieneinspektion über die schadlose Beseitigung nicht nutzbarer Abprodukte. Bewährt hat sich in diesem Zusammenhang die Schadstoffkommission beim Rat des Bezirkes Erfurt, die zunächst die anfallenden Abprodukte der Industrie von über 400 Betrieben erfasste und geeignete Deponien zuwies. Auf Initiative der Bezirks-Hygieneinspektion wurde bereits 1961 eine Deponie für Wasserschadstoffe angelegt und ein Anschlussgrad an die zentrale Müllabfuhr für kommunale Abprodukte im Bezirksdurchschnitt von nahezu 100 % erreicht. Parallel dazu ging die Zahl der unkontrollierten „wilden“ Mülldeponien zurück.

Beispielgebend für die planmäßig wachsende Zahl von geordneten Deponien war die unter maßgeblicher Beteiligung der Bezirks-Hygieneinspektion errichtete Großdeponie bei Schwerborn, auf der die kommunalen Abprodukte der Bezirksstadt umweltfreundlich



Dr. Schulze als Vertreter der DDR auf einer RGW-Tagung in Budapest, 1978.
Quelle: Archiv B. Schulze.

gelagert wurden und die den bisher betriebenen Ablageplatz ablöste, der begrünt und rekultiviert zum Bestandteil eines attraktiven Naherholungszentrums wurde.

Die Abteilung Wasserhygiene untersuchte z.B. 1987 8.465 Wasserproben gemäß der „Verordnung über die hygienische Überwachung von Wasser und Abwasser“ vom 23.7.1953 (14).

Die bakteriologische Beanstandungsquote für Trinkwasser ging in den zentralen Wasserversorgungsanlagen des Bezirkes zurück und lag unter dem DDR-Durchschnitt.

Wegen zu hohen Nitratgehaltes mussten z.B. 1986 13 % der Wasserproben beanstandet und für die Säuglingsernährung gesperrt werden. Eine wesentliche Verbesserung dieser Situation wurde durch den zunehmenden Anschluss von ländlichen Gemeinden an zentrale Versorgungsanlagen im Rahmen eines ländlichen Initiativprogrammes erreicht.

Eine wichtige Aufgabe bestand für die Experten der Bezirks-Hygieneinspektion in der Ursachenfindung bei Trinkwasserhavarien, die dadurch begünstigt wurden, dass durch die geologische Struktur in einigen Kreisen mit Muschelkalkböden zahlreiche Versorgungsanlagen durch oberflächennahes Quellwasser gespeist wurden. Diese Quellen waren durch die unsachgemäße Ausbringung von Gülle und Jauche, durch undichte Abort- und Jauchegruben (dadurch kam es z.B. 1972 in Worbis zu einer Ruhrepidemie) und durch das unsachgemäße Verklappen von Klärgrubenschlamm und Abortgrubeninhalte potentiell gefährdet.

In einem spektakulären Fall gelangten 1974 nach starken Regenfällen Hepatitisviren in das Trinkwasser einer Kreisstadt im Eichsfeld. Die Ursache war die Düngung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Trinkwasserschutzgebiet mit Fäkalien und Abortgrubeninhalte. Da das kontaminierte Wasser zur Produktion alkoholfreier Getränke verwendet wurde, ergab sich eine epidemische Ausdehnung von Hepatitis A-Erkrankungen über den gesamten Versorgungsbereich einer Brauerei mit 590 Erkrankungen. Die Aufklärung dieses Geschehens war vordergründig der akribischen antiepidemischen Analysenarbeit der Experten der Bezirks-Hygieneinspektion zu verdanken (10).

Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, dass die Bezirks-Hygieneinspektion Erfurt sich nicht vordergründig als Kontrollinstanz des Staates, die mit Auflagen, Buß- und Zwangsgeldern, Disziplinarmaßnahmen und ähnlichen Sanktionen agierte, sondern als partnerschaftlich arbeitende medizinische Einrichtung unter prinzipiell ärztlicher Leitung mit dem Ziel verstand, durch Schaffung hygienischer Arbeits- und Lebensbedingungen wichtige Grundlagen für die Prävention akuter und chronischer Krankheiten zu schaffen.

Dabei war es nicht immer einfach, in Anbetracht der begrenzten ökonomischen Ressourcen und politisch-ideologisch motivierter Sachzwänge die notwendigen Maßnahmen zum Wohle der Bürger durchzusetzen. zumal die Umweltdaten dem Geheimnisschutz unterlagen. Insbesondere im Bereich der Umwelthygiene gab es häufig Probleme, die Wünsche und Vorstellungen der staatlichen Organe mit den medizinisch-wissenschaftlich begründeten Argumenten der Mitarbeiter der Hygiene-Organen abzustimmen.

An vielen Beispielen kann gezeigt werden, dass es der Bezirks-Hygieneinspektion trotzdem gelang, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger auch unter den Bedingungen der sozialistischen Kommandowirtschaft schrittweise zu verbessern.

Quellen und Literatur

- (1) 1. Durchführungsbestimmung zur 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – Begrenzung der Lärmimmission – vom 26.10.1970. In: Gbl. DDR II, Nr. 87, S. 595.
- (2) 3. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Sauberhaltung der Städte und Gemeinden und Verwertung von Siedlungsabfällen vom 14.5. 1970. In: Gbl. DDR II, Nr. 46, S. 339.
- (3) 5. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Reinhaltung der Luft – vom 17.1.1973 In: Gbl. DDR I, Nr.18, S. 157.
- (4) 4. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – vom 14.5.1970. In: Gbl. DDR II, Nr. 46, S. 343.
- (5) 5. Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR vom 14.5.1970. In: Gbl. DDR I, Nr. 12, S. 67.
- (6) Horn, K.W. 1976: Grundlagen der Kommunalhygiene, VEB Verlag Volk und Gesundheit. Berlin.
- (7) Keyling, W.; Schulze, B.; Poch, M. & Kirsch, H. 1976: Zur Lärmproblematik in Krankenhäusern. In: Z. ges. Hyg. **22**, S. 191.
- (8) Ohme, K.; Kirsch, H. & Ullmann, R. 1977: Aufbau und Wirksamkeit eines Meßwagens zur Durchführung von Emissionsmessungen. In: Z. ges. Hyg. **23**, S. 900.
- (9) Poch, M.; Schulze, B.; Mörsstedt, R. & Grabner, L. 1976: Zur Tendenz der Lärmentwicklung in Schulen der Bezirke Erfurt und Suhl. In: Z. ges. Hyg. **22**, S. 27.
- (10) Scholtze, K.; Ullmann, R.; Poch, M. & Schulze, B. 1977: Eine alimentär bedingte Hepatitisepidemie. In: Dt. Gesundheitswesen **32**, S. 377.
- (11) Schulze, B. & Grosssmann, G. 2012: Ausgewählte Aspekte der Arbeit des Referenzlaboratoriums für Kommunalen Lärmschutz der DDR am früheren Bezirks-Hygiene-Institut Erfurt. In: Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. **17**, S. 77.
- (12) Schulze, B. & Ullmann, R. 1977: Erfahrungen aus der Arbeit in der Lärmschutzkommission. In: Z. ärztl. Fortbild. **71**, S. 141.
- (13) Verordnung über die Staatliche Hygieneinspektion. vom 11.12.1975: In: Gbl.der DDR II, 1976, S. 17.
- (14) Verordnung über die hygienische Überwachung von Wasser und Abwasser vom 23.7.1953. In: Gbl. DDR I, Nr. 90, S. 913.

Über die Kommerzialisierung der Jagdpacht in Mecklenburg-Vorpommern

Jan Wüst

Einleitung

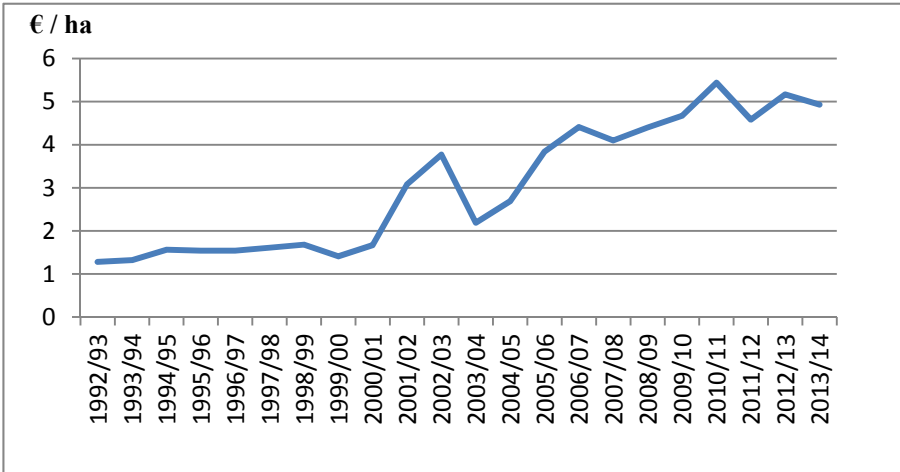
Schon in der Altsteinzeit wurde gejagt. „Jäger und Sammler“ sollte jedem ein Begriff sein. So gilt die Jagd als eine der ursprünglichsten Arbeitsprozesse der gesamten Menschheit. Primär galt die Jagd der Nahrungsbeschaffung, sekundär war sie wichtig um Werkzeuge aus Knochen und Felle zu gewinnen. Der Slogan „Die Jagd gehört dem Volke“ und der dahinter stehende Sinn, dass die Jagd nicht an die Eigentumsverhältnisse gebunden ist, welcher 1953 bei der Veröffentlichung des Jagdgesetzes der DDR verkündet wurde, ist passe⁷. Häufig ist in der eben genannten DDR die Rede vom Klassenkampf, doch er findet heute mehr statt denn je, nur bemerkt es keiner. So auch bei der Jagd. Aktuell unterliegt diese in Deutschland dem Bundesjagdgesetz sowie den Landesjagdgesetzen und ist nach § 3 Abs. 1 Bundesjagdgesetz untrennbar mit dem Eigentum an Grund und Boden verbunden. Steigende Pachtpreise, teure Jagdscheinlehrgänge und steigende Beiträge in der Berufsgenossenschaft erschweren den Einstieg in die Jagd. Dabei sind finanziell besser gestellte Personen gegenüber Normalverdienern deutlich im Vorteil. Lokalpatrioten haben in der Jägerschaft nach und nach Seltenheitscharakter. Doch sind es gerade diese, denen die Populationsdynamiken, das natürliche Gleichgewicht, die Seuchenbekämpfung und die Vermeidung von Wildschäden in Forst und landwirtschaftlicher Kultur durch die Verbundenheit mit der lokalen Heimat am Herzen liegen. Die ökonomische Ausbeute vom Forst, Wald und Feld steigt auch durch Erhöhungen der Jagdpachtpreise. In öffentlichen Ausschreibungen für Jagdpachten wird in der Regel Höchstbietenden der Zuschlag erteilt. Oft ist bei der ansässigen Jägerschaft nicht einmal die Liquidität gegeben, geforderte Mindestpreise in öffentlichen Ausschreibungen zu zahlen.

1. Entwicklung der Jagdpacht in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns

Im Folgenden wird auf die Entwicklung der Jagdpachtpreise von 1992 bis 2014 in Mecklenburg-Vorpommern und in den einzelnen Landkreisen eingegangen. Da sich die Größe der zu vergleichenden Areale im Laufe der Zeit, wie es 1994 und jüngst bei der Kreisgebietsreform der Fall war, veränderte, ist es schwierig, die tatsächliche Entwicklung aufzuzeigen. Die Altkreise wurden nicht immer in ihrer Ganzheit aufgeteilt, sondern zum Teil zerschnitten. Um einheitliche Diagramme erstellen zu können, wurden die Altkreise der geografischen Lage des namensgebenden Faktors nach in den heutigen acht Landkreisen zusammengefügt und deren arithmetisches Mittel für jeden Landkreis und das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern errechnet. Hierbei relativiert sich diese Berechnung und erhält trotzdem Wichtung. Parallelen in der Entwicklung zwischen den Landkreisen sind häufig visuell schwer zu erfassen. In Folge dessen werden die acht zu betrachtenden Datenreihen auch in zwei Gruppen aufgeteilt und zur besseren Ansicht übereinander gelagert. In Abbildung 1 wird die allgemeine Pachtpreisentwicklung in

Mecklenburg-Vorpommern dargestellt, in den Abbildungen 2 und 3 die Pachtpreisentwicklung in den Kreisen.

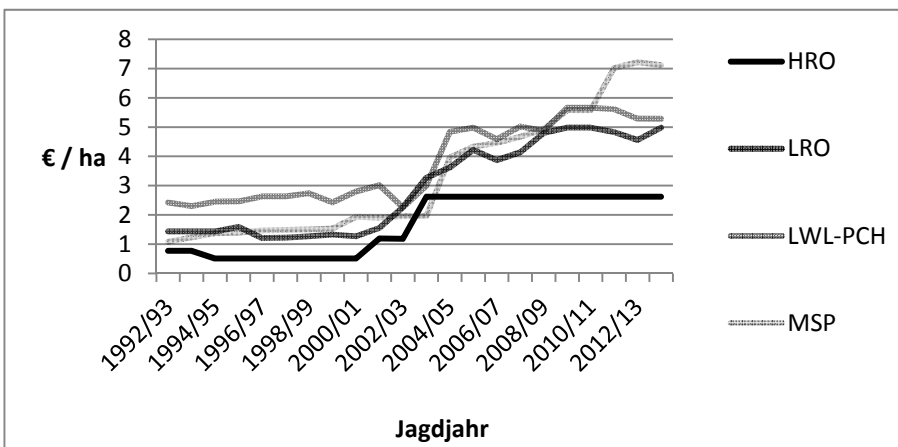
Abb. 1: Pachtpreisentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 1992-2014



Quelle: Eigene Erhebung

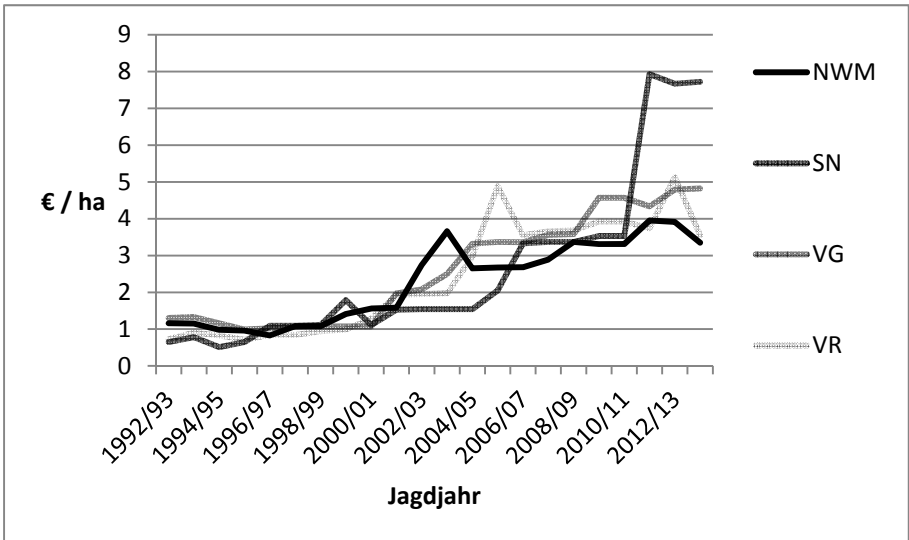
Jagdjahr

Abb. 2: Überlagerung der Pachtpreisdatenreihen von: Hansestadt Rostock (HRO), Landkreise Rostock (LRO), Ludwigslust-Parchim (LWL-PCH), Mecklenburgische Seenplatte (MSE)



Quelle: Eigene Erhebung

Abb. 3: Überlagerung der Pachtpreisdatenreihen von: Landkreise Nordwestmecklenburg (NWM), Schwerin (SN), Vorpommern-Greifswald (VG), Vorpommern-Rügen (VR)



Quelle: Eigene Erhebung

2. Auswertung

Nach Betrachtung der Diagramme sind ähnlich einer Konjunkturkurve kurze Depressionen zu erkennen, welchen dann allerdings immer wieder ein Anstieg folgte. Im betrachteten Zeitraum ist im Allgemeinen ein deutlicher Anstieg der Pachtpreise zu verzeichnen. Mit Ausnahme der Datenreihe von Schwerin lässt sich unschwer erkennen, dass die erheblichsten Preissteigerungen in den ersten fünf Jahren nach der Einführung des Euros im Jahr 2002 geschahen. Hier hat sich die altbekannte Aussage „der Euro wird zum Teuro“ bestätigt. Das zusammenfassende Diagramm für das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern untermauert diese Erkenntnis. Worin genau die Zusammenhänge zwischen der Einführung des Euros und der Pachtpreisentwicklung besteht, bleibt offen. Möglich ist, dass die Umrechnung von DM in Euro diese Entwicklung begünstigte, denn den Jagdgenossenschaften könnte die Umrechnung als Halbierung des bisherigen Betrages erschienen sein.

3. Beitragsentwicklung der Berufsgenossenschaft

Die Pacht ist nur ein Kostenfaktor bei der Jagd. Hinzu kommen steigende Treibstoffpreise, steigende Kosten für Kirrgut und Jagdmunition. Ebenso ist die Entwicklung der Beiträge für die Berufsgenossenschaft ein Faktor. War es 1992 noch ein fester Grundbeitrag und ab einer bestimmten Größe ein zusätzlicher Betrag pro Hektar, ist es heutzutage eine fast undurchsichtige Berechnung nach „Berechnungseinheiten“ (BER). Um den „Be-

rechnungswert der BER“ zu erhalten, wird die Anzahl der Hektar mit dem „Berechnungswert je Einheit“ und dem „Risikogruppenfaktor“ multipliziert. Der daraus resultierende „Berechnungswert“ wird mit dem „Risikofaktor PV“ und dem durch eine Mitgliederversammlung festgesetzten „Hebesatz in €/BER“ multipliziert und man erhält eine Summe. Zu dieser Summe wiederum wird der Grundbeitrag addiert und man erhält den „Beitrag nach Maßstab SVLFG“. Folglich wird diesem Beitrag der „Angleichungssatz (v.H.)“ hinzugefügt. Es ergibt sich der „Beitrag“, welcher nach „Sondervermögen der ehemaligen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Mittel- und Ostdeutschland um 1,7 % gesenkt wird“ (vgl. Anlage zum Bescheid 2014, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau).

Beiträge dürfen jedoch die des Vorjahres nicht ins Unermessliche übersteigen. Geschieht dies doch, gibt es die sogenannte Härtefallregelung, welche 2012 noch besagte: „Für Unternehmen [...] die Begrenzung auf 200 Prozent des Vergleichsbeitrages“ (vgl. Beitragsbescheid für das Jahr 2012, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Härtefallregelung).

Aktuell heißt es auf der Webseite der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau: „Die Härtefallregelung gilt für Unternehmen, deren Beitrag nach erfolgter Beitragsangleichung 300 Euro übersteigt und deren Beitrag im aktuellen Umlagejahr gegenüber dem Vorjahresbeitrag um mehr als 70 Prozent steigt. Die Härtefallregelung begrenzt in diesen Fällen den Beitragsanstieg auf 70 Prozent. Voraussetzung der Anwendung dieser Härtefallregelung sind jedoch unveränderte Betriebsverhältnisse. Nur dann ist davon auszugehen, dass die Beitragserhöhung auf den neuen Beitragsmaßstab zurückzuführen ist. Die Härtefallregelung wird bis 2017 angewendet“ (Internetquelle).

Das heißt im Klartext, dass eine vernünftige und wirklich einfache, nachvollziehbare Berechnung und damit die Transparenz nicht mehr gegeben ist. Zum leichteren Verständnis ist nachfolgend ein Beispielrechnungsbeispiel aufgestellt.

Stand der Beiträge zur Berufsgenossenschaft 2014:

Risikogruppenfaktor	Jagd	1,78	
Risikofaktor PV	Jagd	1,00	
1 Hektar	Jagd	0,0477	BER
Hebesatz	Allgemein	6,48	€/BER
Mindestgrundbeitrag	Allgemein	60,00	€
Höchstgrundbeitrag	Allgemein	269,57	€
Angleichungssatz	Jagd	112,2760	%
Abzüge Sondervermögen	Allgemein	1,70	%

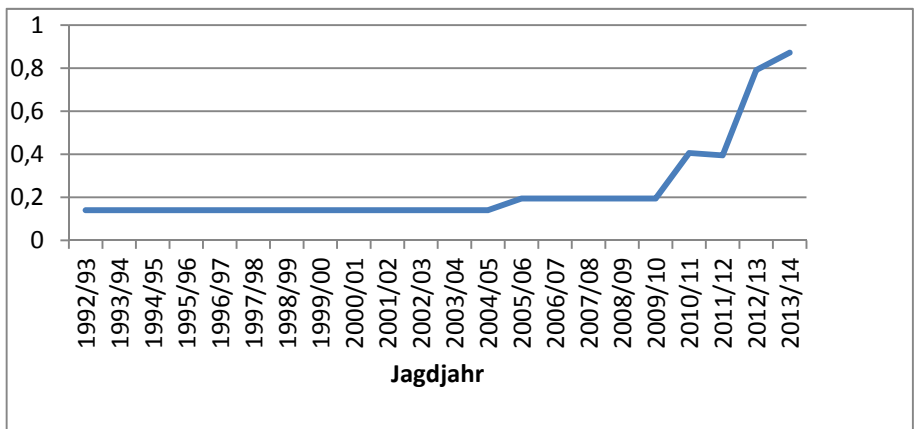
Zur Erläuterung obiger Berechnungseinheiten, beziehungsweise wie sich diese zusammensetzen oder gebildet werden, wird an die „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“ verwiesen, welche auf ihrer Homepage „www.svlfg.de“ in äußerst komplizierter Weise detailliert Antwort gibt. Danach ergibt folgendes Berechnungsbeispiel für ein 250 ha großes Pachtrevier im Jagdjahr 2013/14 folgende Zahlen:

Hektar	*	BER	*	Hebesatz €	*	Risikogruppenfaktor	*	Risikofaktor PV	=	Risikobeitrag €
250	*	0,0477	*	6,48	*	1,78	*	1,00	=	137,55
Risikobeitrag €	+	Grundbeitrag	€						=	Beitrag nach Maßstab SVLFG
137,55	+	60							=	197,55 €
Beitrag nach Maßstab SVLFG €	+	Angleichungssatz (v.H.) %							=	Beitrag €
197,55				+ 12,2760					=	221,80
Beitrag	-	Sondervermögen %							=	Zahlbetrag
221,80	-	1,70							=	<u>218,03 €</u>

Zum Vergleich: Für das Jagdjahr 1992/1993 ergaben sich für ein 250 ha großes Pachtrevier folgende Zahlen: Ab 1992 war bis zu einer Pachtfläche von 200 ha ein Grundbeitrag von 54 DM (27,61 €) zu zahlen. Überstieg ein Jagdrevier diese Größe, wurde jeder Hektar mehr zusätzlich mit 27 Pfennig (0,14 €) berechnet und mit dem Grundbeitrag addiert, so dass für ein 250 Hektar großes Revier als Beitrag für die Berufsgenossenschaft insgesamt 34,61 Euro zu zahlen waren. Der Anstieg der Beiträge zur Berufsgenossenschaft betrug somit etwa 630 Prozent!

Das folgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Beiträge für die Berufsgenossenschaft von 1992/93 bis zum Jagdjahr 2013/14. In diesem Diagramm ist der Aufwärtstrend deutlich zu sehen.

Abb. 4: Entwicklung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft von 1992/93-2013/14 in €/ha



Quelle: Eigene Erhebung

Vergleich 1992/93 und 2013/14:

Zusammenfassend wird ein Vergleich angestellt zwischen den Kosten der Jagdpächter im Jagdjahr 1992/93 und denen im Jagdjahr 2013/2014. Der durchschnittliche Pachtpreis für Mecklenburg - Vorpommern betrug 1992/93, umgerechnet in Euro, 1,28 € pro ha. Addiert man, ebenfalls nach Umrechnung in Euro, den durchschnittlichen Beitrag der Berufsgenossenschaft von etwa 0,14 € dazu, erhält man 1,42 €.

Kosten pro ha 1992/ 93: = 1,42 €

Der durchschnittliche Pachtpreis für Mecklenburg-Vorpommern beträgt 2013/14 in Euro 4,93 €. Addiert auch hier den aktuellen, durchschnittlichen Beitrag pro Hektar von 0,87 € dazu, erhält man 5,80 €.

Kosten pro ha 2013/14: = 5,80 €

Das ist ein Kostenanstieg zum Vergleichswert 1992/93 um ca. 300 %. Man beachte, dass die wechselnden Beiträge für die Wildschadensausgleichskasse dabei noch nicht berücksichtigt wurden.

4. Mögliche Gründe für diese Entwicklung

Mögliche Gründe für den Anstieg der Kosten kann man nur erahnen. Auf Nachfrage bei Jagdgenossenschaften hört man häufig, dass alles teurer wird, wobei aber eine nachvollziehbare Begründung offen bleibt. Mögliche Gründe sind einerseits der Wildreichtum Mecklenburg-Vorpommerns, der den Reiz auch für nichtheimische Jagdgenossen ausmacht, in dieser Region pachten zu wollen. Die Nachfrage nach Jagd-Pachtflächen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Ein Indiz dafür ist, dass die Anzahl der Jäger steigt: Waren es 1991/92 noch 318 678, stieg ihre Zahl bis zum Jagdjahr 2012/13 auf 361 557. Andererseits werden die potentiell zu pachtenden Flächen knapper.

Ein weiterer Grund könnte die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse sein, die sich im Anstieg der Eigenjagdbezirke zeigt. Waren im Jagdjahr 2008/09 35 % der Gesamtjagdfläche Mecklenburg-Vorpommerns Eigenjagdbezirke, waren es im Jahre 2009/10 36 %. Die Verknappung der Jagd-Pachtflächen könnte auch Folge davon sein, dass immer mehr Landbesitzer ihr Eigentum für die Errichtung von Solarparks bereitstellen und im Gegenzug lukrative Pachtpreise erhalten oder gar gleich das Land gänzlich verkaufen. Auch diese Flächen fallen dann aus der potentiellen Jagd-Pachtfläche Mecklenburg-Vorpommerns heraus. Besitzer von Eigenjagdbezirken wollen natürlich ebenfalls den größtmöglichen Nutzen aus ihrem Besitz ziehen und verpachten an den Höchstbietenden, sofern sie diese Flächen nicht selber bejagen. Bejagt der Großteil der Eigenjagdbesitzer seine Flächen selbst, vermindert dies ebenfalls die Jagd-Pachtflächen in Mecklenburg-Vorpommern. Kurz, die Nachfrage steigt, das Angebot sinkt.

5. Mögliche Verbesserungsvorschläge

Ziel sollte es sein, Jagdinteressierten aus allen Einkommensschichten die Möglichkeit zu bieten, ein Jagdrevier zu pachten. Unter der Annahme, dass jeder Jagdausübungsberechtigte fünf Prozent seines monatlichen Nettoeinkommens für die Jagdpacht aufbringen kann, könnte für die jeweiligen Landkreise das durchschnittliche monatliche Nettoein-

kommen aller Bürger errechnet werden, wobei auch alle Sozialleistungen als Einkommen gelten müssen. Das Durchschnittseinkommen sollte nach den Berechnungsstandards des Box-Whisker-Plots erfolgen, wo das erste und letzte Quartil aller Monatseinkommen aus der Berechnung fallen, da Extremwerte den Durchschnitt verfälschen. Von dem nun entstehenden Durchschnittseinkommen müssten fünf Prozent errechnet und als Pachtpreishöchstgrenze für diesen Landkreis festgesetzt werden. Die Berechnung sollte alle vier Jahre aufgrund infrastruktureller Veränderungen neu erfolgen. Wäre das der Fall, würden sich Jagdgenossenschaften bei der Verpachtung mit Sicherheit für Interessenten entscheiden, die einen engen Bezug zum Jagdrevier entwickeln, häufig vor Ort sind, die lokalen Gegebenheiten kennen und schnell handeln können, beispielsweise im Falle der notwendigen Beräumung von Unfallwild oder bei Wildschäden.

Jagdreviere sollten überschaubare Größen behalten, damit sie in dem genannten Sinn nachhaltig bewirtschaftet werden können. Aus eigener Erfahrung sollte die Höchstgrenze pro Jagdrevier und Pächter oder Begehungsscheininhaber bei durchschnittlich etwa 500 ha liegen und 750 ha nicht übersteigen. Für die Beiträge der Berufsgenossenschaft fände ich es richtig, das Beitragsberechnungsprinzip der 1990er Jahre wieder einzuführen, um eine bessere Transparenz zu schaffen. Bei gleichbleibender Entwicklung fände ich es zudem wichtig, eine bessere Überwachung bei der Jagd einzuführen, sprich das Vorzeigen und die Kontrolle des erlegten Wildes, wie es in der DDR der Fall war. Damit würde möglichen Folgen einer Kommerzialisierung der Jagdpacht entgegengewirkt, welche nachfolgend erklärt werden.

6. Mögliche Konsequenzen

Was geschieht, wenn plötzlich utopische Pachtpreise verlangt und gezahlt werden? Bezahlte man für etwas Gleichbleibendes plötzlich einen viel höheren Preis, steigt doch bewusst oder unbewusst die Erwartungshaltung. Kurz gesagt, es will mehr Beute gemacht werden, damit sich die teuer gewordene Jagd lohnt.

Aus Gesprächen mit Waidgenossen kann ich schließen, dass das waidmännische Jagen, bei dem beispielsweise Führungsbachen einer Rotte Schwarzwild geschont werden, zunehmend seine Bedeutung verliert, bringt doch eine große Bache mehr Wildbreterlös als ein kleiner Frischling. Wenn das Führungstier, welches die Zyklen der Paarung vorlebt, jedoch fehlt, bleibt als Folge eine unkontrollierte Vermehrung der Population, wie der ständige Anstieg der Jagdstrecken zeigt. Bleibt die Beute aus, was geschieht dann? Das Wild wird angelockt. Kिरrungen nehmen Fütterungscharakter an. Ein ständiges Futterangebot nimmt den Wildtieren ein Stück weit die Selbständigkeit, denn „Wildtiere haben gelernt, in der Natur zu überleben und brauchen daher grundsätzlich auch kein Futter vom Menschen, im Gegensatz zu Haustieren. An den winterlichen Nahrungsengpass sind sie hervorragend angepasst. Dieser wirkt als wichtiger Auslesefaktor einer Population. Individuen mit einer schlechten Kondition gehen an Krankheiten zugrunde, werden von Räufern erbeutet oder verhungern und dienen dann als Aas andern Tieren zur Nahrung“ (URL: <http://www.jagd.it/hege/wildfuetterung.htm>).

Aus dem alltäglichen Leben ist die Aussage „Gelegenheit macht Diebe“ bekannt, die in abgewandelter Form als „Gelegenheit macht Manipulierer“ auf die Jagd zutrifft. Was ich

damit meine ist, dass die Möglichkeit besteht, dass die Hemmschwelle, Abschusspläne zu überschießen, sinkt. Ist es doch ein Leichtes, bei der Meldung erbeuteter Individuen zu manipulieren. Letztendlich greift dann das von Hans Carl von Carlowitz bereits 1713 in seinem Werk *Sylvicultura oeconomica* genannte „Prinzip der Nachhaltigkeit“ nicht mehr.

Des Weiteren bleibt die Ethik auf der Strecke, wenn keine oder nur wenig Verbundenheit mit dem Jagdrevier vorhanden ist. Ein gutes Beispiel hierfür ist die in den Medien hochdiskutierte Treibjagd im Müritz-Nationalpark im November 2012, bei der Abschusspläne vorsätzlich überschossen, zudem ein hoher Anteil schlechter Schüsse zustande kam und in dessen Folge 20 Stück Schalenwild verworfen werden mussten (vgl. Wild & Hund, 5/2013, „Ein Minister greift durch – Jagd im Müritzer Nationalpark“). Bei dieser Entwicklung der Jagd ist es kaum verwunderlich, dass Initiativen zur Abschaffung der Jagd entstehen und sich großer Beliebtheit erfreuen.

7. Fazit

Was lässt sich daraus schließen? Bei gleichbleibender Entwicklung könnte es sein, dass die Jagd für Normalverdiener in naher Zukunft nicht mehr bezahlbar ist und (wieder) ein Privileg für Begüterte wird. Die zunehmende Kommerzialisierung der Jagd, die sich wie dargestellt in einem starken Anstieg der Jagd-Pachtpreise zeigt, ist aus meiner Sicht nicht nur ein kurzzeitiges Phänomen. Ich hoffe nicht, dass sich der in diesem Bericht diskutierte Trend fortsetzt und in ferner Zukunft die Ausübung der Jagd zur „Klassenfrage“ wird und dabei die These „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ (Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848. MEW Bd. 4, S. 462) wieder ihre Berechtigung findet.

Quellen

Datenursprung für die eigene Datenerhebung:

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, Oberste Jagdbehörde, Anna Leibeling, Pachtpreise der Landkreise aus Jagdberichten der Jahre 1992/1993 bis 2010/2011

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, Oberste Jagdbehörde, Anna Leibeling, Pachtpreise der Landkreise 2011/2012 bis 2013/2014 auf Nachfrage

URL:

Jagd&Feder, <http://www.jagd-und-feder.de/zwischen-brauchtum-und-politischem-anspruch-die-jagd-in-der-ddr/> (27.12.2014)

Deutscher Jagdverband, <http://www.jagdverband.de> (28.12.2014)

Kilias, H.: Wildfütterung – Sinn oder Unsinn, <http://www.jagd.it/hege/wildfuetterung.htm> (28.12.2014)

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau: https://www.svlfg.de/50-vmb/vmb02_neu/vmb0205/index.html (1.9.2015)

Stellungnahme zum Leserbrief von Herrn Bertram Reinhold – Studienarchiv Umweltgeschichte 19 (2014): 111

Uwe Wegener

Zwei Anmerkungen habe ich zu dem ausführlichen Brief von Herrn Bertram Reinhold, einmal zur „Funktionärskaste“ in der Gesellschaft Natur und Umwelt und zur Sicherung der Brockenanemone im Harz:

Ich selbst arbeitete ehrenamtlich in verschiedenen Gremien der GNU mit, hatte aber immer auch Zugang zur Leitung der GNU in Berlin und in mindestens 5 Bezirken der DDR. Den auffallenden Kontrast zwischen den ehrenamtlichen Mitarbeitern an der Basis und der „roten Funktionärskaste“ in der GNU oder im Kulturbund habe ich so nicht wahrgenommen. Es gab viele Grautöne zwischen schwarz und weiß und das Studienarchiv Umweltgeschichte ist auch bemüht, alle Facetten dieser Arbeit zu erfassen und noch gibt es Zeitzeugen, die befragt werden können. Ich habe gerade in den Bezirks- und Kreissekretariaten viel Aufgeschlossenheit der Kulturbundfunktionäre erlebt, wenn es darum ging, Naturschutzaufgaben und Fachtagungen mit Leben zu erfüllen. Dass es auch „schwarze Schafe“ gab, die ausschließlich ihre politische Funktion im Kulturbund wahrnahmen, sei unbestritten. An der sich verschärfenden Umweltproblematik in der DDR – SO₂-Belastung, Verschmutzung der Flüsse u. a. m. änderte allerdings auch die GNU nichts, da war sie ebenfalls Teil des Systems.

Die Zustände auf der Brockenkuppe waren, wie Herr Reinhold schreibt, mehr als ärgerlich, da kann ich ihm nur zustimmen. Aber dass die Brockenanemone erst nach der Wende in ihrem Bestand gesichert werden konnte, ist so nicht richtig.

Im Jahre 1961 wurde der öffentliche Zugang zum Brocken geschlossen. Der Brockengärtner der Universität Halle hatte aber noch bis 1971 die Möglichkeit, zum Brocken zu gelangen und pflegte auch die Brockenanemone, dann war auch für ihn Schluss. Von dieser Zeit an machte sich das Naturschutzhelferkollektiv unter Leitung von KNB Horst Eckardt Gedanken, wie der Bestand der Brockenanemone – es war das einzige Vorkommen in der DDR – gesichert werden könnte. Ende der 1970er Jahre nahmen diese Gedanken konkrete Formen an. In Brockennähe, aber außerhalb des Grenzgebietes wurde ein Ersatzgarten geschaffen. Pflanzmaterial der Brockenanemone wurde auf dem Brocken gewonnen und im Ersatzgarten gepflanzt. Entscheidend beteiligt waren an dieser Aktion die KNB Achim Groß und Horst Eckardt, der BNB Heinz Quitt und der Gartenkustos aus Halle, Dr. Fritz Ebel. Das Pflanzmaterial ging nicht nur in den Garten unterhalb des Brockens, sondern auch nach Benneckenstein und Halle zur weiteren Vermehrung. Der Botanische Garten in Halle entwickelte ein Vermehrungs- und Erhaltungsprogramm. Seit dem Jahre 1982 übernahm ich die Pflege und Organisation vor Ort. Von 1984 an stellten sich auch in Halle und Benneckenstein Erfolge bei der Vermehrung ein. Mehrfach konnte ich auch auf dem Brocken unterstützt vom Grenzkommando Saatgut sammeln.

Fazit: Es gab folglich auch vor 1990 ein ganzes Netzwerk zur Erhaltung der Brockenanemone. Wir haben nur in der Öffentlichkeit nicht so viel Aufsehen mit diesem Projekt gemacht. Das war auch nicht erforderlich und wäre eher kontraproduktiv gewesen.

Vom 03.12.1989 an war der Brocken wieder frei. Der Wiederaufbau des Brockengartens und die Sicherung der dort noch verbliebenen Vegetation konnten beginnen. Die Leitung des Gartens übernahm Dr. Gunter Karste, er erhielt Unterstützung von den Universitäten Halle und Göttingen. Die Vermehrung der Brockenanemone erfolgte nun wieder vor Ort und professionell in der Regie der Nationalparkverwaltung Harz. Selbsttragend ist die Population auch heute nicht, sie leidet weniger unter den touristischen Aktivitäten als vielmehr unter der „Stickstoffdüngung“ aus der Luft, die eine Vergrasung der Heiden bewirkt. Soweit zur Erhaltung der Brockenanemone vor und nach 1990.

Ein zweiter Karl Kullmann – und auch ein Vogelschützer. Ein Nachtrag zu einem Beitrag über die „Kullmannsche Vogeltränke“ in Studienarchiv Umweltgeschichte 11 (2006)

Hermann Behrens

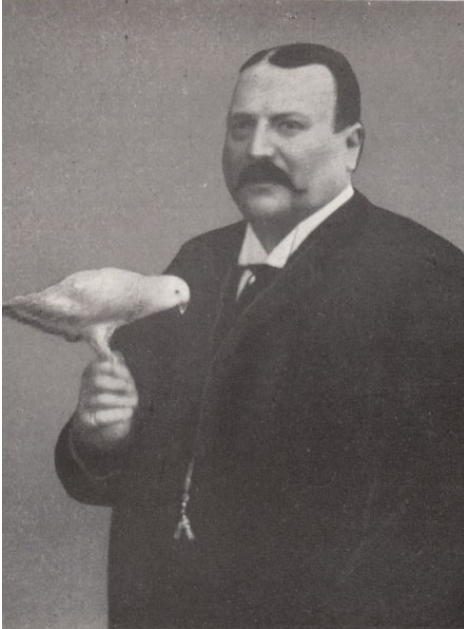
Im Sommer dieses Jahres rief Herr Detlef Kullmann aus Meerbusch am Rhein im IUGR an und fragte, ob er noch drei Exemplare des Heftes Nr. 11 der Reihe „Studienarchiv Umweltgeschichte“ haben könne.

In besagtem Heft war der Beitrag „Die Geschichte einer Vogeltränke“ (Behrens 2006: 37–45, von der Internetseite www.iugr.net > Publikationen abrufbar) abgedruckt, der im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung um den Verbleib einer Vogeltränke, die ursprünglich im Bad Freienwalder Schlosspark lag, entstanden war. Kurt Kretschmann, einer der Nestoren des praktischen Naturschutzes in der DDR, hatte die Vogeltränke nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen von Restaurierungsarbeiten im Schlosspark, die er selbst initiiert und geleitet hatte, gerettet und dann jahrzehntelang unbeanstandet in seinem Garten aufbewahrt.

Diese Vogeltränke ging in das kommunale Gedächtnis Freienwaldes als „Berlepsche“ ein. Es erwies sich jedoch durch Recherchen für den Beitrag „Die Geschichte einer Vogeltränke“, dass die „Berlepsche“ Vogeltränke in Wahrheit eine „Kullmannsche“ war. Berlepsch hatte eine Bauanleitung für eine solche Vogeltränke, wie sie in Kretschmanns Garten lag, 1929 in die 12. Auflage seines bekannten Buches „Der gesamte Vogelschutz“ aufgenommen und zur Nachahmung empfohlen. Und Berlepsch wies in seinem Buch auch auf den Urheber der Bauanleitung hin: „Als mustergültig dürfen die vom Geheimen Forstrat Kullmann, Darmstadt, Beckstraße 68 II, eingerichteten Tränken gelten, wie auch ich sie habe“ (Berlepsch 1929: 243).

Im „Studienarchiv Umweltgeschichte“ Nr. 11 wurde der Lebensweg des Geheimen Forstrates Karl Kullmann abgedruckt und auf diese knappe Biografie stieß Detlef Kullmann, der sich seit 1979 intensiv mit der Familienforschung Kullmann beschäftigt.

Auf die Frage, ob es vielleicht noch weitere Informationen zu dem Geheimen Forstrat Karl Kullmann und vielleicht sogar ein Bildnis gebe, meinte er, viel mehr, als in dem Beitrag stünde, wisse er auch nicht: „Der Geheime Forstrat Karl Kullmann gehört zur Lauterbacher-Engelroder Linie der bzw. meiner historischen Familie Kullmann. Zu ihm haben Sie bereits alle wichtigen, mir vorliegenden Daten erfasst. Von diesem Karl Kull-



Der Weinhändler und Ornithologe Karl Kullmann.
Aus Frankfurt. Foto aus: Schuster 1941, o. S.

mann kann ich leider kein Bild zur Verfügung stellen. Auf Seite 42 des Studienarchivs Umweltgeschichte Nr. 11 schreiben Sie interessanterweise Folgendes: ‚Er studierte an berühmter Stätte, denn auch Georg Ludwig Hartig, der zu seiner Zeit das damalige Wissen zu einer Forstwissenschaft geordnet hatte, war dort 1781–1783 und erzog hernach über 50 Jahre einige Generationen wissenschaftlich gebildeter Forstleute.‘ Wengleich ich nicht Nachfahre der Kullmannschen Försterfamilie bin, so bin ich dennoch Nachfahre des Johann Justus Klein, einem Förstersohn und selbst erfolgreicher Förster, dessen Vorgesetzter und späterer Amtsvorgänger Georg Ludwig Hartig, Johann Justus Klein und schließlich Herrn v. Witzleben wurde später das Forstdenkmal in Dillenburg gewidmet“ (Kullmann, Brief vom 16.8.2015).

Detlef Kullmann wies aber auch noch darauf hin, dass es Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts in Frankfurt einen zweiten Karl Kullmann gegeben habe, der sich als Vogelschützer ebenfalls einen Namen gemacht habe. Das klingt spannend und ich bat ihn, uns doch – wenn vorhanden – Informationen oder ihm vorliegende Quellen zu dieser Person zu schicken, was er denn auch wenige Wochen später tat. Zwischenzeitlich fand sich ein Eintrag zu diesem Karl Kullmann auch in Gebhardts „Die Ornithologen Mitteleuropas“, so dass sich aus diesen und weiteren Quellen ein Blick auf den Lebensweg des „zweiten“ Karl Kullmann eröffnet.

Kullmann wurde 1855 wohl in Bingen am Rhein geboren und starb am 11. Juni 1910 in Frankfurt. Er lebte in der Staufenstr. 6 im Frankfurter Westend und war von Beruf Weinhändler. Seine Weinhandlung „H. J. Kullmann begr. 1833. Hoflieferant, Weingroßhandlung und Exporteur“ führte er in der Großen Eschenheimer Straße. Karl Kullmann war jüdischen Glaubens und Mitglied der jüdischen Gemeinde in Frankfurt.

Zur Ornithologie, insbesondere zu seinem Interesse für die Stubenvogelhaltung, kam er als „Gefolgsmann und Verehrer“ (Gebhardt 2006: 204) von Karl Ruß (* 1833, † 1899). Dieser war u. a. Verfasser des seinerzeit weit bekannten „Handbuchs für Vogelliebhaber, -züchter und -händler“ (2 Bände, 1871 und 1873) und der vierbändigen Enzyklopädie der „Fremdländischen Stubenvögel“ (1879–1899). Ruß gründete 1872 die viel gelesene Zeitschrift „Gefiederte Welt“, die heute noch (im Ulmer-Verlag Stuttgart) erscheint. Die Gründung dieser Zeitschrift, die ihren Schwerpunkt in Artikeln über Vogelarten hatte,

die für die Vogelhaltung relevant sind, und besonders im ausgehenden 19. Jahrhundert eine beliebte Quelle für Techniken und Probleme der Vogelhaltung und für Berichte von Vogelausstellungen war, wurde von Gebhardt als das „dauerhafteste Denkmal“ bezeichnet, das sich der „allzeit kämpferische“ Ruß selbst gesetzt habe (Gebhardt 2006: 302).

1875 gründete Ruß zudem als einen der ersten Vogelliebhaber-Vereine den Verein „Aegintha“ in Berlin.

Zurück zum Frankfurter Weinhändler Karl Kullmann. Dieser war Anfang des 20. Jahrhunderts Mitgründer der „Vereinigung für Vogelschutz und Vogelliebhaberei“ in Frankfurt, zusammen mit dem Fabrikanten Johann Heinrich Seeger (* 1878, † 1951, vgl. Gebhardt & Sunkel 1954: 82). Der Verein legte bereits 1907 ein Vogelschutzgehölz in der „Holzhecke“ am Rand des Frankfurter Stadtwaldes an und Kullmann muss wohl der Initiator dafür gewesen sein. Schon seit Beginn der 1890er Jahre hatte er in der „Gefiederten Welt“ Beiträge aus der Praxis der Vogelhaltung veröffentlicht. Unter anderem „berichtete er über Erfahrungen mit der Gesangsleistung der Orpheusgrasmücke, die er während eines siebenjährigen Aufenthalts in Südfrankreich (in den [18]70er und [18]80er Jahren) sammeln konnte. Weiteren Kreisen machte er sich dadurch bekannt, daß er als erster 1905 einen Zusammenschluß der dt. [Vogel-] Liebhaber zustande brachte und als 1. Vorsitzender an die Spitze der Vereinigung trat. In der Umgeb[ung] seines Wohnsitzes vertiefte er seinen Einfluß auch durch sachkundige Vorträge und gewann viele Freunde unter den Vogelpflegern“ (Gebhardt 2006: 204).

So ist es kein Wunder, dass er nicht nur in Frankfurt, sondern auch überregional als Ornithologe bekannt und geachtet war. Als er 1910 auf dem Israelitischen Friedhof beerdigt wurde, legten an seinem Grab u. a. Prof. Möbius für die Deutsche Gartenbaugesellschaft und Hermann Hähnle für den Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV) einen Kranz nieder. Letzterer war bekanntlich der Sohn von Lina Hähnle, die den DBV 1899 gegründet hatte [Hermann Hähnle sollte nach dem Zweiten Weltkrieg der erste Präsident des Deutschen Bundes für Vogelschutz, des heutigen NABU, werden.].

In einem Zeitungsbericht in der Frankfurter „Kleinen Presse“ über die Beerdigung wurde Karl Kullmann so gewürdigt: „Was da fleucht und zu jetziger Jahreszeit jubiliert aus dem Geäste und Strauchwerk unserer Promenaden, Parkanlagen und Gärten, müßte in diesen Tagen eigentlich eine Trauerpause machen, denn einer der wärmsten Freunde und Beschützer dieser gefiederten Unschuldswelt ist jüngst in Karl Kullmann dahingeshieden“ (Anonymus 1910). In einem weiteren Nachruf wird er als Mensch beschrieben, „bei dem



Karl Kullmanns Vorbild Karl Ruß.

Foto aus: Schuster 1941, o. S.



Das Kullmann-Denkmal im Frankfurter Stadtpark vor seiner Schändung durch Nationalsozialisten.
Foto aus: Schuster 1941, o. S.

der Schluß von der Tierliebe auf die Herzensgüte die reichste Berechtigung hatte“ (zitiert nach Fritsch 1993 a).

Ein Jahr nach Kullmanns Tod sorgten seine Vereinsfreunde dafür, dass in der „Holzhecke“ für ihn ein Gedenkstein errichtet wurde, ein großer Quarzitblock, an dem eine Bronzeplakette mit dem Reliefbild des Verstorbenen und der Widmung „Dem verdienstvollen Förderer des Vogelschutzes Karl Kullmann von seinen Freunden und der Vereinigung für Vogelschutz und Vogelliebberei, 1911“ angebracht wurde. Die Bronzeplakette und das Reliefbild waren, so ist in einem Zeitungsartikel zu lesen, von dem Frankfurter Bildhauer Georg Bäuml (* 1871, † 1934), von 1908 bis 1910 Leiter der Bildhauerklasse an der Städelschule Frankfurt, modelliert worden.

Die Spendensammlung zur Deckung der Unkosten für

Gedenkstein und Gravur hatte damals einen Überschuss ergeben, der für die Einrichtung eines „Kullmann-Fonds“ genutzt wurde, „dessen Zinsen Vogelschutzbestrebungen dienen sollen“ (Anonymus 1911). Bei der Einweihungsfeier für den Erinnerungsstein legte auch der Deutsche Bund für Vogelschutz einen Blumenstrauß nieder. Dieser Gedenkstein fiel allerdings „schon 1933 dem ekelhaften Haß der Nationalsozialisten zum Opfer“ (Fritsch 1993 b). Bronzeplakette und Reliefbild wurden zerstört, der Stein selbst blieb erhalten und fand sich nach dem Krieg wieder.

1951 wurde in Frankfurt zwischen Mörfelder und Niederrader Landstraße Karl Kullmann zu Ehren ein „Vogelschutzlehrgebiet“ eingerichtet, das nun seinen Namen trug. Dort wurde auch der Gedenkstein wieder aufgestellt. Es war der damalige Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb, der Vogelschutzlehrgebiet und Gedenkstein am 10. Juni 1951, dem Todestag von Karl Kullmann, einweihte. Dem Vogelschutzlehrgebiet war indessen nur eine kurze Lebenszeit beschieden, denn „nur 13 Jahre später hatte sich die laute, schmutzige Großstadt auch dieser Ecke bemächtigt“ (Fritsch 1993 a). 1964 wurde

das Vogelschutzgehölz wegen Umweltschäden in die „Grastränke“ an der Babenhorster Landstraße verlegt. Zurück blieb in der „Holzhecke“ der knapp einen Meter hohe Gedenkstein stehen, dort, wo der Vogelliebhaber gewirkt hatte. Eine mit metallenen Lettern angebrachte kurze Inschrift „Karl Kullmann zum Gedenken“ erinnert bis heute an den Vogelschützer und Vogelliebhaber.

In der Broschüre „600 Jahre Frankfurter Stadtwald“ heißt es zu dem Vogelschutzlehrgebiet an der „Grastränke“: „Wenn dieses Lehrgebiet in erster Linie der Schuljugend zu Lehrzwecken dienen soll, so möge die Namensgebung sie stets mahnen, daß sie in ihrem künftigen Leben Toleranz üben“ (Ruppert 1972).

Herrn Detlef Kullmann gilt herzlicher Dank für die Bereitstellung von Informationen zur Person Karl Kullmann. – Die Geschichte der Familien Culmann / Kullmann wird im Archiv und Museum der Stadt Landau in der Pfalz (Maximilianstraße 7, 76825 Landau) unter der Archivsignatur „S 1 Familien-Culmann“ archiviert.

Quellen

- Anonymus 1911: Denkmal für Karl Kullmann. Kleine Presse Nr. 144.
- Behrens, H. 2006: Die Geschichte einer Vogeltränke. Studienarchiv Umweltgeschichte **11**: 37-45.
- Berlepsch, H. Freiherr von 1929: Der gesamte Vogelschutz. Neudamm.
- Fritsch, B. 1993 a: An den Vogelkundler Karl Kullmann erinnert nur noch ein Findling. Frankfurter Neue Presse **48** (85) vom 13.4.1993.
- Fritsch, B. 1993 b: Erinnerung an den „wärmsten Freund der Vögel“. Frankfurter Neue Presse **48** (90) vom 19.4.1993.
- Gebhardt, L. 2006: Die Ornithologen Mitteleuropas. [Zusammenfassung der Bände 1-4]. Wiebelsheim.
- Gebhardt, L. & Sunkel, W. 1954: Die Vögel Hessens. Frankfurt/M.
- Kullmann, D. 2015: Brief vom 16. August 2015.
- Anonymus (Pl.) 1910: Beerdigung [Karl Kullmanns]. Kleine Presse Nr. 135.
- Ruppert, K. 1972: 600 Jahre Frankfurter Stadtwald. Hg.: Forstamt der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt.
- Schuster, W. 1941: Vogelfauna von Großhessen und Nassau. Herausgegeben von der Vogelforscherwarte Mainzer Becken in Gonsenheim bei Mainz. Gonsenheim.



Umwelt hat Geschichte!

Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte

Hans-Werner Frohn

2014 und 2015 konnte die Stiftung Naturschutzgeschichte ein Projekt zur Geschichte der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) abschließen und in dem Projekt zur Akzeptanzsteigerung in Verfahren zur Ausweisung von Nationalparks wesentliche Ergebnisse vorstellen.

Nachhaltigkeit und politische Umweltkommunikation: Die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaft (IPA)

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) förderte 2011 bis 2014 ein Projekt zur Erschließung der sehr umfangreichen Akten der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA). Die 1953 gegründete IPA, die zunächst noch den Appendix „für nachhaltiges Wirtschaften“ trug, bestimmte ganz nachhaltig in den 1950er- und 1960er-Jahren die Anfänge der bundesdeutschen Umwelt- und Naturschutzpolitik. In ihr schlossen sich parteienübergreifend Abgeordnete des Bundestages und der Länderparlamente zusammen, um im Konsens wichtige Themen der politischen Agenda voranzubringen.



Abb. 1: Umschlagseite der Veröffentlichung zum IPA-Projekt (Autor: Jürgen Rosebrock).

Die archivfachliche Erschließung der umfangreichen Überlieferung der IPA ermöglicht nunmehr den ungehinderten und systematischen Zugang zu einem Quellenfundus, der für die Erforschung der bundesdeutschen Umwelt- und Politikgeschichte von unschätzbare Bedeutung ist. Damit sind die Voraussetzungen für wissenschaftliche Untersuchungen und in der Folge für eine Verwertung der Ergebnisse in der Umweltbildungsarbeit geschaffen. Das im Rahmen des Projektes erstellte Findbuch bietet dank einer detaillierten inhaltlichen und personenbezogenen Verschlagwortung einen leichten Zugang zu ca. 1.200 Einzelakten.

Im Rahmen eines Symposiums, an dem 2012 sowohl bedeutende Zeitzeugen der bundesdeutschen Umweltpolitik als auch aktive Umweltpolitikerinnen und -politiker teilnahmen, wurde eine intensive Debatte darüber geführt, welchen Möglichkeiten und Grenzen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei

der Gestaltung der Umweltpolitik gegenübersehen und -sehen.

Um die Rolle und Bedeutung der IPA auch einem breiteren Publikum vorzustellen, wurde in die Dauerausstellung im Deutschen Museum für Naturschutzgeschichte in Königswinter eine Medienstation integriert, die den Besucherinnen und Besuchern in anschaulicher Form die umweltpolitischen Aktivitäten der IPA in den 1950er- und 1960er-Jahren erläutert.

Für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II entstand eine Arbeitsmappe mit Unterrichtsmaterialien, die anhand von Informationstexten, Originalquellen und Leitfragen ein Kapitel der bundesdeutschen Umweltpolitik nachvollziehbar machen. Die Unterrichtsmaterialien und die Medien-Ausstellungseinheit wurden zwischenzeitlich mit dem *Freya-Stephan-Kühn-Preis* des nordrhein-westfälischen Geschichtslehrerverbandes ausgezeichnet.

Schließlich erschien eine Projektdokumentation in Kooperation mit dem Oekom-Verlag (München) in der Schriftenreihe DBU-Umweltkommunikation (Band 3). Darin wird die Bedeutung des Konsensprinzips für die Arbeit innerhalb der IPA herausgearbeitet und anhand der Themenfelder Wasserhaushalt und Reinhaltung des Wassers, der Luftreinhaltungspolitik und schließlich der – vergeblichen – Bemühungen bereits zum Ende der 1950er Jahre ein Raumordnungsgesetz auf den Weg zu bringen, aufgezeigt, welches Potenzial die IPA-Überlieferung sowohl für die Forschung als auch für die Umweltbildung in sich birgt. Schließlich enthält der Band noch eine Dokumentation über das Zeitzeugensymposium vom September 2012.

45 Jahre Nationalparke in Deutschland – 25 Jahre Nationalparkprogramm der DDR

Am 12. September 2015 jährte sich zum 25. Male der Tag, an dem die letzte, frei gewählte Regierung der DDR das Nationalparkprogramm verabschiedete. Klaus Töpfer bezeichnete die damals ausgewiesenen 14 Großschutzgebiete als das „Tafelsilber der deutschen Einheit“, das die DDR am 3. Oktober 1990 in die deutsche Wiedervereinigung einbrachte.

Neben diesem „Silberjubiläum“ blicken wir in diesem Jahr auch auf 45 Jahre Nationalparks in Deutschland zurück. Seit der Errichtung des Nationalparks Bayerischer Wald im Jahr 1970 ist die Zahl dieser Form der Großschutzgebiete mittlerweile auf insgesamt 16 angestiegen. Schon allein die schiere Zahl beeindruckt.

Beide Jubiläen gaben den Anlass, ausgewählte Verfahren zur Ausweisung von Nationalparks im Rahmen eines vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geförderten Forschungsvorhabens einer Analyse zu unterziehen.

Die Analyse zielte besonders darauf, wie die regionale, wirtschaftlich nicht betroffene Bevölkerung in unmittelbarer Nähe der Nationalparksuchkulissen auf die Ausweisungsbemühungen reagierte und auf welche Weise die Ausweisungsbehörden wiederum deren Kritik begegneten. Untersucht wurden die Ausweisungsverfahren der Nationalparks Schleswig-Holsteinisches und Niedersächsisches Wattenmeer (1972-1985 bzw. 1982-1986), Harz (Niedersachsen, 1990-1994) sowie Eifel (2002-2004). Bewusst wurde zudem mit dem Siebengebirge (2007-2009) auch noch ein gescheiterter Versuch einbezogen.

Die Ergebnisse wurden am 11. September 2015 in der katholischen Akademie in Berlin im Rahmen des Workshops „Schwieriger Start – guter Lauf?“ vorgestellt.

Anna-Katharina Wöbse vollzog in ihrem Vortrag „Nachzügler: deutsche Nationalparks im internationalen Kontext“ den langen Weg nach, den das Großschutzgebietskonzept brauchte, um erstmals mit dem Nationalpark Bayerischer Wald 1970 in der alten Bundesrepublik Realität zu werden.

Dabei war das Konzept nach Einrichtung des Yellowstone Nationalparks 1872 in den USA auch in Deutschland bald breiter rezipiert worden, stieß hier allerdings bei den staatlichen Stellen auf Ablehnung. Die Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen orientierte sich an der real-politischen Situation: Ihr schien das Nationalparkprojekt für deutsche Verhältnisse überdimensioniert und nicht mit deutschen Besitz- und Politikverhältnissen kompatibel. Das NS-Regime nahm eine konzeptionelle Kehrtwende vor. Mit der aggressiven Expansion projektierte es mehrere Nationalparks sowohl in Deutschland als auch in den nach 1938 annektierten Gebieten. Diese Großvorhaben verschwanden allerdings bald wieder in den Schubladen.

In der Nachkriegszeit blieben Nationalparkvisionen in beiden deutschen Staaten tabu. Erst mit der einsetzenden ökologischen Modernisierung in der Bundesrepublik, als ein Nationalpark durchaus als Infrastrukturmaßnahme kommuniziert werden konnte, fasste das Konzept auch als raumplanerisches Mittel 1970 im Bayerischen Wald Fuß.

Hans-Werner Frohn und *Hans-Peter Ziemek* berichteten in dem dialogischen Vortrag „Hindernisläufe im Watt“ über die drei Initiativen zu den schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Wattenmeer-Nationalparks. In Schleswig-Holstein war ein erster, stark aus dem ehrenamtlichen Naturschutz kommender Anstoß zu einer Nationalparkausweisung im nordfriesischen Nationalpark, der ab 1969 betrieben wurde, 1976 nach heftigem Widerstand der örtlichen Bevölkerung gescheitert. 1982 erklärten die beiden CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (Niedersachsen) und Uwe Barschel (Schleswig-Holstein) jeweils in Regierungserklärungen, in den jeweiligen Wattenmeergebieten Nationalparks ausweisen zu wollen. In den jeweiligen Startphasen gingen die Planungen noch von kleineren Nationalparks aus. Schleswig-Holstein knüpfte an die Konzepte der 1970er-Jahre an und erweiterte die Gebietskulisse nach den Landtagswahlen 1983, die die dortige CDU-Regierung mit absoluter Mehrheit bestätigten, um den Dithmarscher Teil des Wattenmeers. In Niedersachsen wollte der zuständige Landwirtschaftsminister zunächst nur einen Nationalpark Elbe-Jade einrichten. Ministerpräsident Albrecht wies diese Vorstellungen seines zuständigen Ministers im Kabinett zurück und schwenkte auf die Linie der Naturschutzverbände ein, die vor allem der WWF vorgetragen hatte, indem fortan einen Nationalpark von der Elbe bis an die Grenze des Dollarts ausgewiesen werden sollte.

In beiden Nationalparkregionen entbrannte sofort ein heftiger Protest sowohl aus den jeweiligen Bevölkerungen als auch aus den Gebietskörperschaften. Die Parlamente der Landkreise Nordfriesland und Dithmarschen trafen sich auf Initiative des Landkreises Cuxhaven sogar zu einer länderübergreifenden Protestversammlung in Heide. Zustimmung erkaufte sich sowohl Albrecht als auch Barschel letztlich mit einem weitest gehenden Bestandsschutz über bestehende Nutzungen. Beide Ministerpräsidenten erklärten die jeweiligen Nationalparkplanungen zur Chefsache. Niedersachsen administrierte die Nationalparkausweisung klassisch hoheitlich – unter Verzicht auf informelle partizipative Verfahren und sogar unter Verzicht auf eine systematische Informationsarbeit. In

Schleswig-Holstein hingegen betrieb die oberste Naturschutzbehörde eine intensive Vor-Ort-Aufklärung. Die Folge der unterschiedlichen Ansätze war aber gleich: Die betroffene Bevölkerung am Rande bzw. im Falle Niedersachsens auch im Nationalpark (Ostfriesische Inseln) lehnte das Großschutzprojekt zu großen Teilen ab. Den politischen Wettlauf um die Ausweisung zwischen den beiden CDU-Ministerpräsidenten gewann Barschel. Der Nationalpark im schleswig-holsteinischen Wattenmeer trat zum 1.10.1985, der im niedersächsischen Wattenmeer zum 1.1.1986 in Kraft.

Max Peters unterzog unter dem Titel „Aus zwei mach eins“ das Ausweisungsverfahren im niedersächsischen Harz einer Analyse. Den Auslöser für das Ausweisungsverfahren im niedersächsischen Harz waren eindeutig die Bemühungen zur Ausweisung eines Nationalparks im Ostteil, die seit November 1989 von einer Gruppe um Uwe Wegener betrieben wurden. Die noch amtierende CDU-Landesregierung fand sich schnell in der Rolle eines Getriebenen wieder. Die turnusmäßigen Landtagswahlen führten im Mai zu einem Regierungswechsel. SPD und GRÜNE bildeten unter Gerhard Schröder eine neue Regierungskoalition und nahmen in den Koalitionsvertrag auf, dass ein Nationalpark im Harz eingerichtet werden sollte. Die – damals noch parteilose – Umweltministerin Monika Griefahn leitete gegenüber dem Ausweisungsverfahren der Vorgängerregierung im Wattenmeer einen Paradigmenwechsel in der Öffentlichkeitsarbeit und der Bürgerbeteiligung ein. In Anlehnung an den Zentralen Runden Tisch der DDR richtete die neue Umweltministerin auch im Harz einen Runden Tisch ein. Darüber hinaus fanden viele Ortstermine statt und in der Region arbeitete eine Informationsstelle. Die zur Definition der Nationalparkkulisse nötigen Gutachten verzögerten sich jedoch, so dass auf vielen Veranstaltungen nur wenig neue Informationen präsentiert werden konnten. Dadurch war es der Bevölkerung nicht möglich, ihre direkte unmittelbare Betroffenheit zu überprüfen, und es entstand Ungeduld und Misstrauen.

Hinzu kam, dass einige Ökologie-Experten die generelle Eignung des Harzes als Nationalpark in Frage stellten. Gegen Ende des Verfahrens schlossen sich regionale Oppositionspolitiker, Wirtschaftsvertreter, Förster und der Vorstand des Heimat- und Wandervereins Harzklub zu einem Gegnerverein zusammen. Das Verfahren konnte dennoch erfolgreich zu Ende gebracht und der Nationalpark zum 1. Januar 1994 ausgewiesen werden. In der Schlussphase übernahm dabei Ministerpräsident Schröder eine wichtige Rolle, indem er selbst bei diversen Veranstaltungen im Harz um Akzeptanz warb.

Nach einem Prozess der Selbstfindung der zwei Nationalparks im Harz konnten diese dann im Zeitraum von 2004 bis 2006 erfolgreich zusammengeführt werden.

Alexandra Mende unterzog unter dem Titel „Gelingen und Scheitern in NRW“ die Ausweisungsbemühungen in der Eifel und im Siebengebirge einem Vergleich. Beim Nationalpark Eifel handelte es sich im Kern um ein Konversionsprojekt. Anders als bei den meisten Nationalparkausweisungsverfahren stellte sich deshalb auch nicht in Teilen der betroffenen Bevölkerung ein Gefühl der Ausgrenzung ein. Ganz im Gegenteil war die wiedergewonnene Zugänglichkeit jahrzehntelang versperrter Flächen ein ganz entscheidender Grund für eine hohe Akzeptanz. Der regionalen Bevölkerung gegenüber konnte argumentiert werden, dass die Einrichtung eines Nationalparks auf den freigewordenen Flächen die beste Nutzungsoption für Land, Menschen und Natur darstelle. So wurde der



Abb. 1: Ein Blick in die Wanderausstellung. Foto: @ Papenfuss | Atelier für Gestaltung (Weimar)

zukünftige Nationalpark primär als ein Regionalentwicklungsprojekt zur Tourismusförderung kommuniziert.

Das, was in der wirtschaftsschwachen Eifel als beförderndes Argument eingesetzt werden konnte, zeitigte ab 2005 im Siebengebirge negative Wirkungen. Die Symbollandschaft der Rheinromantik war seit jeher einem hohen touristischen Besucher- und Nutzungsdruck ausgesetzt. Deshalb sorgten sich viele der Anwohner, dass ein Nationalpark, der auch als touristische Destination beworben werden würde, diesen Nutzungsdruck noch erhöhen würde. Als akzeptanzhinderlich erwies sich zudem, dass innerhalb der Naturschutzfachwelt die Nationalparkwürdigkeit bezweifelt wurde.

Zwei Bürgerinitiativen – Siebengebirge Bad Honnef und Freies Siebengebirge (Königswinter) – griffen in ihrer Agitation gegen den potenziellen Nationalpark sowohl die touristischen Sorgen und Befürchtungen, die innerhalb der ansässigen Bevölkerung verbreitet waren, als auch die fachliche Kontroverse auf. Der Nationalpark erschien in ihrer Argumentation als eine hoheitlich verordnete Eindämmung der individuellen Freiheiten. Neben sicherlich vorhandenen Partikular- bzw. unmittelbaren Eigeninteressen zeigte sich im Siebengebirge aber auch erstmals, das, was der Politologe Franz Walter als die „neue Macht der Bürger“ bezeichnet, d. h. eine neue Protestkultur, wie sie seither vermehrt bei großen staatlichen Infrastrukturprojekten beobachtet werden konnte (u.a. Stuttgart 21 oder bei Planungen zu Stromtrassen).



Abb. 2: Helmuth Henneberg (rbb) im Gespräch mit Uwe Wegener, Arnulf Müller-Helmbrecht, Wolfgang Böhnert, Ulrich Meßner und Michael Succow (von links). Foto: Jens Hoffmann.

Arbeitsgruppen diskutierten nach den Vorträgen aus den Untersuchungen generierte Empfehlungen zur Akzeptanzsteigerung in Ausweisungsprozessen. Diese rankten sich insbesondere um Kommunikations- und Habitusprobleme, aber auch darum, dass in den Verfahren zu wenig auf die lokalen bzw. regionalen soziokulturellen Strukturen Rücksicht genommen wurden.

Den Abschluss der Tagung bildete eine von Hellmuth Henneberg (rbb) moderierte Zeitzeugenrunde zum Nationalparkprogramm der DDR. Eine eigens zum 25-jährigen Jubiläum der Verabschiedung des Nationalparkprogramms der DDR erstellte Wanderausstellung wurde am Rande der Tagung präsentiert. Da sie einen Überblick über die durchaus als dramatisch zu bezeichnenden Ausweisungsverfahren bot, konzentrierte sich der Moderator im Gespräch mit Dr. Wolfgang Böhnert, Prof. Dr. Matthias Freude, Dr. Lebrecht Jeschke, Prof. Dr. Hans Dieter Knapp, Ulrich Meßner, Arnulf Müller-Helmbrecht, Prof. Dr. Michael Succow und Dr. Uwe Wegener auf Ereignisse und Begebenheiten (siehe *Abbildungen 1 und 2*), die diesen Akteuren im Nachhinein persönlich als besonders wichtig erschienen. In der Summe ergab sich dadurch ein spannender Überblick über den Weg, den das Nationalparkprogramm von den ersten konzeptionellen



Abb. 3: Zwei Beteiligte am Nationalparkprogramm: Lebrecht Jeschke und Hans Dieter Knapp (von links). Foto: Jens Hoffmann.

Überlegungen 1976 in Wesenberg bis zur Verabschiedung am 12. September 1990 nahm.

Bedeutende Zugänge in das Archiv

Das Archiv der Stiftung Naturschutzgeschichte konnte 2014/2015 zwei ganz bedeutende Zugänge verzeichnen. Nach langjährigen Verhandlungen fand der bisher in Privatbesitz befindliche Nachlass von Ernst Rudorff (1840-1916), einer ganz maßgeblichen Gründer des Natur- und Heimatschutzes, seinen Weg nach Königswinter. Zudem übergaben die Erben von Eleonore Waldhör (1905-1999), eine Enkelin Lina Hähnles und eine der ersten Naturfilmerinnen in Deutschland, deren filmischen Nachlass. Der Nachlass enthielt aber auch umfangreiches schriftliches Material, mit dem bisher bestehende Lücken in der Überlieferung des Bundes für Vogelschutzes zur Zeit des „Dritten Reiches“ nun zum Teil geschlossen werden können.

Aus dem Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung

Neues Erschließungsprojekt hat begonnen!

Beauftragte für die neuen Bundesländer fördert IUGR e.V.



„Er ist wieder da!“ – Archivar Andreas Grape.
Foto: Behrens.

Ende Juli 2015 erhielt das Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (IUGR) an der Hochschule Neubrandenburg den Förderbescheid für das Projekt „Erschließung von Quellen zur ostdeutschen Umwelt- und Naturschutzgeschichte“. Aus dem Haushalt der Bundesbeauftragten für die neuen Bundesländer, Frau Staatssekretärin Iris Gleicke, wird ab 1. August 2015 bis zum 31.12.2017 als ein Schwerpunktvorhaben der Beauftragten die Erschließung der umfangreichen Archivalien gefördert, die das IUGR in den vergangenen Jahren von zahlreichen Personen und Einrichtungen erhalten hat, die seit vielen Jahren im ostdeutschen Umwelt- und Naturschutz aktiv waren oder es noch sind.

Der Kontakt zur Bundesbeauftragten konnte anlässlich des Besuches von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel an der Hochschule im August vergangenen Jahres geknüpft werden. In diesem Zusammenhang konnte das IUGR e.V. zusammen mit dem

Rektorat der Hochschule die bundesweite Bedeutung seiner Sammlung „Studienarchiv Umweltgeschichte“ verdeutlichen, in der mittlerweile Zeugnisse von über 550 Personen und Einrichtungen bewahrt werden.

Mithilfe der Förderung kann das Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg seine erfolgreiche Sammlungsarbeit weiter qualifizieren und seine bislang noch unerschlossenen Zeugnisse zur Umwelt- und Naturschutzgeschichte Ostdeutschlands für die Forschung und Lehre nutzbar machen.

Es ist für das IUGR e. V. eine besondere Freude, dass in diesem Zusammenhang „unser“ bewährter Archivar Andreas Grape zurückkehrt ist. Er war bereits in den Jahren 2006 bis 2010 mit der Erschließung von Quellen im Studienarchiv Umweltgeschichte befasst – das Ergebnis dieser Arbeit ist digital auf der Internetseite des IUGR www.iugr.net unter „Recherche Archivalien“ zu sehen.

Nun ist er mit der Erschließung der ca. 90 laufenden Regalmeter Archivalien beschäftigt, die sich seit 2010 angesammelt haben.

Monografien-Katalog endlich wieder online verfügbar

Nach längerer Zeit ist es dem IUGR e. V. gelungen, den Katalog der Bibliothek (Monografien) wieder für die Online-Recherche verfügbar zu machen. Siehe unter www.iugr.net „Recherche und Nutzung“. Zudem ist auch der Zeitschriftenkatalog auf den neuesten Stand Juli 2015 gebracht worden. Herzlicher Dank gilt in diesem Zusammenhang dem langjährigen IUGR-Mitglied Johann Kaether, der dafür etliche Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit aufgewendet hat!!

Achtes wissenschaftliches Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft des IUGR e.V.

Peter Lösel

Der Arbeitskreis Wasserwirtschaft des IUGR e.V. führte zum Thema „Die Anpassung an den Klimawandel und Anforderungen an die Wasserwirtschaft“ vom 14. April bis 17. April 2015 ein Seminar in der Heimvolkshochschule am Seddiner See durch. Inhaltlicher Schwerpunkt des Seminars war die Fragestellung, welche Folgen und Anforderungen sich für die Wasserwirtschaft aus der Anpassung an den Klimawandel ergeben.

Am ersten Tag wurde das Großklärwerk Wassmannsdorf der Berliner Wasserbetriebe besucht, wo Christian Thomasius einen Überblick über die Aufgaben der Berliner Wasserbetriebe gab. Dabei ging er auf folgende Schwerpunkte näher ein: Nachhaltigkeitsaspekte, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen, der Wasserkreislauf in Berlin (Rohwasserherkunft, Eintragsquellen der Spurenstoffe, Maßgeblichkeit von Stoffkonzentrationen in der Wasserwirtschaft, Aufbau der Versuchsanlage in Tegel, regionale Klimaprognosen, Spurenstoffe und Krankheitserreger im urbanen Wasserkreislauf, Klimaänderung und Anpassungserfordernisse).



Die Teilnehmer des 8. Seminars auf dem Gelände der HVHS Seddiner See. Foto: Helmut Pape

Des Weiteren wurden im Verlauf des Seminars folgende Vorträge gehalten und diskutiert:

- Werner Nedon: Hochwasservorhersage in Sachsen-Anhalt. Eine kritische Betrachtung auf Grund eigener Untersuchungen.
- Ralf Rauch: Die Thüringer Fernwasserversorgung.
- Eckhard Bomball: Die Entwicklung von einer Bereichsdirektion des VEB WAB Rostock zu einem energieautarken Zweckverband.
- Michael Humbsch: Die Komplexsanierung der Talsperre Klingenberg. Eine Voraussetzung zur Sicherung der Wasserversorgung von Dresden.
- Wolfram Boden: Aktive Auslandshilfe eines Wasserwirtschaftlers im Unruhestand am Beispiel der Tätigkeit in Kasachstan, Myanmar (Burma) und Serbien.

Im Schlusswort ging Seminarleiter Peter Lösel auf die Anpassung an den Klimawandel dargestellt in der Anpassungsstrategie der Bundesrepublik Deutschland ein. Anpassung an den Klimawandel ist langfristig am erfolgreichsten, wenn die Veränderung von Ökosystemen und sozio-ökonomische Entwicklungen wie Urbanisierung oder Demografie berücksichtigt werden. Soziale Benachteiligung – z. B. aufgrund von Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit – und vor allem zunehmende Armut erhöhen die Verwundbarkeit durch den Klimawandel.

Anpassung ist zunehmend in verschiedene Politikfelder und in das Risikomanagement von Unternehmen integriert. Momentan sind jedoch die Kenntnisse über Erfolgsbedingungen und Hemmnisse von Anpassungsmaßnahmen noch unzureichend. Daher sind zunächst solche Maßnahmen zu bevorzugen, die unabhängig vom Ausmaß des Klimawandels auch die Umwelt- und Lebensqualität erhöhen. Hierfür ist eine langfristige Planung nötig, die auch mögliche negative Nebeneffekte berücksichtigt. Nationale Regierungen können die regionale und lokale Anpassung unterstützen, indem sie die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen schaffen, besonders verwundbare Ökosysteme und Gruppen schützen, sowie Informationen und finanzielle Unterstützung bereitstellen.

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zu seiner Minderung können Risiken effektiv reduzieren. Denn je stärker der Klimawandel voranschreitet, desto mehr nehmen weltweit die Risiken zu und desto eher werden die Grenzen der Anpassung erreicht. Je früher und ambitionierter Minderung und Anpassung erfolgen, desto besser lassen sich die notwendigen Maßnahmen miteinander verbinden. Je später gehandelt wird (Minderung und Anpassung), desto mehr werden die Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung eingeschränkt. Um eine nachhaltige und klimaschonende Entwicklung zu erreichen, können grundlegende wirtschaftliche, gesellschaftliche, technologische und politische Transformation notwendig werden.

Das 19. Treffen des Freundeskreises Wasserwirtschaft in Tönning/Schleswig-Holstein vom 19. bis 21. September 2014

Diesmal sollte das Treffen der Wasserwirtschaftler wieder hoch im Norden stattfinden. Bernd Rosenlöcher, der auch die Organisation übernommen hatte, konnte insgesamt 36 Teilnehmer begrüßen. Hauptinhalte des Treffens waren Maßnahmen zum Schutz des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeeres, der Hochwasser- und Küstenschutz sowie die Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein. Erste Station war das Multimar Wattforum in Tönning, das Informationszentrum für den Nationalpark Wattenmeer in Schleswig-Holstein. Von dort ging es weiter zum Eidersperwerk im Mündungstrichter der Eider. Es ist das größte deutsche Küstenschutzbauwerk, riegelt seit über 40 Jahren den Mündungstrichter der Eider ab, schützt die Eiderniederung vor den Auswirkungen von Sturmfluten und sichert die Vorflut und die Schifffahrt auf der Eider. Herr Andresen vom Wasser- und Schifffahrtsamt Tönning begleitete unsere Besichtigung. So erhielten wir interessante Informationen über den Bau und den Betrieb der Anlage, die zu erfüllenden Anforderungen und die zu überwindenden Schwierigkeiten.

Für den nächsten Tag war wiederum ein anspruchsvolles Programm geplant. Mit dem Bus ging es zum Holmer Siel am Beltringharder Koog auf der Insel Nordstrand. Dort erwartete uns Herr Krön vom Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz. Er machte uns mit den Anforderungen an die Anlage und ihrem Betrieb vertraut. Mit der Entstehung des Beltringharder Koogs erfolgte

eine der größten und umstrittensten Deichbaumaßnahmen in Deutschland. Den Belangen des Küstenschutzes standen hier die des Naturschutzes gegenüber. Die Küstenschützer erhofften sich durch diese großflächige Abdeichung mehr Sicherheit für die Anwohner durch die Verkürzung der Deichlinie, eine einfachere Entwässerung des Hinterlandes und eine Verringerung der flächenhaften Watterosion im Bereich des Norderheverstromes. Aus Sicht des Naturschutzes fand damit die Zerstörung eines ökologisch sehr wertvollen Teils des Wattenmeeres statt, denn die Nordstrander Bucht erfasste alle wichtigen Lebensräume des Wattenmeeres: Wattströme, Sand- und Mischwatten, vor allem aber nahrungsreiche Schlickwatten und ausgedehnte Salzwiesen. Letztlich stimmten alle Beteiligten darin überein, dass der Naturschutz in diesem Gebiet absoluten Vorrang haben sollte. Es entstand ein Salzwasserbiotop mit einer Salzwasserlagune, mit Feuchtgrünland und Flächen, die der natürlichen Entwicklung überlassen sind.

Nach einem Mittagessen in Husum und einer Grachtenfahrt in der Holländerstadt Friedrichstadt erwartete uns der Vortrag „Küstenschutz an der Nordsee, Weltkultur-

Start | Zeitzeugen | Unterrichtshilfe | Kontakt | Impressum

Naturschutzgeschichte Ostdeutschlands

in vier Phasen: Phase 1945 bis 1954 | Phase 1954 bis 1970 | Phase 1970 bis 1982 | Phase 1982 bis 1990

Ostdeutsche Naturschutzgeschichte(n)

Wir laden Sie ein zu einer Reise durch die Geschichte des ostdeutschen Naturschutzes. **Zeitzeugen und Zeitzeuginnen** geben Auskunft darüber, wie sie die Entwicklung des Naturschutzes in der DDR erlebt haben, blicken zurück auf Ereignisse und Entwicklungen, berichten über Erlebnisse und Erfahrungen. Es entsteht ein vielgestaltiges Bild dazu, was Naturschutz in der DDR war, was er leisten konnte und wie er in die Vergangenheit und Zukunft des Naturschutzes einzuordnen ist.

Zur Orientierung finden Sie eine Einteilung **in vier Phasen**, innerhalb derer wichtige Ereignisse und Entwicklungen beschrieben und aus der Sicht von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen kommentiert werden. Zeitleisten zur jeweiligen Phase sowie Hinweise zu weiterführender Literatur ermöglichen einen vertieften Einstieg in die Geschichte des ostdeutschen Naturschutzes.



Deutscher Bund der Umwelt und Naturschutz



Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg



Hochschule Neubrandenburg University of Applied Sciences

www.naturschutzgeschichte-ost.de

erbe Wattenmeer“ von Dr. J. Oelerich, Direktor des Landesbetriebes für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz des Landes Schleswig-Holstein. Die Ausführungen zu den Aufgaben und zur Tätigkeit des Betriebes bestätigten die außerordentlich positiven Eindrücke, welche wir in den zwei Tagen gewonnen hatten. Dem Vortrag folgten eine angeregte Diskussion sowie ein gemütliches Beisammensein.



Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am 19. Treffen, hier am Eider-Sperrwerk, September 2014.

Fachexkursion des Arbeitskreises Melioration/Landeskultur

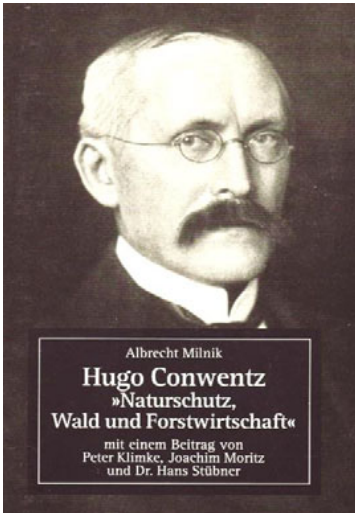
Die diesjährige Fachexkursion des Arbeitskreises führte vom 2. bis 4. Juni 2015 in das Ruppiner Land. Auf dem Programm standen die Besichtigung der Beregnungsanlage und Beregnungsflächen (210 ha) eines 700 ha großen landwirtschaftlichen Familienbetriebes in Wulkow, eine geführte Wanderung durch das Stadtzentrum von Neuruppin, ein Besuch beim Rhinmilchverbund in Fehrbellin mit Besichtigung eines Milchviehbetriebes mit angeschlossener Biogasanlage, ein Termin mit dem Fachgruppenleiter Planung/Entwicklung der Gemeindeverwaltung Fehrbellin, wo den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Dorfentwicklungsplanung der Gemeinde vorgestellt wurde sowie ein Besuch im familiengeführten Öko-Gut Hesterberg. Anlässlich einer Abendveranstaltung trugen der Geschäftsführer des Wasser- und Bodenverbandes Rhin/Havelluch, Helmut-Rene Philipp, zum Thema „Melioration und Wasserwirtschaft im Rhinluch“ und der Leiter der Naturschutzstation Rhinluch, Dr. Norbert Schneeweiß, zum Thema „Naturschutz im Rhinluch“ vor.

Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte

Jens Hoffmann

(Stand 31. Oktober 2015)

Seit Erscheinen des letzten Heftes haben erneut zahlreiche Zugänge von Archiv- und Bibliotheksgut zum Wachsen der Sammlung des IUGR e.V. beigetragen.



Insgesamt 58 Personen und Institutionen haben Materialien an das IUGR e.V. gesandt. Der Kreis der Personen und Institutionen, deren Materialien im Studienarchiv vereint sind, ist seit dessen Bestehen auf die stattliche Zahl von 554 angewachsen.

Ausdrücklich gedankt sei an dieser Stelle auch allen Einrichtungen, Organisationen und Personen, die unser Studienarchiv auf dem Wege des Schriftentauschs mit den neuesten Ausgaben der jeweiligen Zeitschriften und Schriftenreihen versorgen. Die Bibliothek im Studienarchiv entwickelt sich mittlerweile zu der Fachbibliothek zum Thema Umweltgeschichte Ostdeutschlands.

AG Natur und Heimat Brandenburg/Havel
Jahresplan 2015

Uwe Albrecht, Elsterwerda

Einzelhefte der Schriftenreihe Naturschutz in der DDR, Nr. 1 der Mitteilungen aus dem Zoologischen Garten Dresden, Literaturkatalog 1986

Arbeitskreis Heimische Orchideen Thüringen e.V.

AHO: Thüringens Orchideen (2014)

Prof. Dr. Hermann Behrens, Peckatel

Rudorff: Heimatschutz (1904), Hennicke: Vogel-schutzbuch (1911), Nägler-Karlshorst, Bergt-Roßlau: Land Anhalt (o.J.), Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen: Märkisches Heimatbuch (1924), Solger et al: Das v. Keudell'sche Naturschutzgebiet Bellinchen a. d. Oder (1927), Städtisches Museum zu Halberstadt: Die Naturdenkmäler des Harzgaus (1931), Schoenichen: Die in Deutschland geschützten Pflanzen (1936), Bogen: Naturschutz in der Provinz Sachsen (1939), von Knorre: Ornithologische Veröffentlichungen aus

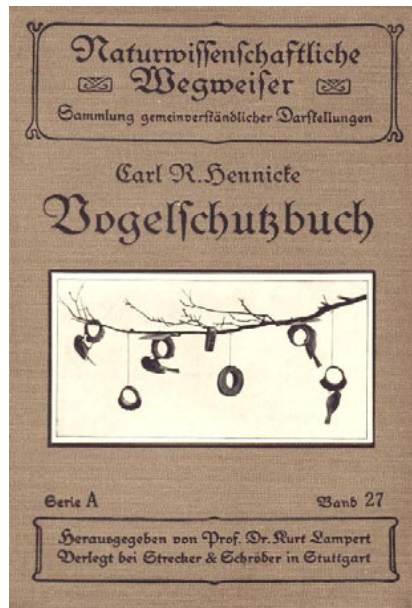


Thüringen (1984), Blab, Nowak: Symposium Zehn Jahre Rote Liste gefährdeter Tierarten in der Bundesrepublik Deutschland (1989), Jungbluth: Naturschutz in Thüringen (1991), Semmler: Ornithologische Veröffentlichungen aus Thüringen (1992), Landeszentrale für politische Bildung M-V: Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern. Band 1 und 2 (1995), Schütz die Natur – pflegt die Landschaft (1956), Post, Wahl: Thüringen-Handbuch (1999), Kössler, Höxtermann: Zur Geschichte der Botanik in Berlin und Potsdam (1999), Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e.V.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung (1999), Gautschi: Der Reichsforstmeister. Fakten und Legenden um Hermann Göring (2000), Kaul: Persönlichkeiten der Naturforschung und des Naturschutzes in Thüringen (2001), Milnik: Hugo Conwentz. Klassiker des Naturschutzes. Sein Waldweg zum Naturschutz (2004), Schlüter: Rückblicke auf ein bewegtes Botanikerleben (2005), Klemm: 1859 bis 2009 – 150 Jahre Botanischer Verein von Berlin und Brandenburg (2009), Racek: Spielarten der Wahrheit – Hubert Weber (2012), Wenzel et al.: Die Naturschutzgebiete Thüringens (2012), Succow, Jeschke, Knapp: Naturschutz in Deutschland (2012), Zeitschrift Thüringer Heimat 1956-1960, Huff (2015): Natur und Industrie im Sozialismus

Ronald Bellstedt, Gotha

Gothaer Museumsheft (1966, 1967, 1973, 1976, 1984, 1986, 1987), Mitteilungen des Thüringer Entomologenverbandes e.V. (Band 11 bis 22), Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen: Hainichland, Mykologisches Mitteilungsblatt, Gothaer Museumsheft, Beiträge zur Kyffhäuserlandschaft, Entomologische Nachrichten und Berichte, Hörselberg-Bote, Hainichzeitung

Literatur, u.a.: Zimmermann: Thüringer Wald. Kleiner Naturführer (1988), Museum der Natur Gotha: Führer durch das Haus (1990), Klug: Kleinode der heimischen Flora (o.J.), NABU: Zur Natur und Geschichte der Fah-



Das v. Reudell'sche Naturschutzgebiet

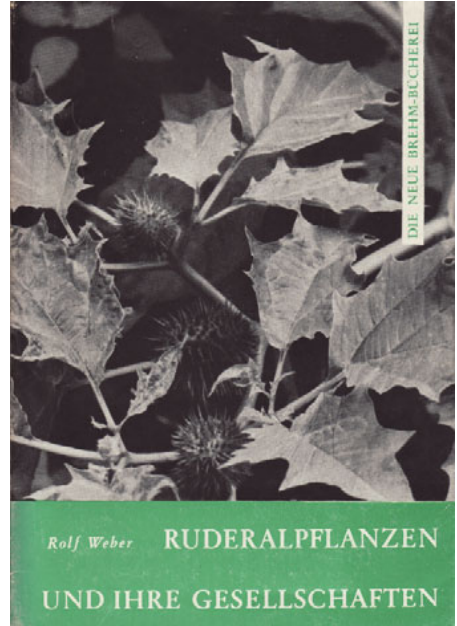
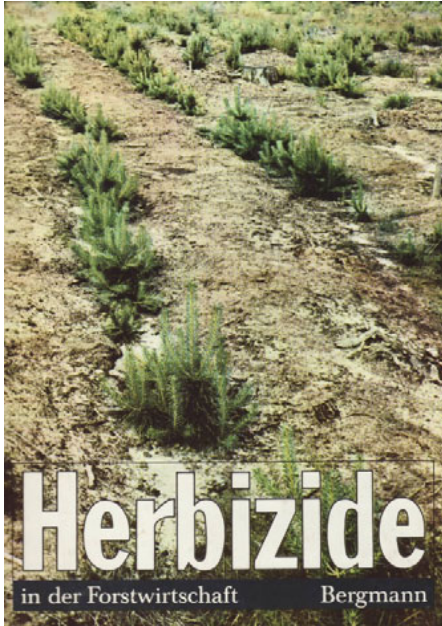


Bellinchen a. d. Oder

Von
Prof. Dr. Fr. Solger / Dr. A. Huet / Dr. G. Hedike
Dr. G. Klose

Mit 44 Abbildungen im Text und auf 20 Tafeln,
einer Karte und einer farbigen Aquarell-Wiedergabe

Verlag von J. Neumann-Neudamm



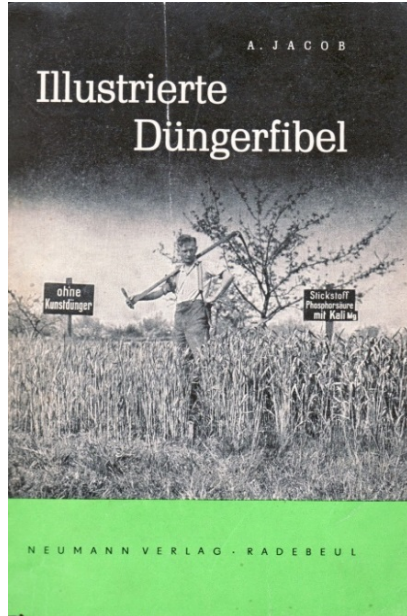
ner Höhe (1999), NABU: Zur Natur und Geschichte des Naturschutzgebietes Seeberg bei Gotha (2004), Weise et al.: Naturdenkmale im Unstrut-Hainich-Kreis (2007), Lehnert et al.: Schutzgebiete im Unstrut-Hainich-Kreis (2010)

Siegfried Bergmann, Potsdam

4 laufende Meter Unterlagen zur Naturfilmarbeit von Siegfried Bergmann (Konzeptionen, Arbeitsmaterialien, Auszeichnungen, Korrespondenz, Filme usw.)

Literatur zu Naturschutz, Biologie, u.a.: Hinze: Biber in Deutschland (o.J.), Romeis: Mikroskopische Technik (1948), Mitscherlich: Bodenkunde für Landwirte, Forstwirte und Gärtner (1949), Maximow: Kurzes Lehrbuch der Pflanzenphysiologie (1951), Ries: Biologie der Zelle (1953), Doflein: Lehrbuch der Protozoenkunde (1953), Pawlow: Ausgewählte Werke (1953), Weber: Grundriss der Insektenkunde (1954), Dembowski: Tierpsychologie (1955), Rippel-Baldes: Grundriss der Mikrobiologie (1955), Novak: Insektenhormone (1960), Lundegardh: Pflanzenphysiologie (1960), Amlacher: Taschenbuch der Fischkrankheiten (1961), Harder et al.: Lehrbuch der Botanik für Hochschulen (1962), Lüdtko: Praktikum der vergleichenden Zoohistologie (1963), Fiedler, Reissig: Lehrbuch der Bodenkunde (1964), Gersch: Vergleichende Endokrinologie der wirbellosten Tiere (1964), Müller: Bodenbiologie (1965), Schlieper: Praktikum der Schmidt: Evolutionäre Ontogenie der Tiere (1966), Kämpfe et al.: Leitfaden der Anatomie der Wirbeltiere (1966), de Lattin: Grundriss der Zoogeographie (1967), Kolb: Lehrbuch der Physiologie der Haustiere (1967), Klopfer: Ökologie und Verhalten (1968), Wurmbach: Lehrbuch der Zoologie. Band 2 (1968), Walter: Die Vegetation der Erde (1968), Mäg-

defrau: Paläobiologie der Pflanzen (1968), Rübensam, Rauhe: Ackerbau (1968), Bielka: Molekulare Biologie der Zelle (1969), Werner: Die Benennung der Organismen und Organe (1970), Fott: Algenkunde (1971), Mauersberger: Aktuelle Probleme der Zellzüchtung (1971), Müntz: Stoffwechsel der Pflanzen (1973), Kluge, Menzel: Mikrobiologie (1977), Stugren: Grundlagen der Allgemeinen Ökologie (1978), Sedlag: Wunderbare Welt der Insekten (1978), Makatsch: Die Limikolen Europas (1981), Barthelmes: Hydrobiologische Grundlagen der Binnenfischerei (1981), Petersen: Die Gräser (1981); Jahn, Löther, Senglaub: Geschichte der Biologie (1982), Tembrock: Spezielle Verhaltensbiologie der Tiere. Band 1 und 2 (1982/83), Rheinheimer: Mikrobiologie der Gewässer (1985), Müller: Bestimmung wirbelloser Tiere im Gelände (1985), Pflug: Braunkohlentagebau und Rekulktivierung (1998), Uhlmann: Hydrobiologie (1988), Berthold: Vogelzug (2000), Succow et al.: Die Krise als Chance – Naturschutz in neuer Dimension (2001)



Detlef Bimboes, Berlin

Brandt et al.: Preußen. Zur Sozialgeschichte eines Staates (1981), WWF: Naturerbe Europa (1991), Heft 1 bis 6 der Schriftenreihe „Beiträge Region und Nachhaltigkeit“

Werner Blaschke, Lauchhammer

Briefe, Sonderdrucke

Bärbel Brod, Altentreptow

Archivalien zur Naturschutzarbeit (Beschlüsse des Rates des Bezirkes, Faltblätter, Schriftstücke), Heft 1 bis 5 des Zoologischen Rundbriefes für den Bezirk Neubrandenburg

Ekhard Brunzel, Berlin

Unterlagen zur 1. Brandenburger Konferenz für den Natur- und Lebensschutz 1994

Bund für Natur und Umwelt Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg

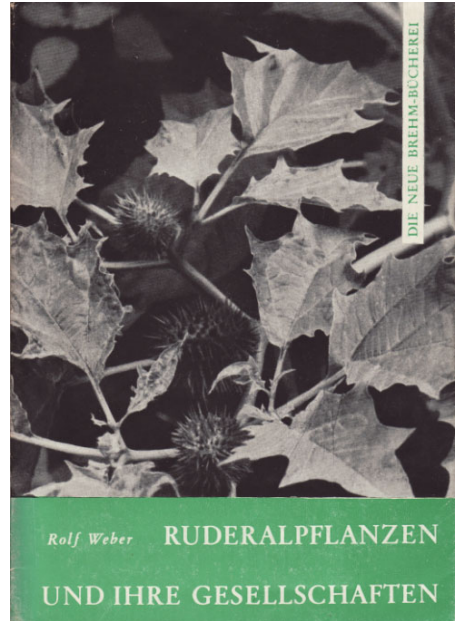
1 laufender Meter Akten zur Arbeit des BNU in den Jahren 1990 bis 2010, Broschüren und Literatur zur Naturschutzarbeit in Sachsen-Anhalt, Zeitschriften

Helga Deglmann, Berlin

2 Kalender sowie weitere Archivalien

Matthias Deutsch, Erfurt

Engelmann: Praktischer Ratgeber für Pilzfreunde (1985)



Deutsches Meeresmuseum Stralsund

Literatur, u.a.: Sonnemann, Gentz: Mit Kajak und Kamera (1949), Wichard: Die Köcherfliegen (1978), Krumbiegel, Rüffle, Haubold: Das eozäne Geiseltal (1983), Münzing: Der historische Walfang in Bildern (1987), Reinhardt, Harz: Wandernde Schwärmerarten (1989), Friedrich: Die Schillerfalter (1996), 26 Bände der Schriftenreihe Natur und Museum

Otto Eckardt, Rostock

Fachliteratur zum Bau- und Meliorationswesen, Unterlagen Acker- und Grünlanddränung LPG Gute Hoffnung Gelbensande

Dr. Werner Eichstädt, Meiersberg

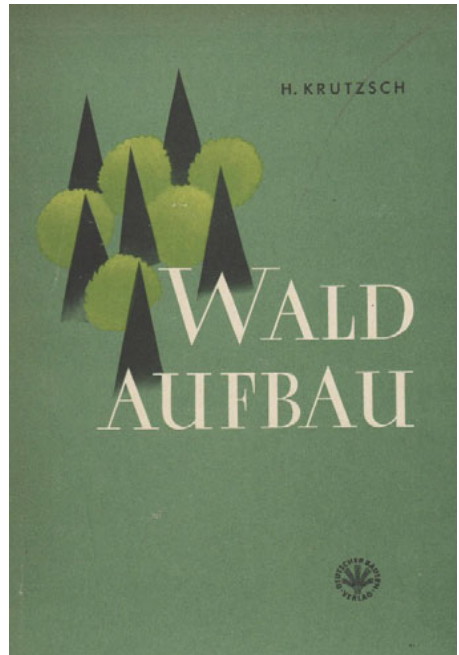
2 laufende Meter Archivalien sowie Literatur vor allem zu Naturschutz- und Ornithologithemen, darin unter anderem Materialsammlungen zu Paul Robien und Walter Banzhaf, Unterlagen der OAMV, Berichte zu Beobachtungen ornithologischer Fachgruppen, Berichte zur Insel Oie, Archivalien von Jürgen Stübs

Alfred Etzold, Berlin

Masius: Naturstudien (1868), Drude: Handbuch der Pflanzengeographie (1890), Salisch: Forstästhetik (1902), Paul Schultze-Naumburg Kulturarbeiten: Ergänzende Bilder zu Band II, Gärten (1904), Paul Schultze-Naumburg: Kulturarbeiten Band 3: Dörfer und Kolonien (1908), Graeber: Lehrbuch der allgemeinen Pflanzengeographie nach entwick-

lungsgeschichtlichen Gesichtspunkten (1910), Maaß: Zwischen Straßenzaun und Baulinie (1910), Paul Schultze-Naumburg: Kulturarbeiten: die Gestaltung der Landschaft durch den Menschen (1916), Nußbaum: Die Hygiene des Städtebaus (1917), Damaschke: Die Bodenreform: Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not (1918), Muthesius: Kleinhaus und Kleinsiedlung (1920), Gabriel: Wohnhäuser II Die Räume des Wohnhauses (1921), Schultze-Naumburg: Vom Verstehen und Genießen der Landschaft (1924), Molisch: Pflanzenbiologie in Japan (1926), Maasz: Das Grün in Stadt und Land (1927), Migge: Die wachsende Siedlung: nach biologischen Gesetzen (1932), Hettner: Vergleichende Länderkunde III. Band: die Gewässer des Festlandes die Klimate der Erde (1934), Hettner: Vergleichende Länderkunde IV. Band: die Pflanzenwelt / die Tierwelt / die Menschheit / die Erdräume (1935), Brandenburgische Jahrbücher: Die Pflanzenwelt der Mark Brandenburg (1941), Mäding: Landespflege: die Gestaltung der Landschaft als Hoheitsrecht und Hoheitspflicht (1942), Kruedener: Landwirtschaft: einige Gedanken zu ihren Grundlagen und Aufgaben (1944), Pniower: Bodenreform und Gartenbau (1948), Mattern: Die Wohnlandschaft: eine Sammlung von Aussagen über die menschliche Tätigkeit in der Landschaft (1950), Rindt: Gehölzpflanzungen an fließendem Wasser unter Berücksichtigung des Uferschutzes (1952), Göhre: Die Robinie und ihr Holz (1952), Hellmich: Natur- und Heimatschutz (1953), Rappaport: Leben und Landschaft: im Wandel der Zeit (1954), Bronder: Großgrüngestaltung und Städtebau (1954), Deutsche Bauakademie: Die nationalen Aufgaben der deutschen Architektur (1954), Greiner: Fragen der Grünplanung im Städtebau (1955), Radig: Die Siedlungstypen in Deutschland und ihre frühgeschichtlichen Wurzeln (1955), Kruedener: Forstliche Standortanzeiger: Auslese zum Gebrauch im Walde (1955), Lehmann: Städtebau und Gebietsplanung: über die räumlichen Aufgaben der Planung in Siedlung und Wirtschaft (1955), Petzold: Die Wiederurbarmachung der Kippen und Halden im Senftenberger Braunkohlenrevier (1955), Illner, Gandert: Windschutzhecken: Anlage, Pflege, Nutzung (1956), Günther: Leitfaden für den Pappelanbau (1956), Filzer: Pflanzengemeinschaft und Umwelt: Ergebnisse und Probleme der botanischen Standortforschung (1956), Eisenreich: Schnellwachsende Holzarten: ein Leitfaden (1956), Hurtig: Physische Geographie von Mecklenburg (1957), Lüttger: Planzeichen: Eine Fibel für Gartenarchitekten, Gartengestalter und Architekten (1958), Die Altstadt von Stralsund: Untersuchungen zum Baubestand und zur städtebaulichen Denkmalpflege (1958), Scamoni: Waldgesellschaften und Waldstandorte: Dargestellt am Gebiet des Diluviums der Deutschen Demokratischen Republik (1960), Krimse: Technische Arbeitsmittel im Gartenbau (1961), Kammeyer: Das schöne sozialistische Dorf: Der Baum im Dorf und in der Feldflur, Heft 2 (1961), Gilsenbach: Die Erde Dürstet: 6000 Jahre Kampf um Wasser (1961), Weber: Ruderalpflanzen und ihre Gesellschaften (1961), Joachim, Krummersdorf, Göritz: Flurholzanbau – Schutzpflanzungen (1961), Schubert: Pflanzengeographie (1966), Walter: Vegetationszonen und Klima (1970), Margraf, Albrecht, Poßner: Chemische Unkrautbekämpfung bei Zierpflanzen und Ziergehölzen (1981), Hieke: Praktische Dendrologie Teil 1 und 2 (1989)

zahlreiche Einzelhefte der Zeitschriften Pflanze und Garten, Das Gartenamt, Landschaftsarchitektur, Garten und Landschaft, Die neue Landschaft, Schweizerische Gärtnerzeitung, Schweizer Garten + Wohnkultur, Deutsche Gartenarchitektur, Gartenspiegel



Dr. K.D. Gabriel, Rostock

Schwarz: Verhandlungsbericht zur wissenschaftlichen Konferenz zu Fragen der Zoopädagogik 1987 in Rostock (1990), Einzelhefte der Reihen: Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde, Der Zoologische Garten

Andreas Gomolka, Berlin

Martin: Aus Haus und Hof (1996) Maaz, Lauer mann: Hinterhermsdorf und seine Gäste. Teil 1 und 2 (1999/2001), Einzelhefte der Zeitschrift Sachsen-Anhalt. Journal für Natur- und Heimatfreunde

Axel Griesau, Neubrandenburg

Unterlagen von Horst Prill (Beobachtungsbücher aus den Jahren 1967-1993, Unterlagen zur Wintervogelzählung)

Dr. Karl-Heinz Großer (†), Bad Belzig

Literatur, vor allem zu Forstwirtschaft und Naturschutz, u.a.: Krutzsch: Waldaufbau (1952), Bülow: Abriss der Geologie von Mecklenburg (1952), Kubi ena: Bestimmungsbuch und Systematik der Böden Europas (1953), Bülow: Geologie für Jedermann (1956), Blanckmeister: Die räumliche und zeitliche Ordnung im Walde des mitteleuropäischen Raumes (1956), Engelhardt: Was lebt in Tümpel, Bach und Weiher (1959), Kundler: Waldbodentypen (1965), Remmert: Naturschutz (1988), Arbeitskreis Forstliche Landespflege: Waldlandschaftspflege (1991), Schwartz: 120 Jahre Forstverein in Brandenburg

(1993), Hatzfeld: Ökologische Waldwirtschaft (1994), Bode, v. Hohnhorst: Waldwende (1994), Arbeitskreis Forstliche Landespflege: Waldlebensräume in Deutschland (1996), Milnik: Hugo Conwentz, „Naturschutz, Wald und Forstwirtschaft“ (1997), Ziesche et al: Biodiversität in Eichenwirtschaftswäldern (2011), Hefte der Reihen „Forstliche Biographien“, „Ausstellungen in der Alten Forstakademie Eberswalde“

Prof. Dr. Mathias Grünwald, Neubrandenburg

Wohlgemuth: Egon und das achte Weltwunder (2011)

Rainer Heinrich, Berlin

7 Kartons mit Materialien insbesondere zur Berliner Umweltpolitik (Stoff- und Energie, Landesplanung, Verkehr, Bodenschutz) sowie zur gewerkschaftlichen Umweltschutzarbeit

Kurt Hofmann, Neubrandenburg

Literatur, u.a.: Gradmann: Heimatschutz und Landschaftspflege (1910), Pietsch: Unkrautsamen und Unkrautfrüchte (1937), Grunert: Knospen und Früchte (1952), Jacob: Illustrierte Düngerbibel (1955), Grunert: Pflanzenporträts (1957), Rössing-Winkler, Piltz: In Parks und Gärten (1966), Vajda: Visionen eines Botanikers (1971), Foerster: Einzug der Gräser und Farne in die Gärten (1982), Balandin: Naturkatastrophen (1984), Naturschutzschilder

Matthias Karich, Striegistal OT Gersdorf

nahezu vollständiges Archiv der Umweltzeitung Grünhorn (später GrünDerZeit und grenzenlos)

Hans Köppen, Potsdam

Manuskript „Volkseigener Fluss- und Meliorationsbau im Bezirk Potsdam 1952 bis 1990“ (Teil 1 und 2)

Prof. Dr. Hanns Kreisel, Pothagen

Übergabe seiner Pilz-Fundortkartei, die viele Tausende Fundortdaten aus mehr als 60 Jahren Pilzkartierungen enthält.

Detlef Kullmann, Meerbusch

Georg-Ludwig-Hartig-Stiftung: Biographien bedeutender hessischer Forstleute (1990)

Landratsamt Ilm-Kreis

2 Heimathefte des Ilm-Kreises

Dr. Peter Lösel, Berlin

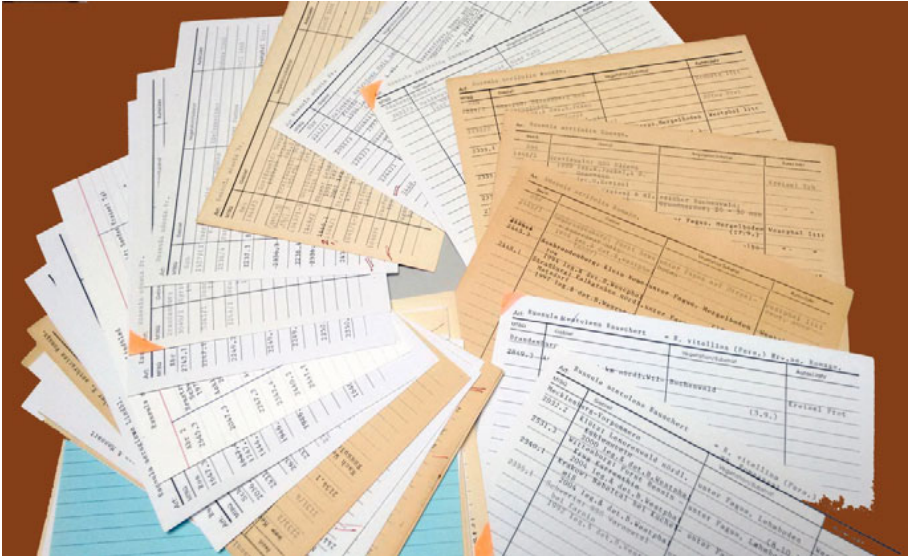
Literatur, insbesondere zum Thema Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Reinhard Mann, Pampow

Chronik der Fachgruppe Botanik Schwerin 1981 bis 2006 sowie Broschüren und Unterlagen zum Naturschutz im Bezirk Schwerin

Lucian Müller, Finsterwalde

ca. 0,5 laufende Meter Negativstreifen und Dias zur Arbeit der ILN-Außenstelle Finsterwalde, zahlreiche Sonderdrucke, Einzelhefte von Zeitschriften



Karteikarten aus der Fundortkartei von Prof. Dr. Hanns Kreisel. Foto: Behrens.

Dieter Nebe, Neubrandenburg

Literatur zum Thema Melioration: Sommerfeld, u.a.: Unser Grünland (1959), Koriath: Güllewirtschaft. Gülledüngung (1975), Dörter: Landwirtschaftliche Meliorationen (1986), MfUW: Hochwasserschutz in Betrieben und Genossenschaften (1988) zahlreiche Broschüren, Anwenderinformationen usw.

Rolf Nissing, Lychen

Archivalien, Faltblätter, Literatur zum Artenschutz

Marius Nickel, Neubrandenburg

Einschätzung AG Junge Naturforscher im Pionierpalast Walter Ulbricht

Christa Plath, Tessin

11 laufende Meter Literatur sowie 1 laufender Meter Archivalien zu Naturschutz- und vor allem Ornithologie-Themen (aus der Arbeit von Lothar Plath)

Marian Pohl, Neubrandenburg

Brückner, Brunn: Heu, Getreidestroh, Ölsaatenstroh, Faserpflanzen, Mohnkapseln (1962)

Ernst Pries, Templin

ca. 4 laufende Meter Archivalien zu den Themen: Truppenübungsplätze und Konversion, Biosphärenreservat Schorfheide/Chorin, Naturschutz und Umweltarbeit im Raum Temp-

lin, Ornithologie, Ackeraufforstungen, Forstwirtschaft, Ur- und Frühgeschichte, Grüne Politik, Regionalentwicklung im Raum Templin, Kreistag Templin,

zum Teil komplette Jahrgänge sowie auch zahlreiche Einzelhefte folgender Zeitschriften und Schriftenreihen: Jahresschrift des Kreismuseums Haldensleben, Basic and Applied Ecology, Verhandlungen der Gesellschaft für Ökologie, Nationalpark, Forstliche Mitteilungen, Mitteilungen BFA Ur- und Frühgeschichte Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, Mitteilungen Biologische Gesellschaft der DDR, Artenschutzreport, Sozialistische Forstwirtschaft, AFZ, Der Wald, Einzelhefte der Zeitschriften Forstwirtschaft Holzwirtschaft, Säugetierkundliche Informationen, DFV-Journal

Stefanie Puffpaff, Schaprode

zahlreiche Einzelhefte von Zeitschriften sowie etliche komplette Jahrgänge: Mecklenburgische Bibliographie (1945-1986), Säugetierkundliche Informationen (1983-1989), Biologische Rundschau (1963-1989), Mitteilungen AK Heimische Orchideen (Heft 5-16), Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg (1973-1987), Nyctalus (1978-1989), Archiv der Freunde der Naturgeschichte in Mecklenburg (1966-1988), Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung (1961-1983), Beiträge zur Vogelkunde (1971-1988)

J. Pusch, Bad Frankenhausen

Unterlagen aus dem Nachlass von Hartmut Hirschfeld

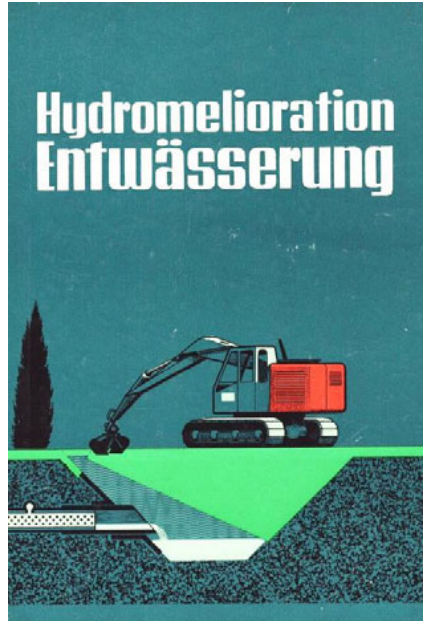
Dr. Lutz Reichhoff, Dessau-Roßlau

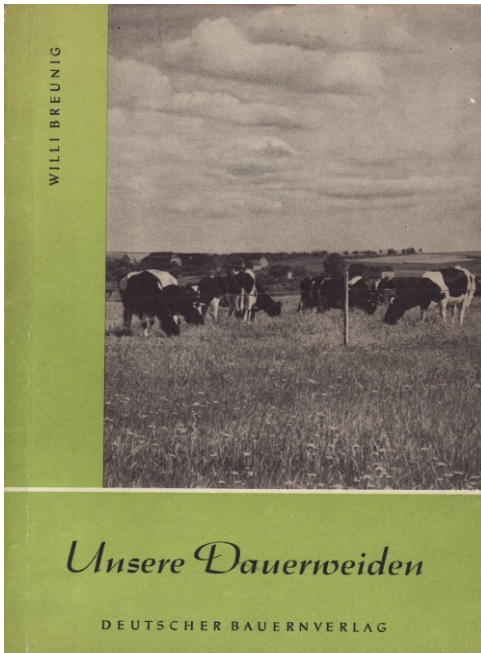
Reichhoff: Analyse, Diagnose und Prognose der Habitatileistung der Lößagrarlandschaft im Süden der DDR (Promotion 1988, Kopie), ILN: Pflichtenheft „Analyse und Diagnose von einstweilig gesicherten Biosphärenreservaten, Nationalparks und Naturschutzparks ...“ (1990, Kopie), Reichhoff, Reichhoff: Naturschutzgeschichte von Anhalt (2012)

Kurt Rudnick, Bergen

1 laufender Meter Archivalien zur entomologischen Arbeit und zur Naturschutzarbeit

zum Teil komplette Jahrgänge sowie Einzelhefte der Zeitschriften: Virgo. Mitteilungsblatt des Entomologischen Vereins Mecklenburg, Archiv der Freunde der Naturgeschichte in Mecklenburg, ATLANTA, Entomologische Berichte, Entomologische Nachrichten, Entomologische Nachrichten und Berichte, 15 Entomologische Jahrbücher, weitere Literatur





**Wolfgang Sauerbier,
Bad Frankenhausen**

Tress et al.: Fledermäuse in Thüringen (2012)

Prof. Dr. Peter A. Schmidt, Coswig
Archivalien, u.a.: Drehbuch Landeskulturrat Heimatmuseum und Pflanzengarten Stadt Wehlen, Langfristige Konzeption zur forstwirtschaftlichen Nutzung der Sächsischen Schweiz, F/E-Bericht „Grundsätze zur Aktualisierung der Behandlungsrichtlinien für NSG ...“, Unterlagen zum Flurholzanbau, Unterlagen zu „Stand, Aufgaben und Entwicklungen der Vegetationskunde in der DDR“, Studie „Zum Stand und den Möglichkeiten einer geobotanisch-ökologischen Kennzeichnung von Naturraumeinheiten in der DDR“, Unterlagen zu den Landschaftstagen „Sächsische Schweiz“, Fachliteratur

Erwin Schmidt, Rastenberg

Journal of Ornithology (aus den Jahren 2004 bis 2015)

Sebastian Schopplich, Gera

Martin: Südostthüringen (1929), Rat des Bezirkes Gera: Plan der Entwicklung der Viehwirtschaft im Bezirk Gera bis 1965 (1961), Kulturbund BFA Ornithologie Gera: Die Vögel im Gebiet der Plothener Teiche (1976), Naturkundemuseum Erfurt: Festschrift zur Wiedereröffnung (1995), Hagner: 850 Jahre Ruben (1996), Wismut GmbH: 10 Jahre Wismut GmbH. Eine Region im Aufbruch (2001), Görgner et al.: Kulturerbe Natur. Naturkundliche Museen und Sammlungen in Sachsen-Anhalt (2002), Zentrum für Thüringer Landeskultur e.V.: Bauen im ländlichen Raum (2004), Woll: Vergangene Berufe und Erwerbstätigkeiten (2010), Weigelt: Die Kollektivierung der Landwirtschaft 1950-1960 (2010), Wismut GmbH: Neue Perspektiven für Mensch und Umwelt (2011), Sattler: Im Reich des Oybin (2011), Brunnemann: Mauerseglern helfen: Nistplätze schaffen – Fundvögel versorgen (2014)

Ornithologischer Rundbrief für Mecklenburg-Vorpommern (Heft 4 plus/ 2013, Sonderheft 1/2014), Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern (Hefte aus den Jahren 2005 bis 2014), DIALOG. Mitarbeiterzeitschrift der Wismut GmbH (zahlreiche Einzelhefte), Anzeiger des Vereins Thüringer Ornithologen (1/2014), Altenburger Geschichts- und Heimatkalender (2015), Verein Thüringer Ornithologen e.V. Mitteilungen und Informationen (2014), Mitteilungen des Vereins sächsischer Ornithologen (Band 11, Heft 2), Jahresheft Pomologenverein e.V. 2014, Pommern (Heft

4/2014, 1 und 2/ 2015), Ornithologische Berichte aus dem Mittleren Elstertal (komplette Jahrgänge 2008 bis 2013, gebunden), Ornithologische Jahresberichte des Museums Heineanum (Heft 32), Zeitgeschichte regional Heft 2/2014, Veröffentlichung Museum für Naturkunde Gera Heft 39, Jahrbuch des Museums Reichenfels-Hohenleuben Nr. 60

Horst Schröder (†), Stralsund

Archivalien zu Veröffentlichungen, Auszeichnungen, persönliche Unterlagen, zahlreiche Beleg- und Widmungsexemplare, Kalender, Diplomarbeit und Hausarbeit von Horst Schröder, Unterlagen zur Fachgruppe Ornithologie Karl Bartels, Dias, Schriftenreihe Meer und Museum (Heft 1 bis 25), Fotos und Artikel in Tageszeitungen Waren/Müritz 1952-1972

Hans-Joachim Sommerfeld, Tornow

Sommerfeld: Steine in unseren Wäldern Teil II

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Stralsund

Literatur zur Wasserwirtschaft, u.a.: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft zu Rostock (1933), Valentin: Die Küsten der Erde (1954), Meeresbiologische Beiträge aus der Sektion Biologie der Universität Rostock

Jürgen Starck, Arendsee/Altmark

Pressespiel 2012/13 und Infomaterial zum Grünen Band

Horst Steinkopf, Eberswalde

Archivalien: 65 Projektmappen zur Gülle-Klarwasser-Verregnung des KIM SZMK Eberswalde sowie Dissertationen, Diplom- und Studienarbeiten

Lehrbücher, Lehrbriefe, zahlreiche Hefte der Reihen Wissenschaftlich-technische Informationen für das Meliorationswesen, agra Empfehlungen für die Praxis, Sitzungsberichte der DAL, Fortschrittsberichte für die Landwirtschaft

Jahrgänge 1963 bis 1971 der Zeitschrift für Landeskultur, Zeitschrift Melioration und Landwirtschaftsbau (Jahrgänge 1970 bis 1989), Zeitschrift Feldwirtschaft (1966 bis 1990)

ca. 3 laufende Meter weitere Fachliteratur zu den Themen Güllewirtschaft, Beregnung, Landwirtschaft, u.a.: Breunig: Unsere Dauerweiden (1959), Schwarz: Entwicklung, Stand und Verbesserungsmöglichkeiten der Abwasserbehandlung in Deutschland unter





Etliche Meter messen die Zugänge, die 2014/2015 in das Archiv kamen. Leider ist dies auch verbunden mit dem Ableben von Zeitzeugen, die das Studienarchiv Umweltgeschichte lange Jahre unterstützt und begleitet haben wie Fritz Wernicke, Dr. Karl Heinz Großer, Horst Schröder, Erich Hobusch, Günther Hamel, Wolfgang Schröder, Alfred Weisheit, Dr. Susanne Kosmale oder Prof. Dr. Albrecht Krummsdorf, um hier nur einige zu nennen.

besonderer Berücksichtigung der weiträumigen Verwertungsanlagen (1960), Ohms: Gesunde Rinder auf der Weide (1961), Schmauder: Fortschrittliche Weidewirtschaft und moderne Technik (1961), Reuter: Tendenzen der Bodenentwicklung im Küstenbezirk Mecklenburgs (1962), Kreil, Berg: Neuzeitliche Weidewirtschaft (1964), Seifert: Landwirtschaftlicher Pflanzenbau (1965), Kittner, Starke, Wissel: Wasserversorgung (1966), Hauschild: Wasserversorgungsanlagen (1967), Leuthier: Das Abwasser im landwirtschaftlichen Großbetrieb (1968), Sattler, Ziemann: Die Chemie des Wassers (1977), Bergmann: Herbizide in der Forstwirtschaft (1981), Betz et al.: Einführung in die Methodik des Feldversuchs (1982), Rempel: Ökonomie der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR (1984), Mengel: Ernährung und Stoffwechsel der Pflanze (1984), Landkreis Eberswalde: Umweltbericht 1991/92

Dr. Olaf Strauß, Greifswald

Strauß: Die Kernforschung und Kerntechnologieentwicklung in der DDR 1945 – 1965. Rahmenbedingungen, Politik der Staatspartei und Umsetzung. (Diss. Universität Greifswald 2011)

Wolfgang Teske, Guben

Gubener Heimatkalender (1990, 2008, 2012, 2013, 2015), Niederlausitzer Studien Heft 5

Peter Tessnow, Perleberg

Artikel zur Geschichte der Wasserwirtschaft der Prignitz



Nach 25 Jahren löst sich der Bund für Natur und Umwelt Sachsen-Anhalt (BNU) im Jahre 2015 auf. Der Hauptgrund ist, dass zu wenige jüngere Menschen den Weg in den BNU fanden. Der BNU übergab dem Studienarchiv Umweltgeschichte einen großen Teil seines Archivs.

Vor dem Umwelthaus in Magdeburg von links nach rechts: Ingrid Marchal (Vors. BNU), Jens Hoffmann (IUGR), Marion Beer, Bernd Krutwa, Gustav Marchal, Dr. Uwe Wegener. Foto: Hermann Behrens.

Dr. Jürgen Thiere, Eberswalde

1 laufender Meter Archivalien zur Mittelmaßstäbigen Landwirtschaftlichen Kartierung (kompletter Kartensatz, zugehörige Unterlagen, Gutachten, Dissertationen)

Wilhelm Thürnagel, Ostseebad Wustrow

2 Ordner mit Unterlagen zum Verband der Unternehmen für die kommunale Wasserversorgung und Abwasserbehandlung – VUKWA aus der Wendezeit sowie mit weiteren Unterlagen, Betriebsgeschichte VEB Projektierung Wasserwirtschaft Halle, Dokumentation 100 Jahre Zentrale Wasserversorgung Schwerin

Eckhard Titz, Zeulenroda

Aufstellung der von ihm gemachten Videoaufnahmen von mehr als 200 Vorträgen und Veranstaltungen zum Naturschutz sowie Veranstaltungspläne NABU-Zeulenroda 1997 bis 2015

Manfred Uhlig, Bad Sachsa

4 Hefte Uhu. Magazin für Naturfreunde

Dr. Werner Westhus, Jena

Naturschutzreport Heft 9/ 1995

Dr. Horst Wlodarczyk, Rostock

Anthologie „Regelung des Rheins in der Schweiz“

Dr. Uwe Zuppke, Wittenberg

ca. 1 laufender Meter Unterlagen zum Schutz der Elbe sowie zu Schutzgebieten und zur Naturschutzarbeit in Sachsen-Anhalt, ca. 1 laufender Meter Naturschutzliteratur, zahlreiche Jahrgänge der Zeitschrift „Unsere Jagd“, zahlreiche Naturschutzplakate

Letzte Zugangsmeldung:

Die **Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg–Vorpommern e.V. (OAMV)** übergab dem Studienarchiv Umweltgeschichte am 16.10.2015 ihr Vereinsarchiv, das Unterlagen zur Vereinsarbeit seit dem Gründungsjahr 1990 (damals als Interessengruppe des NABU, seit 1995 als selbständiger Verein) enthält, darunter vor allem auch solche zur Brutvogelkartierung, die die Grundlage für den Brutvogelatlas Mecklenburg-Vorpommern bildeten (Informationen zur OAMV siehe unter www.oamv.de).

Zuvor hatte das OAMV-Archiv einige Zeit dank der Unterstützung von Frau **Dr. Liebers-Helbig** im Ozeaneum Quartier gefunden. Das IUGR e.V. hofft, die Unterlagen archivalisch erschließen zu können. Auch seitens des Studienarchivs gilt den OAMV-Mitgliedern **Frank Vökler** und **Jens Köhler** und allen Helfern herzlicher Dank für das Umzugsmanagement. Siehe auch: <http://www.oamv.de/aktuelles/neuigkeiten/>



Übergabe des OAMV-Archivs: Etliche volle Kartons zeugen von der langjährigen ornithologischen Arbeit des Vereins in Mecklenburg-Vorpommern. Foto: Andreas Grape/Studienarchiv Umweltgeschichte.

Rezensionen

Clausen, Simon 2015:

Systemdenken in der außerschulischen Umweltbildung. Eine Feldstudie. Dissertation Universität Flensburg. [Internationale Hochschulschriften, Band 614]. Waxmann Verlag Münster-New York. 259 S., Tabellen, Grafiken, Anhang. – ISBN 978-3-8309-3212-3. 29,90 Euro.

Die Agenda 21, das internationale politische Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung, nennt in Artikel 36 Bildung als Schlüsselfaktor auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Und mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ hatten sich die Staaten der UN verpflichtet, eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu stärken – vom Kindergarten über Schule, berufliche Ausbildung, Universität, Forschungsinstitute, außerschulische Weiterbildungseinrichtungen bis zum informellen Lernen außerhalb von Bildungseinrichtungen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln ermöglichen. Die Lernenden werden in die Lage versetzt, sinnvolle Handlungsentscheidungen zu treffen, indem sie die Konsequenzen für künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen berücksichtigen (zum Konzept der BNE siehe <http://www.bne-portal.de/was-ist-bne/grundlagen/> (9.9.2015)).

Der Einzelne soll durch BNE erkennen, dass sein Handeln Konsequenzen hat, nicht nur für ihn und sein Umfeld, sondern auch für andere. Er soll zudem erkennen, dass er, wenn auch nur partiell, zu nachhaltiger Entwicklung beitragen kann.

Die UN hielt bei Ausrufung der Dekade eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für dringend notwendig, um Veränderungen anzustoßen und drängende globale Probleme wie Ressourcenraubbau oder die ungleiche Verteilung von Reichtum anzugehen. Auch Regierungen, Organisationen und Unternehmen sollten in diesem Zusammenhang Nachhaltigkeit lernen und aktiv umsetzen.

Durch Bildung für nachhaltige Entwicklung sollen sich Lernende Wissen über globale Zusammenhänge und Herausforderungen wie den Klimawandel oder globale Gerechtigkeit und über die komplexen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ursachen dieser Probleme aneignen. Das impliziert die Fähigkeit zum „Zusammenhangsdenken“ oder zu einer systemischen Herangehensweise an Nachhaltigkeitsprobleme und dies zu schaffen, ist ein Bestandteil des Konzepts BNE.

Ein anderer Teil des Konzeptes zielt darauf ab, dass Lernende sich Fähigkeiten aneignen können, ihr Wissen über nachhaltige Entwicklung praktisch umzusetzen. Diese Fähigkeiten werden im BNE-Konzept als Gestaltungskompetenz bezeichnet, die vorausschauendes Denken, interdisziplinäres Wissen, autonomes Handeln oder Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen impliziert.

Der Aufforderung der UN an die Mitgliedsstaaten, ihre Bildungsanstrengungen für nachhaltige Entwicklung zu stärken, wurde in der Bundesrepublik Deutschland nachgekommen, wobei hier bereits auf die Erfahrungen der „Agenda 21-Bewegung“ zurückgegriffen werden konnte, die sich nach der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de

Janeiro 1992 entwickelt hatte und zahllose lokale Agenda 21-Gruppen hervorgebracht hatte. Besonders die außerschulischen Bildungsträger wie die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung e. V., aber auch die Umweltverbände, hatten sich des BNE-Anliegens sofort nach der Rio-Konferenz angenommen.

Einen anschaulichen Rückblick auf die breiten Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade 2005-2014 liefern der Bericht der Deutschen UNESCO-Kommission e. V. (Hg.) „Un-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ in Deutschland“ (Bonn 2014) und die Dokumentation der Konferenz zum Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die vom 29. und 30. September 2014 in Bonn stattfand (Dokumentation unter www.bnekonferenz2014.de)

Die interessante Dissertation von Simon Clausen kann mit der übergeordneten Fragestellung verbunden werden, ob diese Anstrengungen für eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die es seit mittlerweile über 20 Jahren in der Bundesrepublik gibt, dazu beitragen, das „Zusammenhangsdenken“ oder „Systemdenken“ zu fördern oder nicht.

Clausen geht im Rahmen einer Feldstudie beispielhaft der Frage nach, inwiefern eine „außerschulische Intervention“ oder anders ausgedrückt: ein außerschulisches BNE-Angebot, Einfluss auf das Systemdenken bei Schülerinnen und Schüler einer 6. Klassenstufe hat. Die Schüler und Schülerinnen sollen im Multimar Wattforum (Tönning), dem Nationalpark- und Informationszentrum für das Schleswig-Holsteinische Wattenmeer, über eine „kurzzeitpädagogische Intervention“ das System Wattenmeer kennen lernen, so die Intention der Akteure im Multimar Wattforum. Die „kurzzeitpädagogische Intervention“ „großes Klassenset“, die Clausens „Forschungsfeld“ darstellte, ist ein dreistündiges Bildungsangebot, das aus zwei Teilen besteht: „Erlebnisausstellung“ und „Schullabor“. Wird nun das Ziel: „Förderung des Systemdenkens“ mit dem Angebot erreicht?

Clausen will ausgehend vom vorhandenen Systemdenken („vorhandene Prä-Konzepte“) der Schülerinnen und Schüler zum Thema Wattenmeer prüfen, wie diese das mittels „Intervention“ neu Erlernte mit ihren bereits vorhandenen Denkstrukturen verknüpften. Clausen wandte hierfür die Methode des „Concept Mapping“ an, mit der bestimmte zum „System“ (hier: Wattenmeer) gehörende Begriffe (B) oder auch Knoten über beschriftete Pfeile (R, Q) miteinander verbunden werden und auf diese Weise einzelne „Propositionen“ (= kleinstmögliche Behauptung, die entweder falsch oder wahr ist) gebildet werden können. Concept Maps sollen über die „Installation der Propositionen“ die Möglichkeit eröffnen, Einblicke in die kognitive Struktur von Lernenden zu gewinnen oder zumindest ausschnittsweise sichtbar zu machen. Dabei werden hierarchische und netzwerkartige Concept Maps unterschieden, die allerdings nicht streng zu trennen sind.

Abbildungen 1 und 2 zeigen die beiden Varianten der Concept Maps. Clausen nutzte für seine Feldstudie eine vereinfachte netzwerkartige Concept Map (siehe exemplarisch Abbildungen 3 und 4).

In einem Prä-Post-Follow-up-Design mit Versuchs- und Kontrollgruppen fertigten die Schülerinnen und Schüler Concept Maps zum Begriff Wattenmeer an. An der Versuchsgruppe nahmen 69 Schülerinnen und Schüler teil (NV=69), an der Kontrollgruppe 44 (NK=44). Die Stichprobe der Versuchsgruppe umfasste vier Schulklassen der 6. Jahrgangsstufe, die einer Gesamtschule (N=39) bzw. Oberschule (N=30) entstammten und

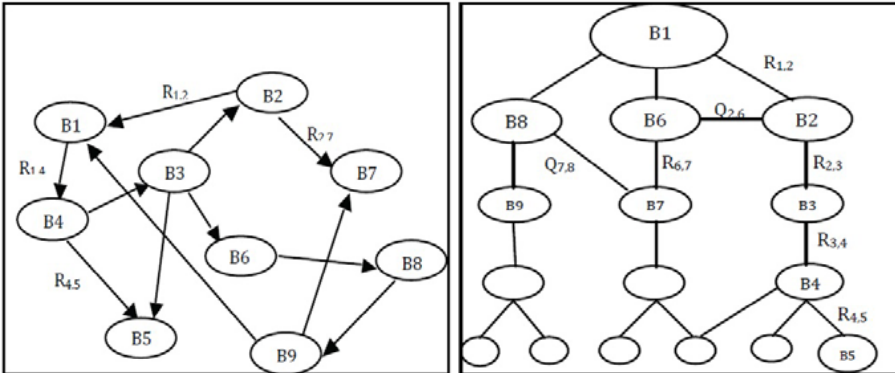


Abb. 1, links: Schematische Darstellung des strukturellen Aufbau einer netzwerkartigen Concept Map und (Abb. 2, rechts) einer hierarchischen Concept Map. Abb. aus Clausen 2015: 76).

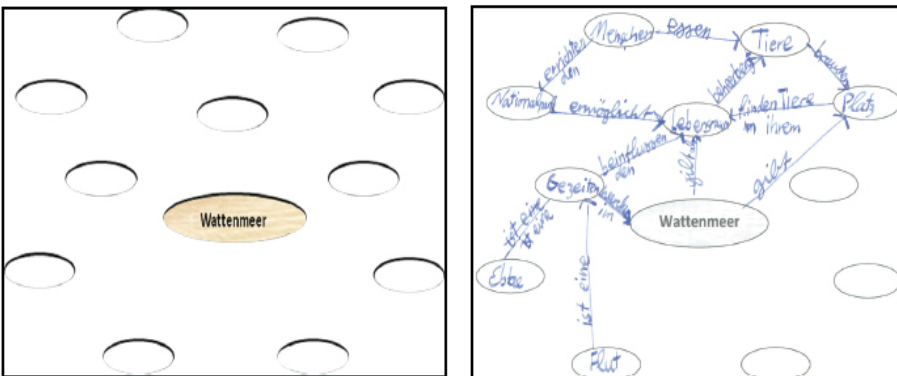


Abb. 3, links: Concept Map mit struktureller Vereinfachung, Abb. 4, rechts: bearbeitete Concept Map einer Schülerin der Versuchsgruppe. Abb. aus Clausen & Christian 2012: 23).

das Multimar Wattforum während einer Klassenfahrt besuchten. Die Stichprobe der Kontrollgruppe (N=44) bildete sich aus drei Klassen aus Mecklenburg-Vorpommern, die eine zu der Versuchsgruppe vergleichbare Schulform besuchten (regionale Schule). Schüler und Schülerinnen der Kontrollgruppe nahmen weder an der „Intervention“ teil, noch wurde das Thema Waddenmeer im Unterricht behandelt.

Clausens Ergebnisse zeigten bereits für die „kurzzeitpädagogische Intervention“ im Multimar Wattforum signifikante positive Effekte im Bereich „Modelle beschreiben“ bzw. „Modellbildung des Systemdenkens“.

Die Schüler und Schülerinnen der Versuchsgruppe wurden demnach befähigt, mehr Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Systemelementen des Waddenmeers als zuvor zu identifizieren und darzustellen, auch wenn diese nicht immer einen kausalen

Charakter aufwiesen. Die Ergebnisse der Kontrollgruppe zeigten in erster Linie, dass signifikante Verbesserungen lediglich durch das alleinige und mehrmalige Anfertigen der Concept Maps sowie ohne fachlichen Input ausgeschlossen werden können. Clausens Ergebnis könnte mit Blick auf BNE auch einfach so gedeutet werden: Sie lohnt sich.

Interessant wäre es, solcherart Untersuchungen an Versuchsgruppen durchzuführen, die einerseits über „bildende“ (schulische wie außerschulische) Angebote, andererseits über praktische Auseinandersetzungen (etwa Pflegearbeiten, Artenhilfsmaßnahmen, fischerei- oder wasserwirtschaftliche Tätigkeiten usw.) mit dem „System“ Wattenmeer in Berührung kommen und auf diesem Wege herauszufinden, welcher Stellenwert dieser „Praxis“ (arbeitsorientiertes Lernen) für das Systemdenken zukommt und wie sie auf Bildung zurückwirkt.

Abschließend soll noch kurz ein Blick auf die Gliederung der Dissertation geworfen werden, um dem geneigten Leser oder der geneigten Leserin einen Einblick zu geben, was sie insgesamt erwartet. Nach einer Einleitung in den Aufbau der Arbeit in Kapitel 1 folgt in Kapitel 2 ein umfassender theoretischer Teil. Er gliedert sich in die Abschnitte „außerschulische BNE/Umweltbildung“, „Systeme – eine Begriffsklärung“, „Systemdenken“ (verschiedene theoretische Ansätze), „Stand der Forschung zur außerschulischen Umweltbildung und zum Systemdenken“, „Wissensrepräsentation, Begriffsbildung und Wissenserwerb“, „Die Methode des Concept Mapping“, „Das Untersuchungsgebiet“, und „Einflussfaktoren auf Lernprozesse“. In Kapitel 3 entfaltet Clausen „Fragestellungen und Hypothesen“, erläutert in Kapitel 4 seine Methode und den Ablauf der Feldstudie, präsentiert in Kapitel 5 die Ergebnisse, die er in Kapitel 6 ausführlich diskutiert. Das Literaturverzeichnis und ein Anhang mit den verschiedenen Fragebögen, die Clausen entwarf und verteilte, beschließen die Arbeit. Sie kann denen, die sich der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verschrieben haben, als anregende Lektüre empfohlen werden.

Abbildungen 3 und 4 aus Clausen, S. & Christian, A. 2012: Concept Mapping als Messverfahren für den außerschulischen Bereich. *Journal für Didaktik der Biowissenschaften (F)* 3: 18–31.

Hermann Behrens

Huff, Tobias 2015:

Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR.

[Umwelt und Gesellschaft Bd. 13]. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen. 470 S.

– ISBN 978-3-525-31717-4. 49,99 Euro.

Tobias Huff, der 2008 bis 2012 als Doktorand im DFG-Projekt „Und ewig sterben die Wälder“ mit der Bearbeitung des Teilprojekts „Hinter vorgehaltener Hand. Debatten über Wald und Umwelt in der DDR“ beschäftigt war und seit 2012 als Post-Doc am Historischen Seminar der Universität Mainz, Arbeitsbereich Neuere Geschichte zu den Schwerpunkten Umwelt- und Klimageschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte Europas in der Frühen Neuzeit und Geschichte der DDR arbeitet, legt mit diesem Buch

ein bemerkens- und lesenswertes Ergebnis seiner Forschungsarbeiten vor, das auf einer breiten Grundlage von Primär- und Sekundärquellen ruht.

Untersuchungsgegenstand seiner Arbeit ist die unterschiedliche gesellschaftliche Rezeption der „Waldschäden“ („Waldsterben“) in der DDR und BRD, ein Thema, das die Umweltschutzdiskussion in der BRD der 1980er Jahre dominierte, in der DDR dagegen öffentlich nicht breit diskutiert wurde. Anhand der Waldschäden möchte er „allgemeingültige Merkmale der Umweltpolitik“ der DDR herausarbeiten (Huff 2015: 26).

Der Autor formuliert in diesem Zusammenhang den Anspruch, das vorherrschende Narrativ im vereinigten Deutschland zu hinterfragen, mit dem „die alte Bundesrepublik als umweltpolitische Erfolgsgeschichte“ erzählt und „gleichzeitig das ökologische Versagen der DDR“ herausgestellt werde (Huff 2015: 8).

Zwei Hypothesen liegen seiner Arbeit zugrunde:

1. Die DDR sei vor allem von ihrem Ende her betrachtet worden und der Untergang der DDR sei mit Elementen eines „Ökozids“ versetzt worden, das sich auch nach Ende des Staates einer nüchternen Aufarbeitung widersetzt habe und letztlich bis heute vorherrsche.
2. In der herrschenden Geschichtsdeutung werde den autonomen Umweltgruppen retrospektiv eine teleologische Ausrichtung auf die „Wende“ 1989 und in diesem Zusammenhang die Funktion, „Sargnagel des Regimes“ gewesen zu sein, zugeschrieben.

Huffs Forschungsziel ist es dementsprechend einerseits, „die bestehenden Deutungen vom ökologischen Musterstaat auf der einen Seite und der ignoranten, vertuschenden DDR auf der anderen Seite aufzubrechen“ (Huff 2015: 9) und andererseits, die Sprengkraft der autonomen Umweltbewegung zu prüfen. Um dieses Ziel zu erreichen, möchte er „die Umweltpolitik der DDR in einem ersten Schritt einer ausgedehnten vertikalen und horizontalen Analyse“ unterziehen. „In der Geschichtswissenschaft wird die DDR in einem starken Maße – dem Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus folgend – von ihrer Führungsspitze und von ihrem zeitlichen Ende her erfasst. Diese Sichtweise erschwert den analytischen Blick darauf, auf welcher Grundlage das ‚Oben‘ seine Entscheidungen traf. Für ein differenziertes Urteil müssen daher neue Ebenen erschlossen und nach weiteren Akteuren in der DDR-Umweltgeschichte gesucht werden. Die gesamte DDR auf das Politbüro zu reduzieren, ist diesem Ansatz tendenziell hinderlich. Das ZK der SED gliederte sich in Sekretariate und Abteilungen, die Bezirksebenen kamen dazu. Daneben stand die staatliche Ebene mit Ministerien und der nachgeordneten Verwaltung. Hinzu kamen die gesellschaftlichen Kräfte – etwa die Gesellschaft für Na-



tur und Umwelt – und die Wissenschaftler an den Akademien und Universitäten“ (Huff 2015: 10).

In einem zweiten Schritt will er die seiner Ansicht nach zu sehr auf die Endphase der DDR konzentrierte herrschende Sicht auf die gesamte Zeit der DDR-Geschichte erweitern, auch, um die zweite Hypothese zur Bedeutung der autonomen Umweltgruppen zu prüfen.

Neben diesen beiden Hypothesen formuliert Huff sechs auf die Waldschadensproblematik gerichtete Fragekomplexe:

1. War ökologisches Desinteresse ein Strukturmerkmal der DDR?
2. Wer waren die maßgeblichen Akteure in der DDR-Waldschadensdebatte?
3. Welchen Handlungsspielraum besaßen die Schlüsselakteure?
4. Welche Argumente wurden von den Akteuren vorgebracht, um ihre Ziele zu erreichen?
5. Wie nutzte die DDR-Führung die Umweltpolitik, um ihre internationale Reputation zu steigern? (Am Ende des Buches heißt es: Welche Rolle spielte die internationale Dimension in der DDR-Umweltgeschichte?)
6. Gab es in der DDR ernsthafte Bemühungen um eine „ökologische Zähmung der Wirtschaft“ oder welchen Stellenwert hatte Umweltpolitik in der DDR?

Der allgemeine Forschungsstand zum Thema spiegelte insbesondere auch in der Umweltgeschichtsforschung als Spezialzweig der Geschichtswissenschaften eine gewisse Einseitigkeit wider. So nehme in den Arbeiten der „führenden deutschen Umwelthistoriker die DDR keinen bis wenig Raum ein, und es besteht die Neigung, Deutschland nach 1945 mit der Bundesrepublik gleichzusetzen. In der Mehrzahl der Arbeiten liegt der inhaltliche Schwerpunkt mit großen Disproportionen auf der Bundesrepublik“ (Huff 2015: 12), wobei sich in jüngster Zeit ein Wandel andeute. Nur mit Blick auf die Bearbeitung der Naturschutzgeschichte ergebe sich ein differenzierteres Bild.

Vorliegende Arbeiten, auch umwelthistorische, setzten sich vor allem mit der Gründungs- und Zerfallphase in der 40-jährigen DDR-Geschichte auseinander, die in das erste und letzte Jahrzehnt fielen, wogegen die „beiden mittleren Jahrzehnte der DDR“ bisher unterbelichtet geblieben seien. Damit ist die „Periodisierung“ der DDR-Geschichte in vier „Jahrzehnte“ angedeutet, die Huff in zeitlicher Hinsicht zur Strukturierung seiner Arbeit vornahm. Soll sie die von Huff festgestellte fehlende bzw. nur ansatzweise vorliegende Periodisierung der Umweltgeschichte der DDR (Huff 2015: 15 f.) darstellen? Nachvollziehbar ist sie, aber wenig überzeugend, da keine hinreichende Auseinandersetzung mit vorliegenden Ansätzen zur Periodisierung der DDR-Geschichte erfolgte. Zwar eröffnen die gewählten Zäsuren wie das Gründungsjahr der DDR 1949, der Bau der Mauer 1961 oder die Machtübernahme durch Erich Honecker 1972 die Möglichkeit einer Unterteilung (ungefähr) in Dekaden, für die 1980er Jahre fehlt allerdings ein adäquates Datum – und die wichtigen Jahre 1945 bis 1949 bleiben vollkommen außen vor. Als „Datum“ für die 1980er Jahre kann man ersatzweise das Entstehen der autonomen Umweltgruppen Ende der 1970er Jahre herauslesen.

An anderer Stelle ist von „Knotenpunkten“ als Zeit strukturierende Merkmale die Rede, „an denen sich die Entwicklung aus den unterschiedlichsten Feldern und Subsystemen

bündelten“. Hierfür nennt Huff etwa den 17. Juni 1953, will darunter aber auch „bisher nicht beachtete Punkte“ verstanden wissen, die zu identifizieren seien (Huff 2015: 26). Die gewählte Dekaden-Einteilung und die „Knotenpunkte“ hätten am Ende der Arbeit zur Überprüfung der Tragfähigkeit seines eigenen Periodisierungsansatzes noch einmal zusammenfassend diskutiert werden können, ja müssen.

Die Entwicklung in den Jahrzehnten stellt Huff anhand des Wirkens ausgewählter Akteure dar, „die an den Knotenpunkten neue Aspekte und Elemente in die Diskussion einbrachten.“ In den 40 Jahren zwischen 1949 und 1989 sollen Akteure identifiziert werden, die die Umweltpolitik der DDR entscheidend prägten. Dabei rücken solche Akteure in den Fokus der Untersuchung, die anhand ihrer Schlüsselpositionen in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft die Umweltpolitik bzw. umweltpolitische Vorstellungen beeinflussen konnten. An ihnen sollen die strukturellen Gegebenheiten der DDR-Umweltpolitik deutlich gemacht und Handlungsspielräume definiert werden“ (Huff 2015: 20, siehe auch 26).

Die Auswahl ist allerdings fragwürdig: Für die 1950er Jahre stehen der Gartenarchitekt Reinhold Lingner, dessen von ihm und Frank Erich Carl geleitete „Landschaftsdiagnose der DDR“ nach der „Wende“ bereits Gegenstand etlicher Veröffentlichungen war und Erich Zieger, der die traditionsreiche Rauchschadensforschung in Tharandt wieder in Gang brachte. Für die 1960er Jahre steht Ziegers Nachfolger Hans-Günther Däßler. Diesen drei Personen „Schlüsselpositionen in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft“ zuzuschreiben, ist mutig. Für die 1970er Jahre steht nur indirekt der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Hans Reichelt. Denn im Zentrum der Betrachtung stehen die Umweltpolitik und darin die (internationale) Luftreinhaltepolitik der DDR auf der Grundlage des 1970 erlassenen Landeskulturgesetzes. Für die 1980er Jahre richtet Huff dann den Blick die neu entstehenden autonomen Umweltgruppen, die unter dem Dach der evangelischen Landeskirchen arbeiteten und auch hier erscheint die Schwerpunktsetzung auf die Person des Leiters des Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg, Hans-Peter Gensichen, als fragwürdig, weil dessen Bedeutung deutlich überhöhend.

Die ersten beiden Hauptkapitel sind spannend geschrieben, wobei das Bemühen um Objektivität sowie quellenkritisches und vorurteilsfreies Herangehen durchgängig besticht. Über die Auseinandersetzung mit den ausgewählten Wissenschaftlern wird deren wissenschaftliches, politisches und institutionelles Umfeld detailreich dargestellt, ebenso wie ihre Handlungsmotive, Handlungsmöglichkeiten und -restriktionen, die sich daraus für die Akteure ergaben. Dabei kommt Huff „nebenbei“ das besondere Verdienst zu, die Geschichte der Tharandter Rauchschadensforschung für die DDR-Zeit fortgeschrieben zu haben. Huff macht deutlich (Huff 2015: 142-151), dass die Wissenschaftler in Tharandt in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zunehmend unter die Kuratel der SED-Industriepolitik mit ihrem Produktmengenwachstumsparadigma gerieten, aber auch mehr in einen Zusammenhang mit der internationalen Waldschadenspolitik kamen.

Das Kapitel über die 1970er Jahre wird mit Abschnitten über die Verfassung der DDR von 1968 und das Landeskulturgesetz von 1970 (LKG) eingeleitet. Dessen Vorgeschichte beginnt allerdings nicht erst wie von Huff dargestellt 1968 mit den Arbeiten der von Werner Titell, Mitglied ohne Geschäftsbereich im Ministerrat der DDR, geleiteten Prognosegruppe „sozialistische Landeskultur“, sondern bereits (viele) Jahre zuvor. Um das

Gedankengerüst zu entschlüsseln, das dem DDR-spezifischen Terminus „sozialistische Landeskultur“ innewohnt, der statt des in der BRD gebräuchlichen Begriffs „Umweltschutz“ dem Landeskultugesetz seinen Namen gab, ist der Blick in die *Naturschutzgeschichte* notwendig. Die Entwicklung des Naturschutzes in der DDR ist nicht zu trennen vom Umweltschutz. Der Naturschutz hat maßgeblich die Entwicklung der „sozialistischen Landeskultur“ als Zusammenfassung der Handlungsbereiche Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege befördert. Das Gedankengerüst entstand bereits in Zeiten der „Landschaftsdiagnose“ und ihrer Nachwirkungen, vor allem auf Landeskulturkonferenzen und in „Wochen des Naturschutzes (und des Waldes)“, die wegen der Ablösung des Naturschutzgesetzes durch das Landeskultugesetz folgerichtig zu „Wochen der sozialistischen Landeskultur“ wurden, bis diese dann, wie Huff richtig darstellt und interpretiert, auf Intervention des SED-Wirtschaftssekretärs Günter Mittag 1973 endeten. Diese Vorgeschichte kommt also zu kurz.

Insgesamt jedoch spiegelt dieses Kapitel gleichwohl anhand zahlreicher Quellen die Ohnmacht des 1971 gegründeten Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, das Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität, die gravierenden Umweltfolgen des von Honecker propagierten Leitbildes der „Hauptaufgabe“ „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in Verbindung mit der Renaissance der Braunkohle als Energieträger infolge der Ölkrise Mitte der 1970er Jahre wider. Die Abschnitte über den Beschluss des Präsidiums des DDR-Ministerrates zur „Anordnung zur Gewinnung oder Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt“ vom 16.11.1982 und über die Vorgänge nach Abschluss des Genfer Übereinkommens über weitreichende Luftverunreinigungen 1979 (Huff 2015: 241-250), in dessen Folge sich die DDR 1985 zur Reduktion ihrer Schwefelemissionen um 30 Prozent verpflichtete, reichen zeitlich bereits bis in die Mitte der 1980er Jahre. Dies ist akzeptabel, da die damit verbundenen Problemzusammenhänge einen Nährboden für das Wachstum der autonomen Umweltgruppen bildeten.

Im Kapitel über die 1980er Jahre widmet sich Huff zunächst der Frage, welchen Widerhall die Waldschadensdiskussion in der BRD in Politik und Wissenschaft der DDR fand. Er zeigt anschaulich, dass die DDR-Staatsführung die Waldschadensdiskussion, die wichtiger Teil der Systemkonkurrenz war, ernst nahm. Trotz erkennbarer und intensiver staatlicher Bemühungen um Emissionsreduktion und trotz immenser wissenschaftlicher Anstrengungen scheiterten diese letztlich an ökonomischen und technischen Restriktionen, was mit erklärt, warum umweltpolitische Belange in den Augen einer wachsenden kritischen Öffentlichkeit zunehmende Aufmerksamkeit erlangten und die sichtbare Erfolglosigkeit staatlicher Umweltpolitik zu wachsender Gesellschaftskritik führte.

Mit Blick auf die Waldschadensproblematik und auf den zuvor auf Däßler und Zieger gerichteten Schwerpunkt lässt Huff in diesem Hauptkapitel einige wichtige Entwicklungen im Wissenschaftsbereich unberücksichtigt. So gründete sich im April 1969 – auch in Tradition der Rauchschadensforschung in Tharandt – eine Arbeitsgruppe „Reinhaltung der Luft“ (RdL) im Arbeitsausschuss „Flüssige Brennstoffe und Wertstoffe aus Erdöl und Kohle“ der Brennstofftechnischen Gesellschaft in der DDR (BTG). Diese war eine wissenschaftlich-technische Gesellschaft, die sich bereits 1954 in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegründet hatte. 1972 wurde die BTG in die „Kammer

der Technik“ (KDT – vergleichbar dem Verein Deutscher Ingenieure – VDI in der BRD) überführt und demnach auch die Arbeitsgruppe RdL, die den Status einer Zentralen Arbeitsgemeinschaft beim Präsidium der KDT erhielt. In den 1980er Jahren hatte die Arbeitsgemeinschaft nahezu 1.000 Mitglieder. Sie begleitete wissenschaftlich beratend die DDR-Luftreinhaltungspolitik mit Arbeitsberatungen, „lufthygienischen Kolloquien“, Erarbeitung von Richtlinien und Gesetzesgrundlagen und wissenschaftlichen Beiträgen. In den DDR-Bezirken beteiligten sich ihre Bezirksarbeitsgruppen zusammen mit den Bezirkshygieneinspektionen und Emissionsbeauftragten von Industriebetrieben sowie mit fachlich zuständigen Mitarbeitern bei den Räten der Kreise bzw. Städte aktiv an Versuchen zur Verbesserung der Emissions-Immissions-Situation. Ein wissenschaftliches Ergebnis der Arbeitsgemeinschaft war das Buch „Reinhaltung der Luft“ (Mohry et al. 1981). „Es war zu dieser Zeit das Standardwerk auf diesem Gebiet im deutschsprachigen Raum. Das Geleitwort haben der Minister für Gesundheitswesen Ludwig Mecklinger und der Präsident der Kammer der Technik Manfred Schubert unterschrieben. Der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft hat die Unterzeichnung abgelehnt, da sehr viele spezifische Daten im Buch enthalten sind. Mit diesen Daten hat dann die Bundesrepublik eine Emissionshochrechnung der DDR publiziert, die großen politischen Ärger für die Herausgeber verursacht hat“ (Mohry 2007: 98).

Huff hätte am Beispiel von Schlüsselakteuren der AG (Z) Reinhaltung der Luft seinen Argumentationsstrang aus den ersten beiden Hauptkapiteln durchaus fortführen können.

Im vierten Hauptkapitel stellt er ausführlich die Entwicklung der autonomen Umweltbewegung und einiger ihrer Zentren wie das kirchliche Forschungsheim Wittenberg und die „Umweltbibliothek“ in Berlin-Ost vor (Huff 2015: 313-376). In diesem Abschnitt spielen aber die Waldschäden nur noch eine Nebenrolle. Wie viele Menschen sich zur autonomen Umweltbewegung zählten oder dazu gezählt werden können, erfährt man leider nicht, dafür viel über einzelne Gruppen und über bekannte Akteure der Bewegung. Gemessen an der geringen Zahl ihrer Mitglieder – es waren in Hochzeiten nicht mehr als 850 (Behrens et al. 1993: 134) – und der erst späten Resonanz in der DDR bestätigt Huff mit seiner eigenen Darstellung das herrschende Geschichtsbild. Nicht nachvollziehbar ist zudem, warum Huff in dem Kapitel umfassend auf die Friedensbewegung eingeht.

Interessant ist der knappe Abschnitt „Waldschutz über die Mauer hinweg“ (Huff 2015: 376-383), weil er zeigt, dass Kontakte zwischen gesellschaftskritisch eingestellten Umweltbewegten aus BRD und DDR trotz der Hochzeit der Entspannungspolitik nur vereinzelt gepflegt wurden. Seitens der Bundesrepublik beschränkten sie sich auf Mitglieder der GRÜNEN und ihres Umfeldes. Die etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik suchten erst nach dem Überfall von Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auf die Umweltbibliothek in Berlin-Ost im November 1987 den Kontakt zu autonomen Umweltgruppen.

Warum der Autor dem dann folgenden Abschnitt (Huff 2015: 384-397) über die „Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR“ (GNU) den Titel „Gegenbewegungen“ gab, erschließt sich nicht. Als Gegenbewegung zu den autonomen Gruppen kann die GNU nicht gemeint sein, handelte es sich doch „nur“ um eine Umbenennung der zuvor bereits Jahrzehnte existierenden Abteilung „Natur- und Heimatfreunde“ im Kulturbund. Die Arbeit der Akteure erhielt bereits mit Erlass des LKG eine andere, er-

weiterte gesetzliche Grundlage. Der Abschnitt, der angesichts hierzu vorliegender Quellen im Verhältnis sehr knapp ausfällt, hätte besser *vor* dem über die autonomen Umweltgruppen stehen können, waren doch die reale oder vermutete Staatsnähe der GNU und die damit unterstellte Zahnlosigkeit dieses 60.000 Mitglieder starken Verbandes und der Fakt, dass sich seine Aktivitäten auf die intensiv genutzten Agrar- und Forstindustrielandschaften und darin sogar noch auf die Schutzgebiete und -objekte beschränkten, weitere Gründe für das Entstehen der autonomen Umweltbewegung. Deren Mitglieder befassten sich nicht von ungefähr vorrangig mit städtischen Umweltproblemen und mit solchen, die sich in den von Energiewirtschaft, Bergbau, Chemie- und Uranindustrie genutzten Landschaften zeigten, wenngleich etwa in den thüringischen Bezirken auch zahlreiche Mitglieder der GNU mit den dortigen Waldschäden konfrontiert waren.

Huffs abschließende Antworten auf die eingangs gestellten sechs Fragen bieten einen Befund, dem in seiner Allgemeinheit durchaus gefolgt werden kann:

1. Es herrschte kein ökologisches Desinteresse, sondern eine „strikte Unterordnung ökologischer Belange unter die Anforderungen der Warenproduktion“ und eine „unzureichend ausgebildete politische Verarbeitungskapazität“ beispielsweise in Gestalt eines wirkungslosen Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft.
2. Es gab in jeder behandelten Dekade Akteure, die sich mit zum Teil hohem Einsatz für Umweltbelange (hier: Maßnahmen zur Verminderung und Verhinderung von Waldschäden) einsetzten, sowohl auf Seiten des Staates als auch im Wissenschaftsbereich als auch im Umfeld der Kirchen. Die ökonomischen Bedingungen in der DDR erwiesen sich stets als grundlegende Restriktion.
3. Neben ökonomischen wirkten politische Restriktionen. Je besser vernetzt Akteure waren, desto eher bestand die Chance, Gehör zu finden. Anspruch und Realität konnten aufgrund der ökonomischen Restriktionen nur auseinanderklaffen.
4. Die ausgewählten Akteure und die autonomen Umweltgruppen nutzten je spezifische Argumentationsstränge, Lingner mehr historisch-philosophische und den dialektischen und historischen Materialismus, Zieler mehr ökonomische, Däßler betonte die Erholungsfunktion von Wäldern, Reichelt nutzte außenpolitische Argumente und die Umweltgruppen argumentierten überwiegend mit dem christlichen Schöpfungsgedanken.
5. Die internationale Dimension der Waldschadensproblematik und dabei die in der Bundesrepublik geführte Waldschadensdiskussion spielte in der DDR in den 1980er Jahren eine rasch zunehmende Rolle auch bei der Herausbildung und Festigung der Gegenöffentlichkeit in Gestalt der autonomen Umweltgruppen.
6. Erste Anfänge einer zunächst innovativen Umweltpolitik zeigen sich Anfang der 1960er Jahre im Rahmen des „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“. Trotz Landeskultugesetz und Gründung eines eigenständigen Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft endete die kurze Phase innovativer Umweltpolitik bereits Anfang der 1970er Jahre und belebte sich bis Ende der DDR nicht mehr.

Mit Blick auf die autonome Umweltbewegung stellt er fest, dass es dieser (erst) 1989 gelang, „einen Kontakt zur Bevölkerungsmehrheit herzustellen. Sie bildeten das kommunikative und organisatorische Rückgrat der Wende. Der Mehrheit war allerdings nicht an einer Verbesserung der Umweltbedingungen in ihrem Heimatland gelegen, sondern

sie wollten der politischen Enge und dem wirtschaftlichen Verfall entkommen. Für die Vorgeschichte der Wende war es nicht bedeutsam, womit sich diese Gruppen beschäftigten, sondern allein, dass es sie gab“ (Huff 2015: 410). Insofern relativiert er dann doch noch das Bild von der „Sargnagelfunktion“ der Gruppen.

Abschließend ist kritisch einzuwenden, dass der Buch-Untertitel „Eine Umweltgeschichte der DDR“ irreführend ist. Entweder hätte das „eine“ unterstrichen oder kursiv gesetzt oder um „am Beispiel von Waldsterben und Luftreinhaltung“ ergänzt werden müssen, denn diese Aspekte und der mit dem Thema verknüpfte Bedingungs-zusammenhang bilden vom ersten Satz an den Ausgangspunkt und den erklärten Schwerpunkt der Arbeit.

Einen Überblick über die „ganze“ Umweltgeschichte der DDR birgt diese Veröffentlichung nicht, müssten hier doch beispielsweise Nutzung und Schutz aller anderen Umweltmedien oder Schutzgüter Arten und Biotope (biologische Vielfalt), Boden, Wasser, Ruhe (Lärmschutz), Erholungsvorsorge, menschliche Gesundheit (Arbeit der Hygieneinstitute), ferner Fragen der Energie- und Stoffgrundlage der Wirtschaft sowie der damit verknüpften internationalen (Handels-)Beziehungen behandelt werden. Dabei wären alle wichtigen Landnutzungsbereiche und die damit verknüpften Handlungsfelder wie Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Siedlungswesen einschließlich Verkehrswesen, Energiewirtschaft/Bergbau, Tourismus usw. mit den dazugehörigen Industriezweigen nachzuzeichnen. Auch müsste eine erheblich weiter und tiefer als im vorliegenden Band gehende Auseinandersetzung mit der Theorie des Mensch-Natur-Verhältnisses in der materialistischen Geschichtsauffassung im Allgemeinen und ihrer „Verkörperung“ in der damals herrschenden realsozialistischen Theorie und Praxis geführt werden, etwa mit den spannenden Ansätzen für die Begründung einer materialistischen Reproduktionstheorie. Und die Umweltgeschichte der DDR ist wohl kaum „ganz“ darzustellen, wenn sie nicht in die „Systemauseinandersetzung“ eingebettet und mit der Vorgeschichte der DDR und der Zeit nach der „Wende“ verknüpft wird. All diese Aspekte fristen in der vorliegenden Arbeit ein marginales Dasein oder fehlen ganz..

Die Umweltgeschichte der DDR ist also noch zu schreiben. Huff erklärt selbst, dass ein solches Unterfangen den Rahmen seiner Untersuchung gesprengt hätte (Huff 2015: 20). Warum also dieser Untertitel?

Es bleibt jedoch bei dem Gesamturteil, dass Tobias Huff eine bemerkenswerte Studie über den Aspekt „Waldschäden“ in der Umweltgeschichte der DDR vorlegt, die sich vom Mainstream derjenigen historischen Arbeiten abhebt, in denen die Umweltpolitik des zweiten deutschen Staates lediglich als weiterer Beweis für das allgemeine Scheitern dieses Versuch, ein alternatives Gesellschaftsmodell aufzubauen, dient.

Hermann Behrens

Zitierte Literatur:

- Behrens, H.; Benkert, U.; Hopfmann, J. & Maechler, U. 1993: Wurzeln der Umweltbewegung. Die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ (GNU) im Kulturbund der DDR. Marburg.
- Mohry, H. 2007: Aktivitäten der Kammer der Technik auf dem Gebiet des Umweltschutzes. In: Behrens, H. & Hoffmann, J. (Hg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte. Band 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz. München: 83–129.

„Naturschutzgeschichte Thüringens“ erschienen!

Unter dem Titel „[Naturschutzgeschichte Thüringens](#)“, ist in diesem Jahr im Steffen Verlag Berlin der vierte Band der Reihe „Lexikon der Naturschutzbeauftragten“ erschienen. Im ersten, mehr als 500 Seiten umfassenden Teil des Buches wird auf der Grundlage umfangreichen Quellenstudiums erstmals die wechselvolle Geschichte des Naturschutzes in Thüringen in einem Gesamtzusammenhang dargestellt – von den Anfängen der Naturschutzarbeit in den thüringischen Kleinstaaten und in den einst zu Preußen gehörenden Gebieten des heutigen Freistaates über die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, in der frühen DDR und dann in den thüringischen DDR-Bezirken bis zum staatlichen, ehrenamtlichen und freiwilligen Naturschutz im heutigen Freistaat zwischen 1990 und heute.



Eine besondere Würdigung erfährt wie in den anderen Bänden der Reihe die aufopferungsvolle Arbeit, die Ehrenamtliche und Freiwillige für den Naturschutz leisteten. Auf ihren Schultern ruhte der Naturschutz auch in Thüringen lange Zeit.

Der zweite Teil des Buches enthält ein Lexikon aller etwa 250 Provinz-, Landes-, Bezirks- und Kreisbeauftragten für Naturschutz, die zwischen 1906 und heute auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Thüringen tätig waren. Alle Naturschutzbeauftragten werden in Kurzbiografien vorgestellt. Erste Rezensionen finden sich unter www.iugr.net.

In den ersten drei Bänden der Reihe befasste wurden die Naturschutzgeschichte und die Naturschutzbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern (Band 1: historischer Überblick zusammen mit Dr. Werner Hilbig und Dr.

Uwe Wegener), Sachsen-Anhalt (Band 2: historischer Überblick zusammen mit Dr. Gerhard Klafs und Werner Eichstädt sowie Bernd Ziese, der auch die Erarbeitung der Biografien unterstützte) und Berlin-Brandenburg (Band 3: Alleinautor) behandelt.

In den vier Bänden werden mittlerweile die Lebenswege von über 1.100 ostdeutschen Naturschützerinnen und Naturschützern nachgezeichnet. Geplant ist, die auf das heutige Ostdeutschland bezogene Reihe mit dem Freistaat Sachsen abzuschließen.

Behrens, H. 2015: Naturschutzgeschichte Thüringens. Lexikon der Naturschutzbeauftragten, Band 4. 772 Seiten, 274 Abbildungen, Festeinband . ISBN 978-3-95799-004-4.
Preis: 39,95 inklusive MWSt. und Porto.

Autoren und Autorin

Prof. Dr. Hermann Behrens

IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Peter Ernst

Kienwerder Jägersteg 2, 14532 Güterfelde b. Berlin

Dr. Hans-Werner Frohn

Stiftung Naturschutzgeschichte, Drachenfelsstr. 118, 53639 Königswinter

Kerstin Götter

c/o Haus der Naturpflege e.V., Dr.-Max-Kienitz-Weg 2, 16259 Bad Freienwalde

Dr. Günter Grossmann,

Robert-Koch-Str. 4, 99084 Gotha

Dr. Jens Hoffmann

IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Sybille Knospe

c/o Haus der Naturpflege e.V., Dr.-Max-Kienitz-Weg 2, 16259 Bad Freienwalde

Dr. Peter Lösel

Kienbergstraße 62, 12685 Berlin

MR Dozent *Dr. med. habil. Bernd Schulze,*

Zieglerweg 1, 99097 Erfurt

Dr. Uwe Wegener

Meisenstr. 27, 38820, Halberstadt

Jan Wüst

Hochschule Neubrandenburg, Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung,
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. Lutz Reichhoff

LPR Landschaftsplanung, Zur Großen Halle 15, 06844 Dessau

Inhalt

Impressum/Danksagung/Bitte um Spenden	2
Uwe Wegener	
Wie erlebten die Naturschützer der Kreise Wernigerode und Halberstadt das Ende der DDR 1989/1990 – das „Wernigeröder Modell“	3
Lutz Reichhoff	
Das Landschaftsschutzgebiet „Grünflächen Dessau“ – eine Schutzverordnung aus der Phase der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland	9
Hermann Behrens	
Ein altes Buch über den Vogelschutz	12
Peter Ernst	
Die Parforceheide – eine Landschaft im Wandel. Rückblick eines 1933 geborenen Gütergotzers	24
Kerstin Götter und Sybille Knospe	
Die Naturschutzzeule wird 65	31
Hermann Behrens	
Zur Geschichte des Zentralen Fachausschusses „Feldherpetologie/ Ichthyofaunistik“	37
Horst Kurth	
Über allen Wipfeln ist Ruh‘ — wie lange noch?	47
Jens Hoffmann	
Umfrage zur Akzeptanz der Windenergienutzung in der Region Mecklenburgische Seenplatte	49
Bernd Schulze und Günter Grossmann	
Die Aufgaben der früheren Bezirks-Hygieneinspektion Erfurt bei der Durchsetzung des Landeskulturgesetzes der DDR – ausgewählte Aspekte –	55
Jan Wüst	
Über die Kommerzialisierung der Jagdpacht in Mecklenburg-Vorpommern	61
Uwe Wegener	
Stellungnahme zum Leserbrief von Herrn Bertram Reinhold – Studienarchiv Umweltgeschichte 19 (2014): 111	69
Hermann Behrens	
Ein zweiter Karl Kullmann – auch ein Vogelschützer	70
Hans-Werner Frohn	
Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte	75
Aus dem IUGR e. V. und seinen Arbeitskreisen	81
Jens Hoffmann	
Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte	87
Rezensionen	
Clausen, S. 2015: Systemdenken in der außerschulischen Umweltbildung. Eine Feldstudie. Münster-New York (<i>Hermann Behrens</i>)	
Hoff, T. 2015: Natur und Industrie im Sozialismus (<i>Hermann Behrens</i>)	102
Buchhinweis	
„Naturschutzgeschichte Thüringens“ erschienen	113
Autorinnen und Autoren	114

Studienarchiv Umweltgeschichte – Archiv und Bibliothek –

Wir sammeln

Archivalien und Bibliotheksgut zur Umweltgeschichte der DDR und der ostdeutschen Bundesländer, speziell zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes und der Landnutzung

Wenn Sie ...

... über Quellen und Dokumente zum Thema verfügen und sie nicht mehr benötigen oder die Zeugnisse Ihrer wissenschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit auf den genannten Gebieten am richtigen Ort wissen wollen ...

Werfen Sie nichts weg, sondern ...

... regeln Sie, wo die Zeugnisse über Ihre Tätigkeit bleiben sollen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg

Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg

Internet: www.iugr.net

Email: info@iugr.net

Telefon: 0395/5693-4500 oder -8201/-8202



Umwelt hat Geschichte!